

Drachensaat

**Wie ein diktatorisches Regime
in China an der Macht bleibt
und Frieden, Freiheit und
Gerechtigkeit auf der ganzen
Welt gefährdet**

Arbeitsgemeinschaft von Tibetorganisationen in der
Schweiz, in Deutschland und in Österreich

Übersetzung aus dem Englischen
von Angelika Oppenheimer, Hamburg

Mit freundlicher
Genehmigung des Autors

Herausgegeben und finanziert von:

Gesellschaft Schweizerisch Tibetische Freundschaft, Zürich,
Schweizer Tibethilfe, Bern
Tibet Unterstützung Liechtenstein
Tibet Initiative Deutschland,
Save Tibet Österreich

2006 Copyright: Jamyang Norbu

Drachensaat

Wie mit Ihrem Geld in China ein grausames und gefährliches kommunistisches Regime an der Macht erhalten wird, das Arbeitsplätze, Industrie und die Freiheit auf der ganzen Welt in Gefahr bringt.

Von Jamyang Norbu

Übersetzt von Angelika Oppenheimer

Der König von Kolchis, Aietes, willigte ein, Jason das goldene Flies zu überlassen, wenn es ihm gelänge, zwei feuerschnaubende, erzfüßige Stiere vor den Pflug zu spannen und die Zähne des Drachen, den Cadmos erschlagen hatte, auszusäen, aus denen, wie bekannt war, eine Schar von gewappneten Männern spriessen würde, die ihre Waffen gegen ihn richteten, und die er dann besiegen müsste.

... Jason säte als erstes die Drachenzähne aus, dann pflügte er sie unter. Und schon bald spross eine Schar gewappneter Männer aus ihnen hervor und – welch ein erhabenes Schauspiel! - sobald sie die Oberfläche durchbrochen hatten, erhoben sie ihre Waffen und stürzten sich auf Jason.

Aus Thomas Bulfinch, The Age of Fable or Stories of Gods and Heroes

Inhaltsverzeichnis

<i>Einleitung zu der Ausgabe von 2004</i>	3
<i>Einleitung zur Ausgabe von 2001</i>	7
EINE GEWALTLOSE ABER UNMISSVERSTÄNDLICHE ANTWORT	8
Drei eindeutige Gründe keine Produkte "Made in China" zu kaufen	10
<i>Produkte, die in Gefängnissen und Zwangsarbeitslagern (Laogai) hergestellt werden</i>	10
<i>Produkte, die von einem aggressiven und nur an Expansion denkenden Militär hergestellt werden</i>	13
<i>Produkte, die von rechtlosen Arbeitskräften hergestellt werden</i>	18
Noch mehr Gründe keine Produkte "Made in China" zu kaufen	25
<i>Die Unterdrückung aller Religionen</i>	25
<i>Populäre indigene Religionen</i>	26
<i>Tibetischer Buddhismus</i>	27
<i>Katholiken</i>	29
<i>Protestanten</i>	30
<i>Der Islam</i>	31
<i>Erzwungene Abtreibungen und Sterilisationen</i>	32
<i>Exzessive und wahllose Anwendung der Todesstrafe</i>	35
<i>Die kommerzielle Verwertung der Organe von Hingerichteten für die Transplantation</i>	37
<i>Routinemässige Folter von Häftlingen</i>	40
<i>Staatlich angeordnete Psychiatrisierung von politischen Gefangenen</i>	41
<i>Militärische Besetzung und kultureller Genozid in Tibet</i>	42
<i>Drakonische Unterdrückungsmassnahmen in Ostturkestan</i>	44
<i>Weltweit die schärfste Überwachung des Internets</i>	45
<i>Die Weitergabe von Atomwaffen an Schurkenstaaten und Terroristen</i>	49
<i>China respektiert keine der üblichen Regeln</i>	53
Schlussbemerkungen	60
<i>Klärung noch bestehender Zweifel: Fragen und Antworten</i>	61
<i>Danksagungen</i>	71
<i>Über den Autor</i>	71
<i>Auswahlbibliographie</i>	73
<i>Anmerkungen</i>	75

Einleitung zu der Ausgabe von 2004

Wenn ich hier mein ursprüngliches Buch *Made in China* in einer völlig überarbeiteten und beträchtlich erweiterten Fassung unter einem neuem Titel vorlege, so entspricht dies ganz dem Geiste des chinesischen Sprichwortes "Selbst die blasseste Tinte ist besser als das beste Gedächtnis". Denn leider ist das menschliche Gedächtnis weit davon entfernt, verlässlich zu sein, wenn es darum geht, sich an Chinas Verbrechen gegen die Menschlichkeit* zu erinnern, selbst dann wenn sie sich gerade ereignen, was eigentlich immer der Fall ist, und erst recht, wenn dabei in irgendeiner Weise ein Profitinteresse involviert ist, was auch das Übliche ist.

Selbstverständlich erscheinen in den westlichen Zeitungen und Zeitschriften Artikel und Berichte über die "Ernte von Organen" der zum Tode Verurteilten in China, über religiöse Verfolgung, Massenhinrichtungen, Zwangsarbeitslager und landesweit durchgeführte Zwangssterilisationen, aber sie waren nie sehr häufig und seit dem 11. September 2001 wurden sie noch weniger. Oft sind sie irgendwo auf den inneren Seiten platziert und im Grossen und Ganzen finden sie im Leitartikel oder den Kommentaren dazu auf den ersten Seiten keine Erwähnung. Ausserdem werden so gut wie keine Anstrengungen unternommen, dem in irgendeiner Weise nachzugehen. Heute lesen wir zum Beispiel einen Bericht über die Einweisung und "Behandlung" von Menschen, die in einer von der Polizei betriebenen Irrenanstalt arbeiten, und sind entsprechend schockiert und entsetzt, aber wenn wir einige Monate später im nächsten Bericht über China von einer grossangelegten Verhaftungswelle von Falun Gong-Anhängern und deren Hinrichtung lesen, haben wir den früheren Artikel schon wieder halb vergessen und verbinden die beiden im Allgemeinen nicht miteinander – oder mit anderen Berichten, die wir bereits früher gelesen haben.

Nehmen wir einmal an, Sie befinden sich am Rande eines grossen Waldes, aber ein merkwürdiger neurologischer Zustand (à la Oliver Sacks) hinderte Sie daran, mehr als einen Baum zur gleichen Zeit wahrzunehmen und auch das nur in verwirrenden Zeitabständen. Natürlich könnten Sie die Grossartigkeit der Natur nicht aus ebenso vollem Herzen geniessen wie jemand, der den Wald und die Bäume gleichzeitig sehen und sich daran erfreuen kann.

Daher ist es hauptsächlich die Absicht dieser Anthologie der chinesischen Menschenrechtsverletzungen und anderer Verbrechen, komprimiert in einer Zusammenfassung, die das Gedächtnis unterstützt, die Perspektive wieder zurechtzurücken. In knapper Form zusammengefasst, ist zu hoffen, dass sie dem Leser den ganzen Umfang der Verbrechen Pekings begreiflich macht. Diese lassen nach ihrem blossen Ausmass, ihrer Verschiedenartigkeit, technischen Perfektion, Erbarmungslosigkeit, dem System dienender

* Das Tiananmen-Massaker ist praktischerweise eine sehr entfernte Erinnerung geworden, obgleich es sich erst kürzlich ereignete und wir es direkt auf unseren Bildschirmen miterlebten. Dabei sollten wir nicht vergessen, dass das Regime, das es anordnete, noch an der Macht ist. Akademiker und Journalisten schreiben mit "Unvoreingenommenheit" und "aus historischem Abstand" darüber, was sie nicht können, wenn es sich um den Holocaust oder das Massaker von Nanking handelt, die beide mehr als ein halbes Jahrhundert zurückliegen, die dafür verantwortlichen Regime gestürzt und diskreditiert sind und die meisten der Täter verurteilt und bestraft wurden. Nicholas Kristof vertritt in einem Kommentar zum Leitartikel in *The New York Times* (vom 29. August 2003) die Meinung, dass, obgleich ihn wie alle anderen Leute auch das Tiananmen-Massaker empöre, doch alles in allem genommen, eine "autoritäre Ordnung" dem "demokratischen Chaos" vorzuziehen sei. Kristof gehört zu dieser Sorte von zungenfertigen, intoleranten Intellektuellen, die in der Vorkriegszeit in Europa dazu beitrugen, die Demokratie zu unterminieren und den Aufstieg von Mussolini und Hitler zu fördern.

[Anm. der Übers.]: Das Massaker von Nanking auch als Vergewaltigung von Nanking bezeichnet, war ein Kriegsverbrechen der damaligen japanischen Besatzer, bei dem vermutlich bis zu 300.000 Zivilisten und Kriegsgefangene ermordet und 20.000 (manche Quellen: 80.000) Mädchen und Frauen vergewaltigt wurden. Das Massaker fand nach der Besetzung Nankings am 13. Dezember 1937 durch japanische Truppen im Zweiten Japanisch-Chinesischen Krieg statt. Es wurde lange Zeit verdrängt und erst ab 1997 hat man sich damit beschäftigt. Dabei war damals ein Deutscher, John Rabe, im Auftrag von Siemens in Nanking, der von den anderen Ausländern zum Vorsitzenden des *Internationales Komitees für die Sicherheit von Nanking* gewählt wurde, das die westliche Welt über die Vorgänge zu informieren versuchte. Man versprach sich von seiner Wahl als Deutschem und NSDAP-Mitglied Einfluss auf Japan. Nachdem er im Februar 1938 von Siemens aus Nanking abgezogen wurde und wieder in Deutschland war, hielt er einige Vorträge über das Massaker und kontaktierte sogar Adolf Hitler. Er wurde daraufhin kurzzeitig von der Gestapo verhaftet.

Nützlichkeit, Rentabilität und nüchtern kalkulierter Überlegung, aus der sie hervorgehen, die schreckliche Brutalität und Mordgier anderer autoritärer Regime auf der Welt (ja sogar des Regimes von Saddam Hussein) im Vergleich dazu als primitiv und harmlos erscheinen lassen.

Die meisten der in dem Buch dargestellten Tatsachen stammen aus den Berichten und Veröffentlichungen der Laogai Foundation, Human Rights Watch, Amnesty International, Labor Committee, A.F.L.- C.I.O., Freedom House, China Rights Forum, Human Rights in China, Cardinal Kung Foundation, Carnegie Endowment for International Peace, Tibet Information Network, Tibetan Centre for Human Rights and Democracy, Geneva Initiative on Psychiatry, und anderen Menschenrechtsorganisationen, Organisationen für religiöse Rechte, Arbeit, Nachrichtendienste, Regierungs-, Bildungs-, Juristen- und Forschungsorganisationen, wie auch einzelner Experten und Gelehrter. Ein grosser Teil der Informationen stammt auch aus *The New York Times*, *Washington Post*, *South China Morning Post*, *Business Week*, *The Economist*, *International Herald Tribune*, *Boston Globe*, *Taipei Times*, *Far Eastern Economic Review*, *People's Daily* und anderen Zeitungen, Zeitschriften und Presseagenturen. Es wurden keine darüber hinausgehenden Nachforschungen unternommen.

In meinen vorhergehenden Aufsatz hatte ich, um dem Leser die Lektüre nicht unnötig zu erschweren, nur wenige Zitate aufgenommen. Aber ein Sympathisant Chinas hier in den Vereinigten Staaten begann, E-Mails an verschiedene mit Tibet in Beziehung stehende Organisationen zu verschicken, und behauptete steif und fest, dass der Aufsatz bössartige Lügen über China verbreite. Daher werden diesmal die Quellen reichlich zitiert. Der Leser mag sich durch all die vertrackten kleinen Zahlen, die wie Blut saugende Insekten an den Wort- oder Satzenden sitzen, irritiert fühlen, aber er wird sich mit ihnen im höheren Interesse der Unanfechtbarkeit der Argumentation abfinden müssen, damit Chinas Propagandisten im Westen der Mund gestopft wird.

Und von ihnen gibt es eine Menge. Anführer der Meute ist zweifellos Rupert Murdoch, der mächtigste Medienmogul der Welt, dessen 130 englischsprachige Zeitungen (darunter die *Londoner Times* und die *New York Post*), der ihm gehörende grösste Fernsehkonzern in den Vereinigten Staaten (einschliesslich Fox News Channel und Fox Broadcasting), sowie Eigentum an oder Mehrheitsbeteiligungen bei Satellitenprogrammen, die Asien, Europa, Nord- und Südamerika erreichen, einen beträchtlichen Anteil der internationalen Medien ausmachen. Nach dem Kabarettisten und Schriftsteller Al Franken hat Murdoch schon vor geraumer Zeit entdeckt, "wo er seinen Vorteil zu suchen hat"¹, er verbreite also vor allem chinesische Propaganda, da er ja auch an einem Millionen Dollar schweren Gemeinschaftsprojekt mit *People's daily*, dem Propagandaorgan der Partei beteiligt sei, um chinesische Regierungspropaganda in das digitale Zeitalter zu bringen. "Die Wahrheit ist – obwohl wir Amerikaner es nicht wahrhaben wollen – autoritäre Gesellschaften funktionieren",² meint Murdoch den Kritikern vorhalten zu müssen. Doch sogar das Magazin *Fortune* warf Murdoch vor, "dem repressiven Regime in China Vorschub zu leisten, bloss damit seine Programme auf den ungeheuren chinesischen Markt kommen."³

In etwas "liberaleren" Kreisen haben wir Fareed Zakaria, den Herausgeber von *Newsweek International*, dem aufgetragen war, zu behaupten, dass "das chinesische Volk gefährlich ist, und deshalb von seiner Regierung am besten an einer kurzen Leine gehalten werden muss."⁴ Die Kommunistische Partei Chinas, so behauptet Zakaria, sorgt für eine "liberale Autokratie", eine Gesellschaftsform, von der er meint, sie sei den meisten mit Fehlern behafteten Demokratien auf der heutigen Welt (Indien ist dafür sein Hauptbeispiel) bei weitem vorzuziehen.

Nach dem verurteilenden Ton der Berichte über Italiens Premierminister, Silvio Berlusconi, in *The Economist* befragt, antwortete der Herausgeber, Bill Emmot, dass Berlusconi die beiden Dinge verraten habe, für die diese Zeitschrift einsteht: Kapitalismus und Demokratie.⁵ Bei einigem Nachdenken liesse sich dieser Vorwurf jedoch gerade den medialen Hütern dieser beiden Institutionen machen. Wenn auch nicht ebenso kriecherisch darum bemüht, China zu Gefallen zu sein, wie Murdochs Lakaien, förderten bisher die meisten Vertreter der internationalen Presse (einschliesslich der Mitarbeiter von *The Economist*) mit einem unterschiedlichem Grad von Begeisterung und Regelmässigkeit den tröstlichen aber irrigen Glauben, dass die freie Marktwirtschaft unweigerlich zur Demokratie in China führen würde, und Gerechtigkeit, Menschenrechte und sogar Demokratie im Kontext der chinesischen Werte oder dem höheren Interesse eines kontinuierlichen Handelsverkehrs nicht so wichtig wären.

Und wir sollten auch nicht Chinas Lobbyisten (oder die Berater, wie sie lieber genannt werden wollen) in Washington vergessen: den ehemaligen stellvertretenden Aussenminister Richard Holbrooke, den früheren Aussenminister Alexander Haig, den ehemaligen Verteidigungsminister James Schlesinger, den früheren Finanzminister Michael Blumenthal, den ehemaligen Landwirtschaftsminister Bob Bergland und sogar den früheren US-Präsidenten George Bush sen. selbst, seinen Sicherheitsberater Brent Scowcroft und seine Handelsbeauftragte Carla Hills. Ihre Dienste für Peking, und jene vieler weiterer angesehener Amerikanern, wurden mit einem *ganxi* (bevorzugten) Zugang der Firmen ihrer Kunden zum chinesischen Markt belohnt. "Aber wenn es um den China-Lobbyismus geht, konnte niemand Henry Kissinger das Wasser reichen ...", behauptet der Wirtschaftswissenschaftler Joe Studwell. Er informiert uns im Weiteren darüber, dass bei einem einzigen Vertragsabschluss mit einer amerikanischen Ölfirma in China die Beratungsfirma des früheren Aussenministers, Kissinger Associates, 40 Millionen Dollar einfuhr.⁶

Wir sollten vielleicht unter anderen in der China-Lobby die Senatorin von Kalifornien, Dianne Feinstein erwähnen, im Kongress die führende Befürworterin einer Versöhnungspolitik mit China, und ihren Ehemann, den Unternehmer Richard Blum, der in Shanghai ausgedehnte Geschäftsinteressen hat, da beide als dem Dalai Lama freundlich gesonnen und Sympathisanten der Tibeter gelten. "Die Senatorin Feinstein war auch dafür bekannt, sich für das Verständnis des Tiananmen-Massakers einzusetzen, bei dem Hunderte (möglicherweise Tausende*) von Demonstranten getötet wurden, indem sie es mit der Schiesserei an der Kent State University in Amerika verglich, bei der vier Studenten starben."⁷

Den anderen repressiven Regimen in der heutigen Welt, wie Zimbabwe, Myanmar, Nordkorea, und später dem Irak, gänzlich unähnlich, hat China international nicht nur, wie bereits erwähnt, in den Medien, der Geschäftswelt und den politischen Kreisen einen ungeheuren Einfluss, sondern auch in den akademischen und intellektuellen Zirkeln ebenso. In der Tat ist Chinas Einfluss in dieser Hinsicht so beherrschend und auf subtile Weise⁸ einschüchternd, dass ein führender amerikanischer Sinologe von der Princeton University, Perry Link, es so formulierte: "Die Anakonda im Kronleuchter". In einem Artikel mit dieser Überschrift macht Professor Link klar, wie beängstigend, manchmal unmöglich es für Wissenschaftler, Journalisten, Menschenrechtsanwälte, sogar Enthüllungsjournalisten im Westen ist, sich in ihren Aussagen oder Artikeln in ausgesprochenen Widerspruch zu dem zu setzen, was die Pekinger Regierung zum "grundlegenden Prinzip" erklärt hat.

* Wenn wir die Menschen dazurechnen, die in anderen chinesischen Städten im Gefolge des harten Durchgreifens nach Tiananmen getötet oder hingerichtet wurden, könnten sich die Opferzahlen auf mehrere Zehntausend belaufen.

Wie man die Sache auch betrachtet, es gibt zu viele Ängste, Bequemlichkeiten, Selbsttäuschungen, Eigeninteressen, die unser Gedächtnis und unsere Wahrnehmung von Chinas Menschen-rechtsverletzungen beeinflussen. Ich hoffe, dass diese kleine Gedächtnisstütze Ihnen dabei behilflich sein wird, sich von all dem zu befreien und überdies davon überzeugt, dass Sie persönlich Waren "Made in China" boykottieren sollten.

Alle Leser, die nicht in den Vereinigten Staaten leben, werden um Nachsicht dafür gebeten, dass viele Gesichtspunkte und Schlussfolgerungen in diesem Buch besonders auf Amerika Bezug nehmen. Das hat seinen guten Grund. Amerika ist der grösste Importeur chinesischer Waren. Insofern müssen besonders die Amerikaner sich ihres unmoralischen und wirtschaftlich ungesunden Verhaltens bewusst werden.

Dieses Buch beansprucht keineswegs, eine objektive wissenschaftliche Abhandlung zu sein. Es bezieht ausdrücklich Stellung, beachtet gewissenhaft die Fakten, räumt aber Chinas Standpunkt, der ohnehin so dominant ist, dass er fast alles unter sich begräbt, nicht vergleichbar viel Platz ein. Betrachtet man die Frage der "Objektivität" an sich, besonders wie sie in den meisten (vor allem den wissenschaftlichen) Diskussionen über China auftritt, so erweist das Buch der höheren Weisheit von Lu Xun, Chinas erstem modernen Schriftsteller und überragendem Entzauberer von Propaganda und Verblendung seine Reverenz. Er sagte: "Wer auch immer meint, er sei objektiv, muss bereits halb betrunken sein".

Einleitung zur Ausgabe von 2001

Dieser Appell an alle friedliebenden Menschen, keine in der Volksrepublik China hergestellten Produkte zu kaufen, wurde nicht leichtfertig geschrieben. Wenn es einen anderen, freundlicheren Weg gäbe, China von seinen immer häufiger werdenden Menschenrechtsverletzungen, seiner brutalen militärischen Besetzung Tibets und seinem aggressiven Drang zur militärischen Expansion abzubringen, wäre dieser bestimmt vorzuziehen. Doch seit die Vereinigten Staaten den Handel von den Menschenrechten abgekoppelt und China den Status "normaler Handelsbeziehungen" (oder wie es früher hiess, die Meistbegünstigungsklausel) eingeräumt haben, sind die wenigen bescheidenen Möglichkeiten zur Einflussnahme auf Chinas Verhalten praktisch erschöpft. Darüber hinaus haben die meisten Industriestaaten ähnliche Anpassungen ihres nationalen Gewissens und ihrer Politik vorgenommen wie die Vereinigten Staaten – einige haben dies allerdings sehr viel früher und mit viel mehr Begeisterung getan.

Den Vereinten Nationen gelang es in keiner Weise China zurückzuhalten und sie verhalten sich tatsächlich so, als ob ihre einzige Pflicht gegenüber China darin bestünde, dem Land nur keinen Anlass zu geben, verärgert zu sein. So wurde zum Beispiel dem Dalai Lama, einem Nobelpreisträger und der Welt wichtigstem buddhistischen Oberhaupt, im Jahr 2000 die Teilnahme an dem von den UN unterstützten Millennium-Friedensgipfel verweigert, an dem über 1000 religiöse Führungspersonlichkeiten aus der ganzen Welt teilnahmen, bloss weil China es gefordert hatte.⁹

Das häufig vorgebrachte Argument, dass die Kräfte des Marktes und internationalen Handels China in eine freiheitliche Demokratie verwandeln würden, ist mittlerweile vollkommen unglaubwürdig geworden. In Wirklichkeit scheint das Gegenteil passiert zu sein. Chinas Menschenrechtsbilanz hat sich mit jedem Jahr des wachsenden internationalen Handels und Investments in China immer mehr verschlechtert. Im Dezember 1998 erklärte Präsident Jiang Zemin der ganzen Nation unmissverständlich, dass China niemals den Weg in die Demokratie einschlagen würde.* Um diesen Punkt ganz deutlich zu machen, wiederholte er ihn einige Tage später noch einmal, und gelobte zusätzlich hoch und heilig, dass China jeden Angriff auf das Machtmonopol der Kommunistischen Partei im Keime ersticken würde. Unmittelbar danach wurde landesweit hart gegen das Verlagswesen und die Unterhaltungs-industrie vorgegangen und denen eine harte Strafe verpasst, die "zur Untergrabung der staatlichen Ordnung anstiften".** Diese kompromisslosen Massnahmen hagelte es unmittelbar nach der Unterzeichnung des *Covenant on Civil and Political Rights* (Pakt über bürgerliche und politische Rechte) durch China im Oktober 1998. Auch in den letzten zwei Jahren wurde mit beispielloser Brutalität und Härte gegen religiöse Gruppierungen wie die Falun Gong vorgegangen und in zunehmendem Masse auch gegen unzufriedene Industriearbeiter und rebellische Bauern.

Am 26. Februar 2001 bestätigte das amerikanische Aussen-ministerium in seinem jährlichen Menschenrechtsbericht, dass sich trotz des jahrelangen amerikanischen Engagements in den Wirtschaftsbeziehungen zu China die Menschenrechtssituation dort bedeutend verschlechtert habe, das "scharfe Vorgehen" gegenüber religiösen Organisationen, politischen Dissidenten

* Wenn er mit den westlichen Medien spricht, erwähnt Jiang regelmässig seine Bewunderung für Abraham Lincoln, zitiert die Gettysburg-Address und weist darauf hin, dass er zum Präsidenten Chinas "gewählt" wurde.

Am 4. September 2004 lehnte Präsident Hu Jintao nicht minder kategorisch die Demokratie für China ab (BBC News "Hu lehnt politische Reformen in China ab" 15.09.2004, 09:11:55 GMT)

** Für politische Gefangene galt früher die Generalanklage "konterrevolutionäre Verbrechen", was seit 1997 im neuen Strafgesetz durch "Untergrabung der staatlichen Ordnung" ersetzt ist.

und "jeder Person oder Gruppe, die als Bedrohung für die Regierung wahrgenommen wird" eher noch schlimmer geworden sei.

Und die Situation in Tibet habe sich verschlechtert. Solche zunehmend negativen Bilanzen von Chinas Menschenrechtsbericht sind in den letzten Jahren leider ein Hauptmerkmal der Jahres-berichte des Aussenministeriums geworden.

EINE GEWALTLOSE ABER UNMISSVERSTÄNDLICHE ANTWORT

Da die Regierungen der freien Welt und das Big Business es ganz offensichtlich aufgegeben haben, ihren wirtschaftlichen Einfluss geltend zu machen, um China an weiteren Menschenrechts-verletzungen zu hindern, bleibt engagierten Bürgern ein gewaltfreier Weg, um einen gewissen positiven Einfluss auf China auszuüben, nämlich durch ihr individuelles Konsumverhalten. Die Kampagne, zu der wir Sie einladen, zielt darauf ab, den Verbrauchern die moralischen und politischen Kosten für den Einkauf chinesischer Produkte klarzumachen und ihre Beteiligung an einem wirksamen Boykott solcher Produkte zu erreichen. Sie wird ausserdem dazu beitragen, Handel und Industrie dazu zu bewegen, ihre ökonomischen Verbindungen mit China zu überdenken. Die Mobilisierung dieser Kräfte wird schliesslich nicht nur eine wirtschaftliche Rückwirkung haben, sondern zur gegebenen Zeit auch Regierungen und Politiker dazu veranlassen, eine Politik zu verfolgen, die dazu geeignet ist, dem chinesischen Volk Freiheit und Demokratie zu bringen und Tibets Unabhängigkeit wiederher-zustellen.

Ökonomische Boykotte haben insgesamt gesehen einen eindrucksvollen Erfolg. Gandhis *Swadeshi*-Kampagne zum Boykott englischer Textilien war die erste wirksame Demonstration dafür, dass die englische Herrschaft in Indien nicht aufrechtzuerhalten war. Gandhis Kampagne verursachte in Grossbritannien erheblichen wirtschaftlichen Schaden. Eine grössere Anzahl von Spinnereien in Lancashire musste schliessen und Tausende wurden arbeitslos. Aber die moralische Berechtigung von Gandhis Aktion war so offenkundig, dass ihm bei seinem Besuch in Grossbritannien im Jahr 1931 die arbeitslosen Spinnereiarbeiter in Lancashire einen begeisterten Empfang bereiteten.

Welche Kraft eine solche wirtschaftlichen Aktion hat, wurde im Kampf gegen die Apartheid in Südafrika ganz deutlich. Der Boykott südafrikanischer Waren und die internationalen Sanktionen trafen die schwarze Gemeinschaft am stärksten, da ihre Mitglieder die Ärmsten waren und keine wirtschaftliche Absicherung gegen völlige Verarmung und Hungersnot besaßen. Nichtsdestotrotz wurden die südafrikanischen Schwarzen und ihre Anführer nie in ihrem Entschluss schwankend. Sogar noch nachdem Nelson Mandela aus der Haft entlassen und eine Reihe von Reformen durch Präsident de Kerk begonnen worden waren, rief der African National Congress (ANC) zur Fortsetzung der internationalen Sanktionen auf, bis die Apartheid völlig abgebaut und eine Übergangsregierung an der Macht war.

Ein anderes deutliches Beispiel dafür, dass internationale Wirtschaftsboykotte oder Sanktionen einer unterdrückten Arbeiter-bewegung zugute kommen, ist Polen, als die Vereinigten Staaten mit Wirtschaftssanktionen begannen, nachdem die kommunistische Regierung die Solidaritätsbewegung von 1981 verboten und ungefähr 30000 Solidarność-Mitglieder verhaftet hatte. Die Liberalisierung in Polen, die das Ende des kommunistischen Regimes mit sich brachte, wurde zu einem beträchtlichen Teil durch den Wunsch der Polen verursacht, die Sanktionen loszuwerden.

Demokratische Kräfte in Myanmar haben weltweit an alle Staaten appelliert, eine wirtschaftliche Sanktion "im Südafrika-Stil" gegen die in ihrem Land herrschende Militärregierung zu starten. Eine weltweite Kampagne für einen Konsumboykott und der Druck der Aktionäre haben Unternehmen wie ARCO, Eddie Bauer, Liz Claiborne, Macy's, Reebok und Petro Canada dazu gebracht, Myanmar zu verlassen. Im Januar 2001 willigte die Militärjunta endlich ein, Verhandlungen mit der Oppositionsführerin Aung San Suu Kyi aufzunehmen.*

Die sich häufenden Berichte über Streiks in den chinesischen Industriebetrieben und über Demonstrationen und Aufstände der Bauern – trotz umfangreicher und brutaler Unterdrückungsmassnahmen von Seiten des Staates – widerlegen klar und deutlich das oft wiederholte (und in gewisser Weise rassistische) Argument von Chinas Verteidigern im Westen, dass das chinesische Volk damit zufrieden, in einem repressiven Staat zu leben, nur an der unmittelbaren Steigerung seines Wohlstandes interessiert wäre. Wenn also verzweifelte Arbeiter zu streiken beginnen, ohne Rückhalt von Gewerkschaften und eine gut gefüllte Streikkasse zu haben und sich damit strafbar machen, dann ist es mehr als deutlich, dass die Arbeiter in China (und das kann auch auf die Bauern ausgedehnt werden) jede Aktion der freien Welt billigen und gutheissen werden, die wie ein internationaler Boykott chinesischer Waren zwar vorübergehende Härten für sie bedeutete, aber auf lange Sicht darauf abzielte, den chinesischen Arbeitern und Bauern die gleichen Rechte zu sichern, die die Völker der freien Welt geniessen.

Das gilt umso mehr für Tibet. Die oft gestellte Frage, ob der normale Tibeter nicht wirtschaftlichen Fortschritt der politischen Unabhängigkeit oder sogar der persönlichen Freiheit vorziehen würde, ist nicht nur ein Missverständnis, sondern eine ungeheuerliche Beleidigung. Wir sind leider nicht in der Lage, eine Abstimmung in diesem unglücklichen Land durchzuführen, doch bei jedem öffentlichen Protest und jeder Demonstration in Tibet, in jedem Protestsong, jeder Schrift eines Dissidenten und auf jedem heimlich angeklebten Plakat, wird immer wieder und vor allem die Unabhängigkeit für Tibet gefordert. Die einzige Bezugnahme auf die wirtschaftliche Situation ist in einem systemkritischen Dokument zu finden, das in den Achtzigerjahren in Tibet zirkulierte:

*Wenn (unter chinesischer Herrschaft) Tibet aufgebaut würde und der Lebensstandard des tibetischen Volkes sich verbesserte und sein Leben an Glück so überreich wäre, dass selbst die Götter in den dreiundreissig Reichen angesichts dessen in Verlegenheit gerieten; wenn wir wirklich und wahrhaftig das erlebten, ja sogar dann würden wir Tibeter es nicht wollen. Wir würden es ganz bestimmt nicht wollen.*¹⁰

* Im Mai 2003 kam es zu einem empfindlichen Rückschlag, als regierungstreue Demonstranten Aung San Suu Kyi und ihre Anhänger gewaltsam angriffen. Die Regierung behauptet seither, sie müsse Suu Kyi zu ihrer eigenen Sicherheit internieren. Es besteht jedoch eine reale Sorge um ihr Wohlergehen. Die Aussichten für zukünftige Verhandlungen sind allerdings nicht sehr hoffnungsvoll. Die nahezu völlige Aufgabe des Engagements der westlichen Staaten für die Menschenrechte in China hat höchstwahrscheinlich die Militärregierung im benachbarten Myanmar ermutigt, gegenüber der Opposition eine härtere Linie zu vertreten.

Drei eindeutige Gründe keine Produkte "Made in China" zu kaufen

Sogar ein nur unvollkommener Überblick über die unzähligen Verbrechen Chinas gegen die Menschlichkeit sollte einem sich moralisch verantwortlich fühlenden Menschen genügen, keine Produkte "Made in China" zu kaufen. Aber in dieser langen unglückseligen Liste, kommt drei Verstößen gegen die Menschenrechte eine besondere Bedeutung zu, da sie unmittelbar und zwangsläufig mit der Herstellung der Waren selbst verbunden sind:

1. die Produkte werden in Zwangsarbeitslagern (*Laogai*) und Gefängnissen hergestellt
2. die Produkte werden in Fabriken und Ausbeutungsbetrieben angefertigt, die dem Militär unterstellt sind
3. die Produkte werden von rechtlosen Arbeitskräften hergestellt

Produkte, die in Gefängnissen und Zwangsarbeitslagern (*Laogai*) hergestellt werden

Die Tatsache, dass ein beträchtlicher Teil der chinesischen Fabrikwaren, die exportiert werden, aus Gefängnissen und Zwangsarbeitslagern (oder Lagern für "Umerziehung durch Arbeit" *Laogai*) stammt, ist wohlbekannt. Weniger bekannt ist die genaue Grösse dieser Lager, was darauf zurückzuführen ist, dass es nahezu unmöglich ist, Statistiken über sie und ihre Produktivität zu erhalten. Aber dank des unermüdlichen und mutigen Einsatzes von Harry Wu, eines ehemaligen Insassen solcher *Laogai* während 19 Jahren, wissen wir, dass der Umfang der Fabrikation in den Zwangsarbeitslagern nicht nur enorm ist, sondern diese auch eine bedeutende Rolle in Chinas Wirtschaft spielt.

Nach Schätzungen der 1993 von Harry Wu gegründeten *Laogai Research Foundation* arbeiten in einigen tausend Zwangsarbeitslagern etwa 16-20 Millionen Chinesen, wovon ungefähr 10 Prozent politische Häftlinge sind. Sie arbeiten in landwirtschaftlichen Betrieben, die zu den Gefängnissen gehören, oder in Fabriken und Werkstätten, in denen ein von Sadismus, Folter und Unterernährung geprägtes Klima herrscht. In seinem ersten Buch, *Laogai: Der chinesische Gulag*, stellt Harry Wu die These auf, dass "ganze Armeen von schlecht bezahlten, dazu gezwungenen, äusserst effizient arbeitenden Häftlingen eine sehr wichtige Rolle beim "Aufbau des Sozialismus" der kommunistischen Regierung spielen. ... Niemals zuvor gab es einen Staat mit einem derart umfassenden Gefängnisssystem, das es alle Wirtschaftsbereiche erfasste, das eine so sorgfältige Planung und Organisation hatte und einen integralen Bestandteil des Wirtschafts- und Produktionssystems darstellte."¹¹

Detaillierte Informationen über die *Laogais* oder den "Bambus-Gulag", wie sie manchmal genannt wurden, sind in den Berichten der *Laogai Research Foundation* und auf ihrer

Homepage www.laogai.org zu finden. Die Stiftung gibt ebenfalls ein sehr nützliches *Laogai Handbook* heraus, das immer wieder auf den neuesten Stand gebracht wird.

Es wurde von den Apologeten Chinas behauptet, dass auch in den Haftanstalten der freien Welt die Insassen arbeiten müssen und häufig Waren herstellen, die auf dem freien Markt verkauft werden. Der Unterschied aber ist der, dass in der freien Welt niemand ins Gefängnis kommt, bloss weil er seiner politischen Überzeugung Ausdruck verleiht oder seine Religion Weise praktiziert. Zweitens sind die Haftanstalten in der freien Welt aus rechtlichen Gründen oder weil es von der öffentlichen Meinung nicht geduldet würde, nicht in der Lage, die Arbeitskraft ihrer Insassen bis zu dem notwendig unmenschlichen Grad auszubeuten, dass es profitabel wird. Gefängnisse in der westlichen Welt sind wegen solcher Einschränkungen, genauso wie wegen des relativ hohen Lebensstandards der Häftlinge ausnahmslos Zuschussbetriebe für den Staat. In China hingegen sind die Betriebe, wo mit Zwangsarbeitern produziert wird, florierende und profitable Unternehmen.

Die Leistungsfähigkeit wird durch ein strenges System von Belohnung und Bestrafung erreicht. Die Essensrationen der Häftlinge sind mit ihrer Produktivität verbunden. Sogar Krankheit wird häufig als Beweis für eine schlechte Arbeitsmoral interpretiert und solchen "Drückebergern" werden die Rationen gestrichen oder verringert. "Keine Arbeit, kein Essen" und "Wenig Arbeitsbelastung, leichte Rationen" sind das Grundprinzip des Systems. Andere Massnahmen zur Produktivitätssteigerung sind der Widerruf des Rechtes, Briefe zu schreiben oder Besuch zu empfangen, Isolationshaft, "Selbstkritiksitungen", längeres Fesseln der Hände und Füße und häufig Schläge und Folter. Häftlinge, die zu langsam sind oder versehentlich Werkzeuge oder Maschinen beschädigen, werden oft der "Sabotage von Staatseigentum" beschuldigt und müssen mit Bestrafung oder einer neuen Anklage rechnen.

Wie durch Videoaufnahmen, die sich Harry Wu verschaffte, und die 1991 in einer mit dem Emmy-Preis ausgezeichneten Fernsehsendung gezeigt wurden, bewiesen ist, arbeiten die Häftlinge oft unter entsetzlichen Bedingungen.¹² In einer Sequenz in einem Tierhäute verarbeitenden Betrieb wird gezeigt, wie nackte Arbeiter hüfttief im Säurebad stehen und Tierhäute hin und her bewegen. Die in Zwangsarbeitslagern Internierten sind oft nicht nur unterernährt, sondern leiden auch an Tuberkulose, Hepatitis und allen möglichen anderen Krankheiten. Die Häftlinge in den Zwangsarbeitslagern in der Mandschurei und in Amdo sind dem subarktischen Klima ausgesetzt, so dass unachtsame Häftlinge manchmal nur durch das Einatmen im Freien an Erfrierungen der Atmungsorgane sterben.¹³

In einer Diskussion über die Gesundheitsversorgung in den Gefängnissen der Vereinigten Staaten bemerkte der berühmte Arzt und Schriftsteller Dr. Abraham Varghese, dass "Häftlinge in diesem Land die einzige Personengruppe sind, die ein von der Verfassung garantiertes Recht auf Gesundheitsvorsorge hat" ...und "ein Häftling hat – sogar wenn er zur Todesstrafe verurteilt ist – eher bessere Chancen in ein Zentrum für Organtransplantation verlegt zu werden". Und er schliesst seinen Beitrag: "Ich kann mich des Gedankens nicht erwehren, wie glücklich wir doch in diesem Land sind, wo wir darüber debattieren, Insassen von Vollzugsanstalten lebenserhaltende Organe zu implantieren, statt über die schauerliche Praxis, die Organe von Häftlingen zu entnehmen und zu verkaufen wie in China".¹⁴

Arbeit in chinesischen Gefängnissen beschränkt sich nicht auf die Herstellung von Waren. Im Mai 2001 gaben offizielle Stellen in Sichuan gegenüber der Nachrichtenagentur Reuters zu, dass die 39 in einer gefluteten Kohlengrube eingeschlossenen Bergleute, deren Tod man befürchten müsse, Strafgefangene waren, die in einem vom Gefängnis betriebenen Bergwerk arbeiteten. Die Offiziellen sagten, dass sie wenig Hoffnung hätten, die Männer noch lebend zu

bergen. Chinesische Nachrichten über das Grubenunglück erwähnten nicht, dass die Opfer Strafgefangene waren und die Regierung leugnet hartnäckig die Existenz von Zwangsarbeit.¹⁵

Das Hauptproblem ist, unter den mit dem Label "Made in China" versehenen Produkten, die die freie Welt überfluten, diejenigen herauszufinden, die in Zwangsarbeitslagern hergestellt wurden. Ein Grund dafür ist, dass Gefängnisse und Zwangsarbeitslager, die von ihnen hergestellte Produkte exportieren, besondere unschuldig klingende Firmennamen für sich erfinden. Das ist wahrscheinlich die Erklärung dafür, dass alle Anstrengungen, nur Produkte zu boykottieren, die in Gefängnissen und Zwangsarbeitslagern hergestellt wurden, niemals grossen Erfolg hatten.

Vor drei Jahren berichtete *The New York Times*, dass ein rundes Drittel der in den Vereinigten Staaten benutzten (und von der Firma "Staples" vertriebenen) Büroklammern in einem Gefängnis in Nanjing von weiblichen Häftlingen hergestellt wurde, "die nicht bezahlt werden und die so viele Stunden täglich arbeiten müssen, dass ihre Finger manchmal bluten".¹⁶ Die Herstellerfirma, AIMCO, gehörte Peter Chen, einem Bürger der Vereinigten Staaten.

Ein Bericht in der *Washington Post* erwähnte 2001 eine Entwicklung der Zwangsarbeitspraktiken in China, die das Problem der Identifizierung von in Arbeitslagern hergestellten Produkte noch schwieriger gestaltete.¹⁷ In den Jahren zuvor hatte es der wachsende Wettbewerb den Gefängnisbetrieben erschwert, ihre Produkte auf dem freien Markt zu verkaufen. Dies verbesserte jedoch nicht die Bedingungen der Häftlinge, sondern brachte sie in umso grössere Bedrängnis, da chinesische Gefängnisse für ihre Finanzierung auf die Einnahmen ihrer Fabriken angewiesen sind. Gefängnisleitungen verhandeln jetzt mit privaten Firmen über die Herstellung eines Sortiments arbeitsintensiver Produkte wie Perücken und Weihnachtskerzen und sie zwingen die Häftlinge, immer länger zu arbeiten.

"Gelegentlich arbeiten die Häftlinge die ganze Nacht hindurch, ohne zu schlafen. Es kommt alle Tage vor, dass die, die in den Werkstätten arbeiten, Blut spucken oder vor Erschöpfung ohnmächtig werden," schreibt ein Häftling in einem herausgeschmuggelten Brief, von dem eine in New York angesiedelte Menschenrechtsgruppe für China eine Kopie erhielt. "Die stundenlange Arbeit unter gleissendem Licht führte bei manchen der Häftlinge zu Schäden an der Netzhaut, wodurch ihre Sicht beeinträchtigt ist. Aber das Aufsichtspersonal bezichtigt sie, das nur vorzugeben und zwingt sie, weiterzuarbeiten, bis sie blind sind".¹⁸

Ein vor Kurzem entlassener Häftling sagte aus, die Wächter hätten ein persönliches Interesse daran, die Häftlinge zu härterer Arbeit zu drängen, weil Budgetdefizite in den Lagern bedeuten, dass sie selbst, manchmal sogar monatelang, nicht bezahlt werden. "Sie setzen eine Quote für dich fest, aber wenn du sie erreichst, wird sie hochgesetzt. Du arbeitest härter, um sie zu erreichen und dann setzen sie sie wieder rauf", sagte der ehemalige Insasse eines solchen Lagers. "Es ist eine Tortur, die Quoten zu erreichen, aber wenn du sie nicht erreichst ebenso". Einige ehemalige Insassen berichteten, dass Häftlinge, die ihre Quoten nicht erreichten oder auf andere Art und Weise das Aufsichtspersonal verärgerten, auf dem Gefängnishof mit Handschellen an Basketballkörbe oder in den Werkstätten an hohe Geländer angekettet würden, so dass ihre Füsse nicht mehr den Boden berührten. "Wir haben dort gearbeitet und direkt neben uns hingen diese Leute herab, es sollte uns zur Warnung dienen"¹⁹, meinte ein ehemaliger Häftling.

Ein anderer Häftling sagte aus, dass das Wachpersonal Häftlinge zwingt, schwere Türen tagelang hochzustemmen oder sie dadurch foltere, dass ihnen die Hände mit Seilen sehr fest gefesselt würden. Unbotmässige Häftlinge würden auch in noch nicht einmal zwei

Quadratmeter grosse Einzelzellen gesperrt, in denen es im Sommer vor Stechmücken wimmele.

An einem nasskalten, bedrückenden Novembertag 1992 besuchte Harry Wu das nationalsozialistische Konzentrationslager in Dachau. Er sah den Schlafsaal, wo die Häftlinge geschlafen haben, zusammengedrängt, fünf- bis sechshundert Menschen in einer Baracke und dann die so genannten Waschräume, wo sie fünf Minuten Zeit hatten, sich zu säubern, bevor sie wieder hinausgetrieben wurden. Sie hatten gerade mal ein Becken und einen Wasserhahn. Hunderte von Menschen warteten auf schmutziges Wasser. Einen Augenblick lang fühlte er sich zurückversetzt in die chinesischen Lager, die Bedingungen dort waren auch nicht anders. Dann fiel ihm ein, dass Dachau ein Arbeitslager der Nazis gewesen war und er hatte mit Übelkeit zu kämpfen. Auf seinem Weg nach draussen bemerkte er den über dem Eingangstor des Lagers im schmiedeeisernen Gitter angebrachten Spruch *ARBEIT MACHT FREI*. Er bat jemanden, ihm zu übersetzen, was es bedeute. Er war verblüfft und fragte nach, "Sind Sie sich sicher?" und die Antwort lautete, "Ja".

"In China", erklärte Harry dann, "war der Wahlspruch für unsere Lager "Durch Arbeit zu einem neuen Leben".²⁰

Produkte, die von einem aggressiven und nur an Expansion denkenden Militär hergestellt werden

Tausende Fabriken und Ausbeutungsbetriebe, die direkt dem chinesischen Militär unterstellt sind, stellen vom Spielzeug über Stahlröhren bis zur Unterwäsche alles her und exportieren diese Waren in die freie Welt, um so zu den Devisen zu kommen, die für die Modernisierung des chinesischen Militärs gebraucht werden. Rechercheure von der amerikanischen Arbeiter-Organisation A.F.L.-C.I.O. haben zehn von der PLA (Volksbefreiungsarmee) unterhaltene Konzerne in den USA ausfindig gemacht, von denen jeder verschiedene Tochtergesellschaften hat.²¹ Eine Reihe dieser Unternehmen sind Vertriebs- und Handelsgesellschaften. Im Jahr 1996 wurden zwei dieser Unternehmen, nämlich Norinco (ein chinesisches Staatsunternehmen, das die PLA mit den meisten ihrer Waffen versorgt und zehn Tochtergesellschaften in den Vereinigten Staaten hat) und Poly Technologies (das von einer Abteilung des Generalstabs der PLA geleitet wird) vom FBI mit Umtrieben in Verbindung gebracht, um Tausende von AK-47 Sturmgewehren in die Vereinigten Staaten zu schmuggeln. Insgesamt gehören zu dem globalen Imperium der PLA mehr als 15.000 Unternehmen.²²

Nach *The Cox Report of the House Select Committee on U.S. National Security and Military Commercial Concerns with the People's Republic of China*, herausgegebenen 1999, haben chinesische Militärs und Geheimdienste durch derartige Unternehmen in den Vereinigten Staaten Geheiminformationen über Kernwaffen gestohlen, um Langstreckenraketen bauen zu können, die in der Lage sind, die Vereinigten Staaten zu treffen. Es wurden ebenso hochentwickelte Technologieanwendungen gestohlen, unter anderem aus dem Bereich der Hochleistungscomputer, Satelliten-technologie, Flugleitsystemtechnologie für F-15, F-126 und F-117 Tarnkappenbomber und Konstruktionspläne über Amerikas fort-geschrittenste Thermonuklearwaffen.²³ Der Bericht war nicht unum-stritten. Obgleich Cox und die meisten Republikaner geltend machten, dass in ihm eher "untertrieben" würde, meinten einige

Demokraten, wiewohl sie keine der dokumentierten Informationen in Frage stellten, es handele sich nur um die "schlimmsten Fälle", die übertrieben seien.²⁴

Die These des Bestsellers der *New York Times* von 1998 *Year of the Rat*²⁵, ist, dass Chinas heimlicher Erwerb von hochentwickelter Verteidigungstechnologie Amerikas von Bill Clintons unüberlegtem Streben nach Geldern für seine Wahlkampfkampagnen erleichtert wurde. Die Autoren, Edward Timberlake und William Triplett beschreiben, wie der grösste Beitrag zu den Clinton-Gore-Wahlkampagnen 1992 von einem zwielichtigen indonesischen Geschäftsmann mit Verbindungen zu Chinas Geheimdienst kam; warum ein amerikanischer Geschäftsmann, der an Chinas Raketenprogramm mitarbeitete, einer der führenden Sponsoren für die Kampagne zur Wiederwahl von Clinton und Gore war; und wie Johnny Chung, Charlie Trie, John Huang und andere, die verdächtigt wurden, Beziehungen zum chinesischen Geheimdienst oder zum von Chinesen organisierten Verbrechen zu unterhalten, in aussergewöhnlicher Weise Zugang zum Weissen Haus gewährt wurde. Das Buch wirft viele interessante Fragen auf, beantwortet sie aber nicht zufriedenstellend. Timberlakes und Triplets Untersuchung ist jedoch stichhaltig und provokativ genug, dass man sich nach der Lektüre sicher ist, dass die republikanischen Mitglieder der Untersuchungskommission ihrem Land und sich selbst einen besseren Dienst erwiesen hätten, wenn sie weniger von Bill Clintons Liebesleben besessen und mehr an den aktuellen Fragen der nationalen Sicherheit interessiert gewesen wären.

Im März 2003 wurde das öffentliche Interesse an dem Problem des chinesischen Diebstahls von militärischer Hochleistungstechnologie kurzfristig wieder geweckt, als Richard Perle, der den Vorsitz in einem Beratungsausschuss des Pentagons innehatte, sich gezwungen sah, zurückzutreten, nachdem bekannt geworden war, dass er einen der wichtigsten amerikanischen Satellitenhersteller, *Loral Space and Communications* unsachgemäss beraten hatte, während sich die Firma der Anschuldigung ausgesetzt sah, Raketentechnologie nach China transferiert zu haben. Bereits vorher hatte Perle in den Diensten des Kommunikationsgiganten *Global Crossing* versucht, das Misstrauen des Verteidigungsministeriums gegenüber *Globals* chinesischen Verbindungen zu überwinden, die als nationales Sicherheitsrisiko betrachtet wurden.²⁶ "Das Jahr der Ratte" war offensichtlich noch nicht vorbei.

Kein anderes Regime bildet heutzutage eine grössere langfristige und grundsätzliche Bedrohung des Weltfriedens als die kommunistische Regierung in Peking. Wird dieser Tage über den Gegenstand der globalen Sicherheit diskutiert, so drehen sich die Diskussionen ausnahmslos alle um Nordkorea, den Iran und (zumindest seit einem Jahr) den Irak, aber realistisch gesehen fehlen allen diesen Ländern, obwohl sie gewiss dazu in der Lage sind, viel Unheil zu stiften und sogar einen oder zwei Kriege auszulösen, letzten Endes doch die Grösse, die Bevölkerung, die militärischen Fähigkeiten und die öko-nomische Kraft, einen grösseren Krieg durchzustehen, geschweige denn einen nächsten Weltkrieg. China ist allerdings sehr schnell dabei, diese Fähigkeit zu erwerben, was am jährlich 20-prozentigen Wachstum seines Verteidigungshaushaltes deutlich abzulesen ist.²⁷ Diese Bedrohung des Weltfriedens ist jetzt weit grösser als zu der Zeit, als China unter Mao Zedong eine wesentlich aggressivere Ideologie vertrat. Wie heftig auch immer die ideologische Rhetorik des maoistischen China gewesen sein mag, es fehlte ihm an Geld und Technologie, um seine Absichten in die Tat umsetzen zu können. Aber das hat sich alles geändert, und diese Veränderung verdankt China allein seiner neuen ökonomischen Macht, zu der es durch den Verkauf seiner Waren an den Westen gelangt ist.

Oft ist es für viele nicht offensichtlich, dass China in Asien und dem pazifischen Raum eine aggressive expansionistische Politik betreibt. Dennoch ist die Gefahr einer chinesischen Invasion in Taiwan immer gegeben und das wird die Intervention der Amerikaner nach sich ziehen – es sei denn Amerika will seine Vorherrschaft im pazifischen Raum nicht mehr aufrechterhalten.*

Obgleich die Taiwan-Frage nur gelegentlich in der westlichen Presse auftaucht, wird in China selbst, immer wenn in Taiwan Wahlen anstehen oder die taiwanische Regierung versucht, ihre Unabhängigkeit zu behaupten, die Frage von offizieller Seite und den Medien lautstark und bis an den Wahnsinn grenzend hochgespielt. Während solcher Ereignisse bringen die Zeitungen in China regelmässig Briefe und Petitionen von chinesischen Soldaten (oft mit ihrem Blut unterschrieben oder sogar ganz mit Blut geschrieben), die eine Invasion in Taiwan fordern.²⁸

In Südostasien wird dadurch von neuem die Angst vor Chinas Expansionsbestrebungen wach. So hat China zum Beispiel Anspruch auf die strategisch zentral gelegenen Spratlyinseln, die auf beiden Seiten lebenswichtiger Schifffahrtswege nach Japan, Taiwan und Südkorea liegen, erhoben, und sie sogar teilweise besetzt. Die Philippinen haben am meisten Anspruch darauf, weil sie zu ihnen am nächsten liegen (ungefähr 300 Kilometer von den Spratlyinseln entfernt), während China etwa 1000 Kilometer davon entfernt im Norden liegt, Anspruch auf die ganze Inselgruppe erhebt und eine Militärbasis auf dem treffend so genannten "Unglücksriff" errichtet hat.

Die Chinesen haben sich bereits einer anderen zu Vietnam gehörenden Inselgruppe weiter im Norden, der Paracelinseln, bemächtigt und sie okkupiert und haben ebenso Teile des vietnamesischen Grenzgebietes besetzt. Obwohl sich heutzutage die Beziehungen Vietnams zu seinem gigantischen Nachbarn gebessert haben, besonders was den Handel und den Tourismus angeht, so zwingt die Unsicherheit durch die chinesischen Expansionsgelüste Vietnam, eine Armee zu unterhalten, welche die viertgrösste der Welt ist. Was die Ansprüche und die Kontroverse im Süd-chinesischen Meer angeht, ist Chinas Position dogmatisch und unflexibel. David Shambaugh, der Leiter des Forschungsprogramms über chinesische Politik an der George Washington University bemerkt, dass "die Experten der PLA die Tendenz haben, nichts über Südostasien und die Sicherheitsfragen in dieser Region zu schreiben, weil China seinen Anspruch auf das Südchinesische Meer als 'Frage der Innenpolitik' betrachtet".²⁹ Ross Munro, der ehemalige Leiter des Büros vom *Time Magazine* in Honkong, hat festgestellt, dass "China heute immer noch seine 'Nachbarn' in zwei Kategorien einzuteilen scheint, nämlich in tributpflichtige Staaten, die seine Hegemonie anerkennen oder potenzielle Feinde".³⁰

Im Februar 2004 berichtete die *Washington Post* über die Behauptung chinesischer Wissenschaftler, dass das schon lange versunkene Königreich und die Zivilisation von Gogureyo, die sich einst vom nördlichen Teil der koreanischen Halbinsel bis zu den Grenzen der Mandschurei erstreckten, ethnisch zum chinesischen Kaiserreich gehört hätten. Diese Behauptung schockierte die Wissenschaftler und Politiker sowohl in Nord- als auch in Südkorea und schürte in diesen Ländern die Ängste vor den chinesischen Expansionsgelüsten.

* In einem neueren Artikel in der *New York Review of Books*, macht Nicholas Kristof Präsident Hu Jintao diesen Vorschlag: die Invasion in Taiwan wäre nicht sehr vernünftig, denn Taiwan würde bestimmt zurückschlagen. Statt dessen schlägt Kristof vor, China solle einen Konflikt um die Senkaku/Disaoyu Inseln, die zur Japanischen Inselgruppe gehören (die aber China beansprucht), heraufbeschwören, da Kristof sich sicher ist, dass Japan, das "doch so schlappschwänzig wäre", keinen Krieg vom Zaune bräche. Er stützt seinen Vorschlag noch mit der Bemerkung ab, dass "Japan alles in allem ein Land ist, das jeder Chinese liebend gerne hasst" und dass Amerika nicht intervenieren (und einen Atomkrieg mit China riskieren)würde, obgleich es durch das Amerikanisch-Japanische Sicherheitsabkommen dazu verpflichtet ist, japanisches Staatsgebiet zu verteidigen. ("A Little Leap Forward", *New York Review of Books*, 24. Juni 2004).

Wissenschaftler, die interviewt wurden, meinten, die Chinesen wollten damit wohl die Grundlagen dafür schaffen, die Grenze zu Nordkorea in Frage stellen zu können (besonders wenn die dortige Regierung kollabieren sollte), und wenn sie feststellten, dass es in ihrem Interesse läge, mehr Territorium zu fordern. "Es ist nicht das erste Mal, dass die Chinesen versuchen, dies zu tun", sagte Yio Ho-kyu, ein Historiker an Seouls Hankuk Universität für Auslandsstudien. "Sie haben dasselbe gemacht, bevor sie Tibet beanspruchten. Jetzt versuchen sie, die Geschichte als Waffe zu benutzen, um Einfluss über ein Gebiet zu erlangen, das historisch zu Korea gehört".³¹

Länder wie Laos, Kambodscha und besonders Myanmar gehören bereits zur chinesischen Einflussosphäre. Myanmars brutale Militärregierung ist ein besonders enger Verbündeter von China und hat der chinesischen Marine die freie Nutzung der Hafenanlagen auf ihren Inseln erlaubt, sowie eine elektronische Überwachungs- und Anlaufstation auf den Kokosinseln (nördlich der Andamanen) im Indischen Ozean zu errichten. Die Chinesen modernisieren auch die Hafenanlagen der Hangyi-Inseln und Sittwe nahe Kalkutta, um so chinesischen Kriegsschiffen direkten Zugang zum Indischen Ozean zu verschaffen.³²

Diese Entwicklung war ein grösserer Schock für die indische Verteidigung. Sie trug zweifellos dazu bei, dass Indiens Verteidigungsminister vor einigen Jahren eine Erklärung abgab, dass nicht Pakistan die hauptsächliche Bedrohung für Indiens Sicherheit sei. Das kommt daher, dass China die Aufstandsbewegungen im Nordosten von Indien unterstützt und mit Waffen versorgt hat und es gelegentlich zu militärischen Grenzübergreifen kam. Als am 26. Juni 2003 der indische Premierminister Atal Behari Vajpayee seine sechstägige "historische" Chinareise beendete, überschritt chinesisches Militär die *Line of Actual Control* (LAC) im Distrikt Upper Subansiri des nordöstlichen Bundesstaates Arunachal Pradesh und nahm einige indische Grenzbeamte gefangen.³³ Nichtsdestotrotz haben sich die chinesisch-indischen Beziehungen im letzten Jahr verbessert, China ist mit seinen Billigexporten ein beträchtlicher Einbruch in den indischen Markt gelungen und indische Firmen hoffen auf grössere Verträge, um Chinas Bedarf nach Computern zu befriedigen. Da bisher noch bei der Bearbeitung keiner der zwischen den beiden Ländern bestehenden Meinungsverschiedenheiten in nennenswerter Weise Fortschritte gemacht worden sind, raten indische Verteidigungsexperten zur Vorsicht.

David Shambaugh, eine international anerkannte Autorität für chinesische Strategie- und Militärfragen an der George Washington University, ist der Meinung, dass Indiens Atomwaffentest 1998 wesentlich dazu beigetragen hat, die Bedrohung durch Indien in der chinesischen Wahrnehmung sehr viel höher einzustufen.* In einer Analyse zahlreicher in chinesischen Militärzeitschriften veröffentlichter Artikel kommt er zu dem Schluss: „Die PLA scheint in Indien einen neuen Gegner gefunden zu haben. Die einzige Frage ist jetzt, wie lange es dauern wird, bis chinesische Experten die Vereinigten Staaten, Japan, Taiwan und Indien gemeinsame Sache machen sehen“.³⁴

Seit den späten neunziger Jahren wurde eine ganze Reihe von Büchern über den militärischen Expansionsdrang des kommunistischen China veröffentlicht. Zwei davon beeindruckten

* Die Ironie liegt darin, dass das indische Kernwaffenprogramm eine direkte Reaktion auf zwei chinesische Aktionen war: den Angriff auf Indien im Jahre 1962 und die Zündung von Chinas erster Atombombe 1964. 1955 war Indiens Spitzenatomforscher, Homi Bhabha, Präsident der Meilensteine setzenden ersten internationalen Konferenz *Atoms for Peace* in Genf gewesen. Indiens erster Kernreaktor in Trombay (1957) „schien offen und einwandfrei. Dort gab es kein Geheimnis“. Indiens politische Führung hing nämlich wie auch die wissenschaftliche Gemeinschaft im Allgemeinen (was im Nachhinein als etwas naiv erscheint) der Vision Nehrus vom Aufschwung in der dritten Welt durch die friedliche Nutzung der Kernenergie an, während zwei Jahrzehnte lang in China "die Entwicklung der Kernforschung fast ausschliesslich militärischen Zwecken diente". "Die chinesische Bombe verletzte Bhabhas Stolz mindestens ebenso wie seinen Patriotismus". Es dauerte nicht sehr lange, da forderte Bhabha die nukleare Abschreckung und schon wenige Monate danach gab Indiens Premierminister Lal Bahadur Shastri grünes Licht. Aber Bhabhas Tod und sein heftiger politischer und moralischer Widerstand gegen das Programm hielten es bis 1974 auf, als Indien unter Indira Gandhi seinen ersten Atomtest machte (Peter Pringle & James Spigelman, *The Nuclear Barons*, Holt, Rinehart and Winston, New York 1981, S. 377-378). Nach diesem einzigen Test hielt sich Indien bis 1998 an ein selbst auferlegtes Moratorium.

besonders durch ihre gründliche Forschungsarbeit und ihre wohlüberlegte Analyse. Es handelt sich dabei zum einen um *The Coming Conflict with China* von Richard Bernstein und Ross H. Munro, beide Chinakorrespondenten von *Time Magazine* und Büroleiter in Asien, die das schnelle Wachstum von Chinas militärischer Stärke in allen Einzelheiten untersuchen, die fortgesetzte Darstellung Amerikas als seines Hauptfeindes, seine Ansprüche im Hinblick auf Taiwan und das Südchinesische Meer, seinen Verkauf von Waffen an die Widersacher der Vereinigten Staaten, seine konzertierten Aktionen, um illegal an westliche Technologie zu kommen, und seine rücksichtslosen Versuche – oft genug mithilfe amerikanischer Unternehmen, die vom Chinageschäft profitieren – die Politik der Vereinigten Staaten zu beeinflussen.

Das andere, *Hegemon: China's Plan to Dominate Asia and the World* ist ein mehr historisches Werk. Sein Autor, Steven W. Mosher, ist einer der renommiertesten Chinakenner in Amerika, und zudem jemand der im Unterschied zu anderen in Bezug auf Menschenrechte kein Blatt vor den Mund nimmt, besonders wenn es dabei um Zwangsabtreibungen und –sterilisationen geht. Es sollte nicht unerwähnt bleiben, dass Steven Mosher umstritten ist, seine Werke werden vor allem von Pro-Peking orientierten oder nach Links tendierenden Chinaexperten kritisiert.

Mosher legt dar, wie der Begriff der "Hegemonie", einer politischen Ordnung, die auf nackte Gewalt gegründet ist, von chinesischen Strategen vor 2800 Jahren konzipiert wurde und wie er sich zu einer bis ins Letzte ausgefeilten diplomatischen und militärischen Strategie entwickelte, die dazu dient, zur Hegemonialmacht zu werden, die über den Rest der bekannten Welt herrscht. Mosher argumentiert, dass die chinesische Vergangenheit der Prolog zur Gegenwart sei, und der westliche Glaube, dass China auf einen demokratischen Wechsel zusteure, auf reinem Wunschdenken beruhe. Mosher beweist weiterhin, dass die amerikanischen Versuche im letzten Jahrzehnt gegenüber China auf eine Politik der "strategischen Kooperation" zu setzen, auf ein "Appeasement" hinauslaufen, das nicht nur Taiwan, sondern ganz Asien gefährdet.

Schliesslich soll nicht unerwähnt bleiben, dass, seit die beiden Studien erschienen sind, Chinas Fremdenfeindlichkeit und aggressiver Nationalismus nur noch zugenommen haben. Amerikas Interventionen in Afghanistan und im Irak haben in China den Ruf nach einer verstärkten militärischen Aufrüstung laut werden lassen. In einem Artikel unter der Überschrift "China ist bereit für den zukünftigen Kampf gegen die USA" schreibt CNNs leitender Chinaexperte, Willy Wo-Lap Lam, dass "der Irakkrieg die Führung der Chinesisch Kommunistischen Partei (CCP) davon überzeugt habe, dass irgendeine Form der Auseinandersetzung mit den Vereinigten Staaten früher als erwartet kommen könnte".³⁵ Lam erwähnt ebenfalls, Präsident Hu Jintao habe zu verstehen gegeben, dass Peking den globalen Entwicklungen mehr Aufmerksamkeit widmen müsse, damit "China auf den heftigen Regen gut vorbereitet sei und in der Position, die Initiative zu ergreifen".

In einem anderen Artikel, "Warum Krieg den Geist Maos wiederbelebt", schreibt Lam, dass der Irakkrieg den Geist des Maoismus in China zu neuem Leben erweckt und ein reges Interesse an Maos harter politischer Linie gegenüber dem "amerikanischen Imperialismus" hervorgerufen habe. Nach dem, was aus intellektuellen Kreisen in Peking zu hören ist, plant eine Gruppe von Wissenschaftlern von *Think Tanks* wie der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften (CASS), eine Petition an die Kommunistische Partei und die Regierung zu richten, in der eine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes gefordert wird.³⁶

Obgleich der 11. September Amerika in gewisser Weise erlaubte, die Taiwan-Frage in die zweite Reihe der politisch wichtigen Themen zu verbannen, wäre es voreilig anzunehmen, dass China das Gleiche getan hat. Peking ist es nämlich gelungen, aus Amerikas Beschäftigung mit "der Achse des Bösen" Kapital zu schlagen und seine Taiwan betreffenden Pläne voranzubringen. Dies wurde aus einem Bericht des Pentagons an den Kongress vom 30. Juli 2003 deutlich, der feststellte, dass China die Produktion von ballistischen Flugkörpern für Kurzstrecken beschleunigt hat, nicht allein, um die Gefahr für Taiwan aufrechtzuerhalten, sondern auch "um eine Intervention der Vereinigten Staaten im Taiwan-Konflikt zu erschweren. China ist es ebenso gelungen, die Schätzungen des Pentagons über die Raketenproduktion für die Taiwan-Front im letzten Jahr weit zu übertreffen". Der Bericht fügte hinzu, dass China den Militärhaushalt erhöht hat, um die beschleunigte Raketenproduktion, eine Flotte von in China hergestellten Kampfflugzeugen und hochentwickelte russische Kriegsschiffe zu bezahlen.* „Chinas Strategie“, heisst es im Bericht, „besteht darin, bei jeder Taiwan-Krise so schnell einzugreifen, dass die Vereinigten Staaten nicht mehr effektiv intervenieren können.“³⁷

Am 19. November 2003 drohte China zum ersten Mal seit mehr als drei Jahren offen, Taiwan anzugreifen, wenn seine (demokratisch gewählte) politische Führung sich weiterhin um formale Unabhängigkeit bemühe.³⁸ Am 2. Dezember erklärte Chinas militärische Führung, dass sie Taiwan mit dem "Mutterland" wiedervereinigen möchte, selbst wenn dies bedeuten würde, Chinas Wirtschaft in die Rezession zu treiben oder seine Pläne zunichte mache, Gastgeber der Olympischen Spiele 2008 zu werden.³⁹

Produkte, die von rechtlosen Arbeitskräften hergestellt werden

Zugegeben, viele der Produkte mit dem Label "Made in China", die wir bei Wal-Mart oder Toys'R'Us in den Regalen sehen, sind nicht in Zwangsarbeitslagern oder vom chinesischen Militär hergestellt worden. Sie wurden von normalen chinesischen Arbeitnehmern produziert. Sie könnten also fragen, wem schadet das, wenn ich diese Dinge kaufe? Das grundlegende Problem ist jedoch, dass die Arbeiter in China nicht frei sind. Arbeitnehmer in China haben nicht das Recht, sich zu organisieren, Gewerkschaften zu bilden, Lohnforderungen zu stellen, über Tarifverträge zu verhandeln und selbstverständlich zu streiken. Alle diese Handlungen sind illegal; sie sind mit längeren Strafen in Zwangsarbeitslagern und sogar mit dem Tode bedroht.

Der Theorie nach gehören nahezu alle Industriearbeiter in China Gewerkschaften an. In der Realität sind diese aber von der Regierung kontrollierte Organisationen, ihre Leitung wird von der Kommunistischen Partei bestimmt. Die Dachorganisation für alle chinesischen Scheingewerkschaften ist der Nationale Chinesische Gewerkschaftsverband (ACFTU, All-China Federation of Trade Unions) mit Hauptsitz in Peking. Anstatt die Rechte und Interessen der Arbeiter wahrzunehmen, ist es die Aufgabe dieser offiziellen in der ACFTU vereinigten Gewerkschaften, „die Arbeiter unter Kontrolle zu halten, indem sie die Rolle von bezahlten Schlägern und des Sicherheitsdienstes am Arbeitsplatz übernehmen“, wie es in einem Artikel des *China Rights Forum* heisst.⁴⁰

* Dies bezieht sich gewiss auf die Sovremenny-Klasse der mit ferngelenkten Nuklearwaffen ausgerüsteten Zerstörer, Russlands hochentwickeltestem Kriegsschiff, das zunächst entwickelt worden war, um amerikanische Flugzeugträger und die zur Aegis-Klasse gehörenden Kreuzer unschädlich zu machen. Die U.S.-Marine hat bisher noch keine effektive Verteidigung gegen das Sovremenny Raketensystem entwickelt.

Im Dezember 2003 publizierte die *New York Times* einen sehr ausführlichen Bericht über Chinas "Zwangsgewerkschaften" und wie „... die Polizei jeden Versuch, unabhängige Gewerkschaften zu bilden als Bedrohung der Kommunistischen Partei brutal unterbindet" und „... die einzige legale vom Staat organisierte Gewerkschaft ist eine Farce, eine wertlose bürokratische Einrichtung, die nur den Anschein erweckt, das Proletariat zu vertreten".⁴¹

Die grösste Angst der Kommunistischen Partei ist das Entstehen einer unabhängigen Arbeiterbewegung. Während der demokratischen Bewegung von 1989 kam es in Peking zur Bildung des Autonomen Arbeiterverbandes (Workers' Autonomous Federation), der sich mit erstaunlicher Geschwindigkeit im ganzen Lande ausbreitete. Während des darauf folgenden Massakers auf dem Tiananmen-Platz waren viele der dort Getöteten Arbeiter und Aktivisten der Arbeiterbewegung und bei den anschliessenden Säuberungsaktionen wurden noch einmal sehr viele verhaftet und viele hingerichtet. Manche Hinrichtungen wurden im staatlichen Fernsehen übertragen. Doch von da an begann die Idee unabhängiger Gewerkschaften, welche die Interessen ihrer Mitglieder vertreten, sich immer mehr zu verbreiten. Seit 1989 haben sich in China bekannte Dissidenten zunehmend mit der Frage der Rechte von Arbeitern beschäftigt. Leider sind diese Stimmen noch schwach und die Behörden haben bei dem Durchgreifen sogar gegen gerade erst entstehende Arbeitergruppen eine kompromisslose Härte gezeigt.

So erfolglos sie auch waren, so sollten doch einige der anfänglichen Bemühungen erwähnt werden. Im Mai 1992 wurden in Peking die sechzehn Organisatoren der Untergrundvereinigung "Freie Gewerkschaft Chinas" verhaftet, zwei der massgebenden Persönlichkeiten waren Wang Guoqi und Hu Shigen, letzterer Professor am Pekinger Fremdspracheninstitut.⁴² Die Mitglieder dieser Gruppe wurden 1994 zu Gefängnisstrafen zwischen sieben und zwanzig Jahren verurteilt. 1994 bildete sich in Peking eine Organisation, die sich Liga zum Schutz der Rechte des arbeitenden Volkes nannte.⁴³ Die Gründer der Organisation wurden allesamt verhaftet, nachdem sie versucht hatten, ihre Gruppe offiziell registrieren zu lassen. Viele aus dieser Gruppe befinden sich immer noch in Haft. Im Mai 1994 wurden in Shenzhen drei Arbeiter festgenommen, nachdem sie die Anmeldung einer Abendschule und eines Informationsblattes namens *Mitteilungsblatt für das arbeitende Volk* (Laboring People's Bulletin) beantragt hatten. Über ihren Verbleib ist bis jetzt nichts bekannt.

Im landwirtschaftlichen Sektor ist es um die Situation keineswegs besser, eher noch schlechter bestellt. Nach den Aussagen von Jasper Becker, dem ehemaligen Leiter des Pekinger Büros der *South China Morning Post* bilden die 600 Millionen chinesischen Bauern, die in den Dörfern der unermesslich monotonen Nordchinesischen Hochebene und den Provinzen Shandong, Henan, Jiangsu, Anhui, Jiangzi, Sichuan und Hunan leben, wahrscheinlich die grösste Gruppe völlig rechtloser Arbeitnehmer auf der Welt. Es ist ihnen ausdrücklich verboten, sich zu organisieren und ihre Interessen gegenüber dem Zentralstaat oder den kleinen Despoten vor Ort zu vertreten ... der Staat scheint einen ständigen Kampf zu führen, um sie zu unterdrücken und ab und zu erreichen vage Nachrichten von dieser ungeheuren Repression die Aussenwelt".⁴⁴

1998 und 1999 kam es in der ganzen Provinz Hunan zu Bauernunruhen. Im Kreis Qiyang im Südwesten eröffnete die Polizei das Feuer auf 10 000 Bauern, die sich vor der Parteizentrale versammelt hatten. Auch in Qidong, Wefushi, Dazhongqiao, Luodi, Xingxi, Xupu und Yizhang sowie in Ningxing kam es zu Aufruhr. An vielen Orten explodierten Bomben, eine ging in einem Bus hoch, als dieser in Changsha an der für die gesamte Provinz zuständigen Parteizentrale vorbeifuhr. Andere Bauern blockierten Bahns-trecken.⁴⁵

Doch ungeachtet des harten Durchgreifens der Regierung und der Bestrafung einzelner Arbeiter nehmen die Demonstrationen und Streiks von Industriearbeitern in China entschieden zu. Laut einer Quelle der Arbeiterbewegung in Hongkong „kamen in den letzten Jahren viele genossenschaftliche und private Unternehmen, an denen ausländische Investoren beteiligt sind, mit den Lohnzahlungen in den Rückstand und hatten obendrein noch steigende Belastungen durch die Rentenzahlungen zu bewältigen. Als Reaktion darauf haben sie die Arbeiter gezwungen, Überstunden zu leisten, ohne sie entsprechend zu bezahlen, was wiederum zu häufigeren Streiks und Demonstrationen geführt hat“.⁴⁶ Diese wurden jedoch durch die konzertierte Aktion der Regierung und der Arbeitgeber unterbunden.

In bestimmten Betrieben mit ausländischen Eigentümern sind Körperstrafen üblich. Die Mädchen, die in diesen Fabriken arbeiten, haben 12-Stunden-Schichten mit nur zwei freien Tagen im Monat und schlafen zu acht oder zehnt in einem Schlafraum zusammengepfercht, der nachts abgeschlossen wird. Das Reden auf dem Fabrikflur ist verboten und um zur Toilette zu gehen oder ein Glas Wasser trinken zu können, brauchen sie eine schriftliche Erlaubnis. Sexuelle Belästigung ist das Übliche. Die Bestrafung „unkooperativer“ Arbeitnehmer schliesst Schläge, Haft oder Einbehaltung des Lohnes mit ein. Zuspätkommen kann den Lohn eines halben Arbeitstages kosten.

Eine ausgezeichnete und umfassende Studie über diese Art von Ausbeutung der chinesischen Arbeiter wurde von Professor Anita Chan, einer der bekanntesten Experten über die chinesische Beschäftigungssituation, 2001 veröffentlicht.⁴⁷ Die vielen Fallstudien verbunden mit treffenden Analysen decken die ganze Bandbreite von Übergriffen in allen möglichen Situationen ab: in staatlichen Unternehmen, grossstädtischen Genossenschaften, kleinstädtischen und dörflichen Unternehmen, den inländischen Privatunternehmen und den ausländischen Investoren gehörenden Unternehmen. Die Fallstudien schliessen städtische Arbeiter, Wanderarbeiter aus den ländlichen Gegenden und auch Arbeiter mit ein, die von China ins Ausland entsandt werden. Über die Lobeshymnen bedeutender Sinologen, Arbeits- und Wirtschaftsfachleute hinaus hatte John Sweeny, der Präsident der A.F.L.-C.I.O., Folgendes über Anita Chans Buch zu bemerken: „Was so lebendig in den von Dr. Chan gesammelten Berichten zum Ausdruck kommt, ist zutiefst verstörend, denn sie schildern eine Welt von extremer Ausbeutung und wenig Hoffnung. Für alle, die glauben, dass eine Wirtschaftsreform, die den ungezügelten, freien Markt zum Ziel hat, der einzige Weg des Heils für China ist, ist die Lektüre ein Muss“.

Der *weltgrösste* Einzelimporteure von in China hergestellten Produkten ist die amerikanische Supermarktkette Wal-Mart*, die jedes Jahr Waren im Wert von 10-12 Milliarden Dollar bei mehreren tausend chinesischen Fabriken einkauft. Charlie Kernaghan vom *National Labor Committee* berichtet, dass Wal-Mart gegenüber den Arbeitnehmern äusserst hart vorgeht: „Gegenwärtig werden die Sozialstandards in China herunterdrückt, die Löhne und Sozialleistungen drastisch gesenkt, lange Überstundenschichten zur Pflicht gemacht, während andererseits willkürliche Entlassungen von Arbeitern geduldet werden, die es bloss wagen, die Arbeitsbedingungen in der Fabrik zu diskutieren“.⁴⁸

Nachdem an Ort und Stelle mit den chinesischen Arbeitnehmern bei Tochtergesellschaften von Wal-Mart in China Untersuchungen und Interviews durchgeführt worden waren, gab das

* Wal-Mart hat einunddreissig Einzelhandelsgeschäfte in China eröffnet und hat es abgelehnt, seinen Arbeitnehmern dort auch nur zu erlauben, in die von der Regierung gesteuerten Gewerkschaften unter dem Dach der ACFTU einzutreten - mit der Begründung, die Zentralregierung hätte dem Unternehmen versichert, es wäre nicht nötig. (Carl Goldstein, „Wal-Mart in China“, *The Nation*, 8. Dezember 2003).

National Labor Committee den Bericht *Wal-Mart Dungeon in China* (Wal-Marts Kerker in China) heraus, der die miserable Behandlung der Arbeitnehmer in solchen Betrieben schildert. Ein in die Einzelheiten gehender Bericht über eine Handtaschenfabrik listet folgende Fakten auf:

14-Stunden-Schichten, Siebentagewoche; 30 Tage im Monat zu einem Durchschnittslohn von umgerechnet 3 Cent pro Stunde; 3,10 \$ für eine 98-Stundenwoche; ein Arbeiter erhielt 36 Cent für die Arbeit eines ganzen Monats; 46 % der Arbeitnehmer verdienen gar nichts, sie sind nämlich bei dem Unternehmen verschuldet; sie sind zu sechzehnt in einem Raum untergebracht und erhalten zwei magere Mahlzeiten am Tag; sie sind körperlichen und verbalen Übergriffen ausgesetzt; die Arbeitnehmer werden als geknechtete Diener gehalten; ihre Ausweispapiere werden ihnen abgenommen. Es ist ihnen nur erlaubt, die Fabrik für anderthalb Stunden am Tag zu verlassen; 800 Arbeiter verloren ihre Stelle, weil sie für ihre fundamentalen Rechte gekämpft haben.⁴⁹

Das [US-amerikanische] *National Labor Committee* hat ebenso Arbeitnehmer in der Provinz Guangdong interviewt, die beliebte Actionfiguren, Puppen und andere Spielsachen herstellen, die bei Wal-Mart verkauft werden, und hat darüber einen erschreckenden 58 Seiten langen Bericht mit dem Titel *Toys of Misery* herausgegeben. Der letzte dieser Berichte, *Toys of Misery 2004* ist eine detaillierte Darstellung von Foreway Industrial China Ltd. im Verwaltungsgebiet Chang Ping, die mit Lizenzverträgen von NFL (National Football League), NBA (National Basketball Association), MLB (Major Baseball League), NCAA (National Collegiate Athletic Association), Nascar (National Association for Stock Car Auto Racing) und der Collegiate Licensing Company arbeiten und von bekannten Sportlern Plastikfiguren herstellen. Anderes Plastikspielzeug, besonders kleine Spielzeugautos, werden von Foreway für Wal-Mart, Disney und Hasbro produziert. Zu den vielen Missständen, die in dem Bericht zur Sprache kommen, gehören obli-gatorische 18 bis 20 ½ Stundenschichten, die obligatorische Siebentagewoche, Nettolöhne von 16,75 Dollar für 100 Stunden Arbeit, regelmässig zu spät gezahlte Löhne und die Entlassung bei Beschwerden.⁵⁰

Laut Jasper Becker werden 70 % des Spielzeugs auf der Welt in China produziert und die Exporte, die jetzt einen Wert von 7,5 Milliarden Dollar jährlich haben, verdoppelten sich in den letzten acht Jahren. Zusätzlich exportiert China Plastikweihnachtsbäume, Weihnachtsschmuck und Lichter, Flitter, Plastikengel und Glocken, Weihnachtsmannkostüme, gerahmte Bilder von Jesus und biblischen Szenen in einem Wert von fast einer Milliarde Dollar. Unternehmen aus Hongkong und Taiwan, die Waren nach dem Geschmack von Hasbro (zu dessen Markenartikeln Action Man und Bob the Builder gehören), Mattel (Hersteller der Barbiepuppe) und Disney herstellen, haben, geködert von der im Überfluss vorhandenen billigen und durch keine Tarifverträge geschützten Arbeitskraft, ihre Produktionsstätten auf das chinesische Festland verlegt. Dr. Anita Chan schrieb: "Wer Spielzeug kauft, sollte darauf achten, [denn] die Arbeitsbedingungen sind im Spielzeugsektor wahrscheinlich noch schlechter als in anderen Betrieben".⁵¹

Ein Bericht vom Februar 2004 in der *Washington Post* hob hervor, dass "Wal-Mart und China sozusagen in der Form eines Joint Venture miteinander verbunden sind; ihre Art von Symbiose beeinflusst die Arbeitsbedingungen und den Konsum auf der ganzen Welt. ... Die von der Kommunistischen Partei gestellte Regierung ist vielleicht der Welt grösster Förderer der kapitalistischen Produktionsweise geworden, indem sie die multinationalen Giganten mit steuerfreien Zonen und harten Bestrafungen für jeden, der plant, eine Arbeiterbewegung zu organisieren, anlockt".⁵²

Da den Arbeitern das Recht auf Gewerkschaftsbildung genommen und es ihnen sogar verwehrt ist, auch nur Fragen der Gefährdung am Arbeitsplatz mit der Unternehmensführung zu erörtern, werden sie in China immer wieder zu Opfern von entsetzlichen Arbeitsunfällen. "In Fabriken, wo die Arbeitssicherheit nicht gewährleistet ist, verunglücken tausende von chinesischen Arbeitern tödlich oder werden zu Krüppeln".⁵³ Opfer solcher Betriebsunfälle erhalten keine oder nur geringe Entschädigungen." Nach den offiziellen Statistiken der chinesischen Regierung (die, wie Kritiker sagen, konservative Schätzungen sind) starben im letzten Jahr 6 121 Menschen allein in den Kohlebergwerken Chinas. Mit abstumpfender Regelmässigkeit kommen Jahr für Jahr Bergleute durch Überflutungen, Brände, Schlagwetter, einstürzende Tunnel und Kohlenmonoxidvergiftungen ums Leben. Die meisten Bergleute sind Wanderarbeiter, die massenhaft aus den ärmeren Regionen herbeiströmen".⁵⁴

Die Verschärfung des Wanderarbeiterproblems scheint mit Chinas auseinander klaffenden Einkommen verknüpft zu sein. Da die Einkommen im Inland stagnieren, suchen die Bauern ihr Heil in der Migration, um ihre Einkünfte aufzubessern, oder schlicht um zu überleben. Selbst Menschen aus weit entfernten Gebieten, die diese bisher nie verlassen haben, machen sich jetzt auf den Weg. Sie sind häufig diejenigen, die am verwundbarsten sind, denn sie haben wenig Erfahrung ausserhalb ihres Dorfes. Ein vor kurzem in der *New York Times* erschienener Bericht sprach von mehr als 100 Millionen Wanderarbeitern landesweit.⁵⁵ Solche Wanderarbeiter, die keine Meldepapiere besitzen, stellen das Hauptkontingent der Arbeitskräfte, die im industriellen Exportsektor beschäftigt sind. Chinas Meldesystem, das des Hukou, gesteht Arbeitern, wenn sie den ihnen zugewiesenen Aufenthaltsort verlassen haben, nur wenig Rechte oder ein Anrecht auf Schutz zu. In einem Land, wo Arbeiter keine Rechte haben, sind unregistrierte Wanderarbeiter eine leichte Beute für habgierige Arbeitgeber, brutale Polizisten und korrupte Beamte. Wanderarbeiter werden dort als Bürger zweiter Klasse angesehen und ihre Not ignoriert.

Zusätzlich zu der Ausbeutung durch Chinas exportorientierte Industrie hat die starke Ausbreitung der nicht-registrierten Wanderarbeit in einigen Teilen Chinas zu einem Wiederaufleben von richtiger Sklaverei geführt. Unternehmer locken ahnungslose Bauern mit dem Versprechen von hohen Löhnen, guter Verpflegung und Unterbringung an. Sind diese erst einmal angekommen, nehmen sie ihnen die Papiere ab und schränken ihre Bewegungsfreiheit durch strenge Regeln ein. Die Opfer werden durch Gewaltandrohung oder gar Todesdrohungen zur Arbeit gezwungen. "Wenn die Menschen einmal ihre Freiheit verloren haben und mit Gewalt bedroht werden, ändern sich ihre Einstellungen", erklärt der Volkswirtschaftler Hu Shudong vom *China Economic Research Centre* an der Pekinger Universität, der das Phänomen der wieder auflebenden Sklaverei untersucht hat. "Sie sind schon zufrieden, wenn sie gerade einmal ein Stück Brot mehr bekommen oder dem Geschlagenwerden entgehen".⁵⁶

Ein Bericht von *China Labor Watch*⁵⁷, der ebenso in der *New York Times* (9. Februar 2001) veröffentlicht wurde, stellt den Fall des Aktivisten, Cao Maobing, ausführlich dar., Dieser war der Sprecher einiger Hundert wütender Arbeiter der Seidenfabrik des Kreises Funning in der Provinz Jiangsu, die viele Beschäftigte entlassen, es jedoch verabsäumt hatte, die geforderten Gehälter und Renten zu zahlen. Die Arbeiter beschuldigten die Geschäftsleitung der Korruption und die regierungstreue Gewerkschaft des geheimen Einverständnisses mit ihr, und erklärten ihre Absicht, eine unabhängige Gewerkschaft zu gründen. Cao Maobing wurde daraufhin von der Polizei unter Gewaltanwendung in das Psychiatrische Krankenhaus Nr. 4 in Yancheng eingeliefert, wo er mit der Diagnose "paranoide Psychose" unter strenger

Bewachung bleibt, Medikamente verabreicht bekommt und zu einer Elektroschocktherapie gezwungen wird.

Am 22. Dezember 2002 beendete in Dafeng in Nordchina eine kombinierte Einsatzgruppe von Polizei und paramilitärischen Kräften einen wochenlangen Streik, indem sie die Shuangfeng Textilfabrik stürmte, die protestierenden Arbeiter herausholte und schlug. Viele Arbeiter wurden verhaftet, während einzelne bereits vorher als mögliche Rädelsführer identifizierte Arbeiter aus ihren Wohnungen abgeholt und vermutlich verhaftet wurden. Das ist nur ein Zwischenfall unter den vielen einer Flut⁵⁸ von Arbeiterunruhen, über die vor kurzem aus China berichtet wurde.

In Anbetracht des Ernstes der Situation der Arbeiter in China begann *The New York Times* am 7. April 2003 eine Artikelserie zu veröffentlichen, welche die Ausbeutung der chinesischen Industriearbeiter untersuchte. Diese Artikelserie mit dem Titel "The World's Sweatshop" ist im Internet unter nytimes.com/world zu finden. Ein Artikel dieser Serie erzählt die Geschichte zweier Bauernmädchen, die sich von einem südkoreanischen Hersteller künstlicher Wimpern in der Stadt Anshan in Nordostchina anlocken liessen und in einer gefängnisähnlichen Fabrik landen, wo sie für einen Monatslohn von 24 Dollar arbeiten, wovon noch 14 Dollar für Unterkunft und Verpflegung abgezogen werden. Der Vertrag sah ebenfalls vor, dass die Arbeiter dem Chef 58 Dollar zu zahlen hätten, wenn sie die Firma vor dem Auslaufen des auf ein Jahr befristeten Vertrages verlassen sollten, und die Zahlung von 2 400 Dollar, wenn sie "geistiges Eigentum stehlen", das heisst, für einen anderen Wimpernhersteller arbeiten würden. Die Mädchen, Ma Pinghui und Wei Qi, beide 16, versuchten zu fliehen, indem sie aus einem hohen Fenster kletterten, wobei sie abstürzten. Beide erlitten Beinbrüche und Rückenverletzungen. Der Artikel hebt hervor, dass solche Missstände in Chinas für den Export arbeitender Industrie gang und gäbe sind und dass von Seiten der Behörden äusserst selten zugunsten der Betroffenen eingegriffen würde. Die beiden Mädchen wurden in der Tat "schroff abgewiesen, als sie Regierungsbeamte und Polizei in Anshan um Ermittlungen in diesem Fall baten".⁵⁹

Am 16. März 2004 gab die A.F.L.-C.I.O. eine 105 Seiten starke Beschwerdeschrift heraus, um Druck auf Präsident Bush auszuüben, damit er Sanktionen gegen China veranlasse, weil es die Rechte der Arbeiter verletzt, indem es Streiks unterdrückt, unabhängige Gewerkschaften verbietet und die Gesetze zur Einhaltung von Minimallöhnen nicht durchsetzt. Die A.F.L.-C.I.O. argumentiert, dass diese rechtswidrige Unterdrückung der Rechte der Arbeiter für den chinesischen Export im Durchschnitt einen Kostenvorteil von 43 % ausmache. Dieses ist der erste Fall, der jemals unter den *Trade Act* von 1974 fiel, der Strafen für Verletzungen der Arbeitnehmerrechte vorsieht. Die Beschwerde der A.F.L.-C.I.O. zeichnet ein albraumhaftes Bild von der Situation der Fabrikarbeiter in China: Millionen von Bauern, die wegen der Arbeitsstellen in den Fabriken in die Städte abwanderten, werden dort geknechtet, man zwingt sie, in gefängnisähnlichen Wohnheimen zu leben, und 18 Stunden für die Hälfte des Minimallohnes zu arbeiten. Arbeiterführer werden oft verhaftet und gefoltert.

"Die amerikanischen Arbeiter leiden, weil sie ihre Jobs verlieren, verlieren sie die Hoffnung", erklärte Barbara Shailor, die Leiterin der Abteilung für internationale Angelegenheiten bei der A.F.L.-C.I.O.. "Zur gleichen Zeit leiden die chinesischen Arbeiter unter repressiven Bedingungen, ihnen werden die meisten ihrer fundamentalen Rechte verweigert".⁶⁰

China greift jetzt auf Antiterrormassnahmen zurück, um gegen Arbeiter und Dissidenten scharf vorgehen zu können, die ihrer Unzufriedenheit auf die einzige Weise Ausdruck verleihen, die ihnen geblieben ist – gewalttätige Aktionen. Nach einem Bericht von Willy

Wo-Lap Lam von CNN gehörten zu den Methoden vieler dieser benachteiligten und marginalisierten Gruppen der Gesellschaft, wie zum Beispiel den chronisch Arbeitslosen, die Verwendung von Sprengstoff, Gift, Brandstiftung, Entführung und Mord. "Jetzt machen eine ganze Menge verzweifelter Bürger ihrer Unzufriedenheit Luft, indem sie in einer grossen Stadt auf einem belebten Platz Sprengsätze zünden. Pekings Albtraum ist, dass die endgültig Frustrierten und Unzufriedenen sich zusammenrotten und Terrorgruppen in der Form einer Stadtguerilla bilden".⁶¹

Die Not der chinesischen Landarbeiter ist der Gegenstand einer vor kurzen veröffentlichten Publikation (2004), die in China für viel Staub aufwirbelte. *Zhongguo Nongmin Diaocha* (Chinas Bauern - eine Untersuchung), verfasst von dem Autorenehepaar Chen Guidi und Wu Chuntao, schildert lebhaft die grausame Ausbeutung und das Elend der 750 Millionen Bauern Chinas und schockte die städtischen Leser. Auf dem Höhepunkt der Popularität des Buches befahl die Regierung dem Verlag, den Druck einzustellen, aber Millionen von Raubkopien haben seither den Markt überflutet. Die Namen des Autorenpaares verschwanden aus der Presse, und beiden behaupten, sie würden ständig von Beamten des Sicherheitsdienstes belästigt. Chen und Wu werden jetzt von einem ranghohen Beamten wegen Verleumdung angeklagt. Wie der Korrespondent der *New York Times*, Joseph Kahn, erklärt: "In einem Land, in dem das Recht, die Mächtigen zu kritisieren, nicht geschützt ist, können sie, wie sie selbst sagen, diesen Rechtsstreit nur verlieren."⁶²

Noch mehr Gründe keine Produkte "Made in China" zu kaufen

Die Unterdrückung aller Religionen

Die kommunistische Partei Chinas sah in der Religion schon immer einen nicht tolerierbaren Risikofaktor, der ihr vermeintliches alleiniges Recht auf die Loyalität und sogar die Hingabe der Bürger des Landes ihr gegenüber gefährdet. Obwohl die Religionsfreiheit ein in der chinesischen Verfassung verbrieftes Recht ist, sieht die Praxis so aus, dass jede religiöse Vereinigung einen beschwerlichen Registrierungsprozess durchlaufen muss und selbst dann noch bei ihren Aktivitäten genauestens überwacht wird. Drucklegung und Verbreitung religiöser Schriften werden von der Regierung streng kontrolliert. Sobald eine Gruppierung in den Verdacht kommt, sich der Einmischung und strengen Kontrolle der chinesischen Behörden entziehen zu wollen, wird sie sofort "krimineller Aktivitäten" und "illegaler Zusammenkünfte" beschuldigt. Das hat dann unweigerlich polizeiliche Massnahmen mit routinemässiger körperlicher Misshandlung, Folter, langjähriger Inhaftierung der religiösen Führungspersonlichkeiten und der Praktizierenden zur Folge. Nicht selten werden Kirchen, Klöster oder Moscheen vom Staat abgerissen.

Im Anschluss an andere Berichte hat *Human Rights Watch Asia* ein nützliches Handbuch zu diesem Thema veröffentlicht: "State Control of Religion"⁶³. Es gehört zur Pflichtlektüre für jeden, der grundsätzlich verstehen will, mit welchen Mechanismen die kommunistische Partei die religiösen Überzeugungen unterdrückt, kontrolliert und entstellt. Informationen zu der Verfolgung der einzelnen Glaubensgemeinschaften und Glaubensrichtungen können über deren Unterstützerguppen bezogen werden, in erster Linie die *Cardinal Kung Foundation*, die *Free Church for China*, das *Falun Dafa Information Center*, das *Tibetan Centre for Human Rights and Democracy* (TCHRD), das *Uighur Information Centre* und andere.

Am 11. Februar 2002 veröffentlichte *Freedom House* in Washington D.C. einen Bericht, in dem sieben chinesische Regierungsdokumente analysiert werden⁶⁴. In diesen zwischen April 1999 und Oktober 2001 erstellten geheimen Dokumenten werden die Zielsetzungen und Massnahmen der chinesischen Sicherheitsbehörden zur Repression der Religionen auf nationaler, Provinz- und lokaler Ebene genau erläutert. Diese Dokumente sind unwiderlegbare Beweise dafür, dass es sich die chinesische Regierung, und zwar auf höchster Ebene, zum Ziel gesetzt hat, jegliche Manifestation von Religiosität, die sich ihrer Kontrolle entzieht, zu unterdrücken und zu diesem Zweck die Strafbestimmungen entschlossener, systematischer und härter anwendet. Der gegenwärtige chinesische Staatspräsident Hu Jintao, den einige Chinaexperten als zu einer jüngeren, liberaleren Generation von Führern der kommunistischen Partei gehörend betrachten, billigt die Kampagne gegen die *Real God Church*, wie einem Zitat in Dokument Nr. 4 zu entnehmen ist.

"Diese Dokumente liefern den unwiderlegbaren Beweis dafür, dass China weiterhin entschlossen bleibt, alle Religionen, die sich seiner Kontrolle entziehen wollen, mit Stumpf und Stiel auszurotten und dabei auch vor extremen Massnahmen nicht zurückschreckt", kommentierte die Leiterin des Zentrums für religiöse Freiheit (*Freedom House*) Nina Shea. "Normale religiöse Aktivitäten werden kriminalisiert und wie die im Dezember gegen den Pastor der südchinesischen Kirche Gong Shengliang und einige seiner Mitarbeiter verhängten

Todesstrafen belegen, werden die in diesen Dokumenten skizzierten Richtlinien mit unerbittlicher Entschlossenheit in die Tat umgesetzt.“

Nachdem die chinesischen Behörden ”in letzter Minute unannehmbare Bedingungen“ gestellt hatten, sagte am 8. August 2003 die *Commission on International Religious Freedom* (eine US-Bundesbehörde) ihre geplante Chinareise ab.⁶⁵ Ein Besuch der Arbeitsgruppe in Hongkong wurde ebenfalls von China vereitelt. Michael K. Young, der Vorsitzende der Kommission, meinte dazu: ”Das gibt überdies Anlass zu der Befürchtung, dass die Autonomie Hongkongs bereits wenige Jahre nach der Übergabe ernsthaft gefährdet sein könnte“. In Anbetracht der Tatsache, dass China in der Vergangenheit die Besuche ähnlicher, vom amerikanischen Kongress und dem Aussenministerium entsandter Arbeitsgruppen für religiöse Freiheit in China gestattet hatte, könnte man diese Beschränkungen als Anzeichen für eine noch härtere Gangart in der antireligiösen Politik und ein neues Verhalten Pekings werten, diesbezügliche Bedenken der Aussenwelt einfach zu ignorieren.

Populäre indigene Religionen

Die *New York Times* berichtete am 8. Februar 2001 über den Tod von weiteren sieben inhaftierten Mitgliedern der als illegal erklärten Religionsgemeinschaft Falun Gong, womit die Gesamtzahl der bekannten Todesfälle auf 112 steigt. Wie berichtet, starben vier von ihnen in Zwangsarbeitslagern und zwei weitere sind offensichtlich bei Zwangsernährungsmassnahmen, um einen begonnenen Hungerstreik zu beenden, lebensgefährlich verletzt worden. Am 27. Juni 2001 berichtete Falun Gong, ungefähr 243 Anhänger ihrer Glaubensgemeinschaft seien in der Haft oder direkt nach ihrer Freilassung unter verdächtigen Umständen gestorben. Bis zum heutigen Tag wurden viele Tausende ihrer Mitglieder (unterschiedlich lange) in Haft gehalten; während mindestens zehntausend weitere langjährige Strafen in Zwangsarbeitslagern verbüssen. Man weiss nicht, wie viele weitere in die geschlossene Psychiatrie eingeliefert wurden.⁶⁶ Schläge und Folter gehören zum Alltag der Inhaftierten und führten bereits zu vielen Todesfällen. Die massive und brutale Verfolgung von Falun Gong und die Intensität der Grossaktion mit landesweit durchgeführten öffentlichen Demonstrationen und Massenversammlungen, bei denen auch die entlegensten Regionen ihr aktives Eintreten gegen die Sekte unter Beweis stellen mussten, erinnert an die maoistischen Kampagnen in den 50er und 60er Jahren.

Mit Ausnahme von ein bis zwei äusserst entschlossenen Splittergruppen wurde Falun Gong in China seit September 2001 in den Untergrund gezwungen. Als sei das harte Vorgehen gegen die Glaubensgemeinschaft noch nicht genug, wurde zusätzlich eine subtile landesweite Propagandakampagne gestartet, um sie und ihren spirituellen Anführer Li Hongzhi erfolgreich zu dämonisieren. Gleichzeitig wird die gütige Behandlung der Falun Gong Mitglieder in ”hellen und freundlichen“ Umerziehungslagern gepriesen. Damit sollte sichergestellt werden, dass die Bevölkerung ihre Regierung bei der Zerschlagung dieses (vom früheren Präsidenten Jiang Zemin so bezeichneten) ”bösen Kults“ unterstützt. *Human Rights Watch* sieht die Sache allerdings anders: ”Hand in Hand mit der landesweiten Propagandakampagne haben chinesische Behörden kontinuierlich folgende Menschenrechte mit Füßen getreten: das Recht auf Versammlungs-, Rede- und Religionsfreiheit sowie das Recht, nicht gefoltert und misshandelt oder willkürlich inhaftiert zu werden; ferner das Recht auf eine ordentliche und faire Gerichtsverhandlung“.⁶⁷

Falun Gong ist von den in China verfolgten indigenen Religionsgemeinschaften zwar die bekannteste, aber keineswegs die einzige. So wurde in den späten 80er Jahren die spirituelle Bewegung des Einheitlichen Weges (Yiguan Dao) von den Sicherheitskräften der Provinz Sichuan rücksichtslos zerschlagen; ihre Vorsteher wurden hingerichtet und Tausende ihrer Mitglieder zu Zwangsarbeit verurteilt. In einem vor kurzem (2004) erschienenen Buch mit dem Titel *Falun Gong: The End of Days* erzählt uns die Autorin, Maria Hsia Chang, Professorin für

politische Wissenschaften an der *University of Nevada*, dass "2000 allein in der Provinz Shaanxi 185 verschiedene Qigong Gruppen ausgeradiert wurden. Ähnlich der Falun Gong Bewegung verbanden die meisten von ihnen das Praktizieren bestimmter Atemtechniken mit neo-buddhistischen Anschauungen und dem Daoismus. Zu ihnen gehörten *China Cultivation* (Zhong Gong), *Nation Cultivation* (Guo Gong), *Compassion Cultivation* (Cibei Gong), *Fragrant (Xiang) Gong*, *Blue Law Society* (Falan Hui) und die *Goddess of Mercy Law Sect*."⁶⁸ Fragrant Gong hatte, wie berichtet wird, über zehn Millionen Mitglieder. Ihr spiritueller Leiter, Tian Ruishing, ist seit April 2001 vermisst. Eine andere Gruppe, Zhong Gong, die behauptet, eine Anhängerschaft von 38 Millionen zu haben, wurde vor kurzem Gegenstand des Interesses der internationalen Medien, als ihr Gründer Zhang Hongbao in den späten neunziger Jahren nach Guam floh und in den USA um Asyl bat.

Tibetischer Buddhismus

In den letzten Jahren waren die tibetischen Buddhisten einer extrem harten und zugleich gut geplanten und koordinierten Kampagne zur Zerstörung ihrer Religion und Kultur ausgesetzt. Wegen des rigorosen Vorgehens der Behörden wurde sie von den Tibetern als "zweite Kulturrevolution" bezeichnet, und der Dalai Lama sprach von einem "kulturellem Völkermord". Verhaftungen, gnadenlose Schläge, Folterung von inhaftierten Mönchen und Nonnen und deren Vergewaltigung sowie gelegentliche Hinrichtungen sind das Übliche. Darüber hinaus wird das religiöse Leben von offizieller Seite strengen Regeln unterworfen, wozu die (von der Staatssicherheit oder den ständig in den Klöstern stationierten paramilitärischen Einheiten durchgeführten) täglichen politischen Schulungen der Mönche und Nonnen und das Verbot von Bildern des Dalai Lama gehören. Ebenso ist allen staatlichen Angestellten der Besitz von religiösen Gegenständen und das Aufstellen von Schreinen in ihren Privatwohnungen untersagt. Die religiösen Aktivitäten aller wichtigen Lamas und Äbte werden rigoros und in geradezu aufdringlicher Weise überwacht.

Die Flucht der beiden religiösen Vorzeige-Würdenträger Pekings, nämlich des jungen Karmapa und des Abtes des Klosters Kumbum, Agya Rinpoche, 2001 in die Freiheit, brachte die Kampagne kurzzeitig ins Stocken, doch sie wurde bald wieder aufgenommen. Im Sommer 2001 begannen die chinesischen Behörden mit der Zerschlagung des Buddhistischen Instituts Serthar im Larung Gar Tal in Osttibet (Provinz Sichuan). Umfangreiche Militärkontingente, bewaffnete Polizei und Teams der chinesischen Behörden riegelten das Tal ab und zerstörten mehr als 1.000 Behausungen und andere Bauten. Das Institut beherbergte damals 6000 -7000 Mönche und Nonnen, dazu kamen über 1000 chinesische Studenten und chinesische buddhistische Gelehrte – sie alle wurden des Instituts verwiesen und gezwungen, die Gegend zu verlassen. Der Gründer und Leiter dieser einzigartigen spirituellen Gemeinschaft, Khenpo Jigme Phuntsog, wurde festgenommen.⁶⁹ Der Leser sollte einen Blick auf die Fotos des Instituts auf der Website des *Tibetan Center for Human Rights and Democracy*⁷⁰ werfen, denn sie vermitteln einen guten Eindruck von dem gewaltigen Umfang des Wiederauflebens der Religiosität an diesem Ort.

Am Sonntag, den 26. Januar 2003, bestätigte das Oberste Volksgericht der Provinz Sichuan in Chengdu die Todesurteile gegen den buddhistischen Lehrer Tenzin Delek Rinpoche und seinen Helfer und Verwandten Lobsang Dhondup.⁷¹ Der offiziellen chinesischen Nachrichtenagentur Xinhua zufolge wurden die Angeklagten der "Sabotage an der Einheit des Landes und der Einheit unter den verschiedenen ethnischen Gruppen" sowie des "Terrorismus" für schuldig befunden. Kurz darauf wurde Lobsang Dhondup hingerichtet. Tenzin Delek Rinpoches Todesstrafe wurde im Januar 2005 in lebenslängliche Haft umgewandelt.

Tenzin Delek Rinpoches eigentliches "Verbrechen" scheint jedoch sein enormer religiöser und moralischer Einfluss auf die Bevölkerung von Lihang in Osttibet zu sein. Wang Lixiong, der chinesische Autor eines Buches über Tibet, der in den vergangenen Jahren des Öfteren die

Gegend von Lithang besucht hatte, meint, Tenzin Delek werde von den Bewohnern dieser durch anhaltende Unterdrückung, Armut und Alkoholismus geprägten Bergregion deshalb so sehr verehrt, weil "er ihnen einen neuen Weg gezeigt" hat.

"Was er tat, war ein moralisches Beispiel zu geben und das hatte eine grosse Wirkung auf die Menschen dort", erklärte Wang, "doch die Regierung sah in ihm eine Bedrohung".⁷²

Im Februar 2004 veröffentlichte *Human Rights Watch* eine 105 Seiten umfassende Dokumentation, *Trials of a Tibetan Monk: The Case of Tenzin Delek*, die ausführlich über diesen besonderen Fall und das scharfe Vorgehen gegen andere religiöse Persönlichkeiten in Osttibet informiert.

Der noch im Knabenalter befindliche Panchen Lama ist Tibets zweithöchster religiöser Würdenträger und zugleich der jüngste politische Gefangene der Welt. Seit er 1995 im Alter von sechs Jahren von den Behörden in Gewahrsam genommen und an einen geheimen Ort gebracht wurde, weiss niemand, wo er sich aufhält. Die britische Autorin Isabel Hilton verfasste über dieses unmenschliche und tragische Geschehen ein sehr genau recherchiertes und exzellentes Buch mit dem Titel *The Search for the Panchen Lama*.

Der aktuellste Bericht aus erster Hand über die religiöse Unterdrückung in Tibet stammt vom Korrespondenten der *Washington Post*, Philip P. Pan, der im Laufe einer achttägigen Reise durch Tibet zahlreiche Interviews geführt hat. Hier folgen einige Auszüge aus seinem Artikel:

"Die Regierung kontrolliert die tibetischen Klöster weiterhin äusserst streng und beschränkt die Anzahl der Mönche und Nonnen, die an den Zeremonien teilnehmen dürfen. Religiöse Lehrveranstaltungen, in denen die Behörden ein politisches Element vermuten, werden ebenso untersagt wie das Ablegen von Prüfungen, mit denen die Mönche in ihren Studien weiterkommen könnten. Zur Leitung der Klöster wurden so genannte "Democratic Management Committees" eingesetzt; doch die Mönche, die in diesen Komitees tätig sind, räumen ein, dass sie nicht von ihren Mitbrüdern gewählt werden.

"Demokratisch ist das für uns nicht, das Komitee repräsentiert die Regierung", sagte Nyima Tsering, der stellvertretende Leiter von Lhasas wichtigstem Heiligtum, dem Jokhang Tempel. Wie er sagt, wurde er zusammen mit sechs weiteren Mönchen von der Regierung in das Komitee berufen, nachdem man zuvor ihre patriotische Gesinnung überprüft hatte. In dem Komitee sitzen auch zwei Regierungsvertreter, die in allem das letzte Wort haben.

"Jeden März ordnet die chinesische Verwaltung die Aufstellung von Arbeitseinheiten an, um sicherzustellen, dass die in ihrem Dienst Stehenden nicht etwa allen Verboten zum Trotz den Geburtstag des Dalai Lama feiern, und sie droht ihnen mit Entlassung, falls die Polizei einen ihrer Untergebenen bei solchem Tun erwischt. Weiterhin hat die Partei allen Regierungsbediensteten das Aufstellen von Fotos des Dalai Lama in ihren Privatwohnungen untersagt und hat ebenso versucht, sie zur Entfernung von buddhistischen Statuen zwingen.

Vertreter der Universität Lhasa sagten aus, es sei den Studenten verboten, Gebete in Tempeln zu verrichten oder an sonstigen religiösen Aktivitäten teilzunehmen. Bei Zuwiderhandlung würden sie von der Hochschule verwiesen. Den Schülern von Gymnasien und Mittelschulen wird ebenfalls nahegelegt, sich von religiösen Praktiken fernzuhalten. Ausserdem versucht die Regierung, der Tradition der Landbevölkerung, ihre Kinder zum Studium in die Klöster zu schicken, ein Ende zu setzen."⁷³

Die *International Campaign for Tibet* in Washington veröffentlichte 2004 einen Bericht mit dem Titel *A Season to Purge: Religious Repression in Tibet*. Dieser Bericht analysiert die Strukturen und Methoden der Kontrolle von Staat und Partei über Tibets Klöster und macht deutlich, wie die chinesische Regierung sich mit einer umfassenden Kampagne bemüht, Ausbreitung und Wachstum des tibetischen Buddhismus einzuschränken.

The International Religious Freedom Report for 2004 wurde dem Kongress vom Aussenministerium im September 2005 vorgelegt. In dem Abschnitt, der Tibet behandelt, liefert er eine detaillierte Darstellung der zahlreichen Verletzungen des Rechtes auf Religionsfreiheit in Tibet und der hierbei von der chinesischen Regierung angewandten Methoden. Er enthält ebenso Informationen über die Festnahmen und Gefängnisstrafen von Mönchen und Nonnen, sowie religiöser Führungspersönlichkeiten wie Tenzin Delek und Gedhun Choekyi Nyima, des Panchen Lama. Der Bericht unterstreicht, dass "das Ausmass der Repression in den tibetischen Gebieten im Allgemeinen nicht geringer geworden ist und die Darstellungen der chinesischen Regierung über die Achtung der Religionsfreiheit für das Jahr 2004 jämmerlich sind".

Katholiken

Jeden Tag riskieren bis zu einhundert Millionen Christen in China ihr Leben, indem sie sich dem Verbot der freien Religionsausübung widersetzen. Katholische Organisationen und Gemeinden, welche die geistliche Oberhoheit des Papstes anerkennen, sehen sich gezwungen, in den Untergrund zu gehen; chinesische Bischöfe, Priester und Laien werden regelmässig verhaftet, gefoltert und schikaniert. Angehörige der Sicherheitskräfte haben sogar Morde an Priestern begangen, als Beispiel sei der Fall von Pater Yan Weiping aus der Provinz Hubei erwähnt, der nach seiner Verhaftung im Mai 1996 in einer Pekinger Strasse zu Tode geprügelt aufgefunden wurde.

Man weiss mit Gewissheit von mindestens zehn Bischöfen und neunzehn Priestern, die derzeit inhaftiert sind,⁷⁴ während das Schicksal von über vierzig weiteren Kirchenleuten gänzlich ungeklärt ist. Die Behörden verweigern jegliche Auskunft über ihre Verhaftung oder ihren eventuellen Tod. Viele katholische Laien teilen mit ihren geistlichen Hirten das gleiche Schicksal.

Kaum hatte der gebrechliche 81 Jahre alte Bischof Zeng Jingmu aus der Provinz Jiangxi eine dreijährige Gefängnisstrafe verbüsst, wurde er am 14. September 2000 erneut verhaftet. Er hatte vorher bereits 30 Jahre lang im Gefängnis gesessen, nämlich von 1955 bis 1995. Am 11. September 2000 umstellten über 70 Sicherheitskräfte in der Provinz Fujian das Haus des im Untergrund lebenden und 82 Jahre alten katholischen Priesters Ye Gong Feng, der von ihnen so grausam gefoltert wurde, dass er ins Koma fiel.

Nach Aussage des römisch-katholischen Bischofs von Hongkong, Joseph Zen, im Februar 2003, ist die Verfolgung der katholischen Kirche im chinesischen Kernland drastisch verschärft worden.⁷⁵ Wie er hinzufügte, hätten die chinesischen Behörden ein katholisches Priesterseminar in China geschlossen, doch sie hätten es jetzt mit einer jüngeren Priestergeneration zu tun, die wesentlich weniger gehorsam als ihre älteren Amtsbrüder sei. Am 28. Mai 2003 berichtete ein Chinaexperte in Rom, drei kürzlich eingegangenen Regierungsdokumenten zufolge habe Peking eine strengere Kontrolle der Aktivitäten der chinesischen Katholiken angeordnet.⁷⁶

Am 23. Juni 2003 brach der Vatikan mit seiner vorhergehenden Versöhnungspolitik und protestierte heftig gegen die vor kurzem erfolgte Verhaftung von drei römisch-katholischen Bischöfen, von denen einer 84 Jahre alt ist. Die scharf formulierte Botschaft forderte von China eine Erklärung, und nannte die Verhaftungen "in einem rechtsstaatlichen Land unbegreiflich".⁷⁷ Die für religiöse Angelegenheiten zuständige BBC-Korrespondentin, Jane Little, erklärte, diese Antwort des Vatikan bedeute, dass er die Geduld mit China verloren habe.

Protestanten

Ebenso wie die Katholiken müssen alle protestantischen Glaubensgemeinschaften der "Three-self"-Richtlinie nachkommen, die fordert, dass sie keinerlei Unterstützung von ausländischen Missionsgesellschaften annehmen dürfen, dass sie ihre Unterschiede in Theorie, Doktrin und Liturgie aufgeben und sich einer "post-konfessionellen christlichen Kirche" anschliessen müssen, die sich zur kommunistischen Partei Chinas loyal verhält. Die "Three-fix"-Richtlinie verlangt, dass alle Gemeinden an festgesetzten Orten zusammenkommen, dass sie einen ständigen und professionellen Leiter haben und ihre Aktivitäten auf eine bestimmte geographische Region beschränken. Protestantische Gruppen, die nicht zur offiziellen Kirche gehören, von Laien geführt werden und durch evangelikale Missionierung Mitglieder werben, werden durch diese Regelung in ihrem Wachstum eingeschränkt und einer offiziellen Kontrolle unterworfen. Deshalb haben viele Kirchen versucht, unregistriert zu bleiben, doch sobald sie entdeckt werden, müssen Gemeindevorstände und Mitglieder damit rechnen, verhaftet, geschlagen und gefoltert zu werden.

In dem Gebiet von Zhoukou in Henan haben derartige nicht registrierte "Hauskirchen" zugenommen, und damit intensiviert sich auch die staatliche Verfolgung der Gläubigen. In den ersten Monaten des Jahres 1995 nahm die Polizei dort über 200 Protestanten in Gewahrsam. Ihre Repräsentanten wurden zu dreijährigen Haftstrafen verurteilt. Das evangelikale Netzwerk des Zhoukou-Gebiets besass auch Verbindungen, die über die Region hinausreichten. Bei einer Razzia am 19. November 1994 wurden 152 Kirchenführer verhaftet, viele davon stammten aus anderen Orten und Provinzen.

Am 18. Februar 1995 führten Angehörige der Sicherheitspolizei in der Kirche des Predigers Li Dezian aus Guangzhou eine Razzia durch. Wie berichtet wird, schlugen fünf Beamte Li mit einer Bibel ins Gesicht, schlugen auf seinen Hals ein und versuchten, seine Luftröhre zu verletzen. Durch Schläge mit Stahlstangen brachen sie ihm Rippen und fügten ihm Verletzungen am Rücken und an den Beinen zu. Als er bereits am Boden lag, sprangen sie auf seinen geschundenen Körper und versetzten ihm Fusstritte, bis er Blut erbrach. Alle in der Kirche Anwesenden – etwa einhundert Gläubige – wurden weggeschleppt.

Auch aus anderen Provinzen wie Shenyang, Xi'an, Fuzhou, Guilin, Tianjin und einigen Gegenden in Sichuan, sowie aus der Sonderwirtschaftszone Shenzhen in Südchina berichtete *Human Rights Watch Asia* über Razzien, Geldstrafen und Inhaftierungen.

Im Dezember 2001 wurden zwei Vorstandsmitglieder einer chinesischen christlichen Gemeinschaft zum Tode verurteilt. Es handelt sich hierbei um die ersten nach dem 1999 verabschiedeten "Anti-Kult-Gesetz" angeordneten Exekutionen.⁷⁸ Den Informationen des *Center for Human Rights and Democracy* in Hongkong zufolge wurden Gong Shengliang, der Gründer der nicht-autorisierten *South China Church*, und seine Nichte Li Ying in der Provinz Hubei in Zentralchina unter anderem wegen "Rowdytums und Vergewaltigung" zum Tode verurteilt. Nach weltweiten Protesten wurde ihre Strafe am 10. Oktober 2002 in lebenslängliche Haft umgewandelt. In einem Bericht über diesen Fall kam die *New York Times* zu folgendem Schluss: "Nach Ansicht von Diplomaten wollen die chinesischen Behörden die internationale Kritik besonders im Hinblick auf das für diesen Monat in den USA geplante Gipfeltreffen zwischen Jiang Zemin und Bush entschärfen"⁷⁹.

Erst kürzlich wurde der Hongkonger Bürger Li Guangqiang verhaftet, weil er für eine verbotene evangelikale Gruppe mit Textkommentaren versehene Bibeln nach China geschmuggelt hatte. Er wurde unter der äusserst ernstesten Anklage des Versuchs, "mit Hilfe eines religiösen Kultes die Regierung zu stürzen", hinter Gitter gebracht, was für ihn die Todesstrafe hätte bedeuten können. Im Hinblick auf eine "positive Atmosphäre" für den Peking-Besuch von Präsident Bush am 21. Februar 2002 wurde Li jedoch lediglich zu zwei

Jahren Haft verurteilt.⁸⁰ Zwei andere Gläubige, Wang Xuexiao und Liu Xishu, die in der Provinz Anhui unter einer ähnlich schwerwiegenden Anklage standen, erhielten dem *Center for Human Rights and Democracy* in Hongkong zufolge drastische Strafen.

Viele andere einheimische protestantische Sekten wie die "Rufer"⁸¹, die "Jünger", die Ling Ling Religion, die Drei Arten von Dienern, die Holistische Kirche, die Kirche des Neuen Testaments und die Beiliwang-Sekte wurden als illegal erklärt, und die Behörden drohten, sie würden sie alle "zur Strecke bringen und streng bestrafen".

Der Islam

In China leben mehr als 17 Millionen Muslime,⁸² aber ihre tatsächliche Anzahl dürfte diese Zahl noch um 50% übersteigen. Mit etwa 8,6 Millionen sind die Hui, die auch ethnisch und linguistisch gesehen Chinesen sind, die grösste offiziell anerkannte muslimische Gruppierung. Gemeinden der Hui-Minderheit findet man überall in China, denn sie haben kein traditionelles Siedlungsgebiet.

Die Uiguren sind die wichtigste Gruppe unter den turkstämmigen Muslimen. Mit mehr als 7,2 Millionen bilden sie die vorherrschende Bevölkerungsgruppe in Xinjiang, das eine Gesamtbevölkerung von ungefähr 15 Millionen hat. Die Beziehungen der Hui und der Turk-Muslime zu den Han-Chinesen sind unterschiedlich, auch sind die beiden Volksgruppen keine natürlichen Verbündeten. Erstere werden häufig als "chinesische Muslime" bezeichnet und stehen dem Mainstream der chinesischen Bevölkerung kulturell näher. Die Hui besitzen keine eigentliche Verbindung zu den turkstämmigen islamischen Gruppen, sie übten in der Vergangenheit jedoch häufig eine gewisse Brückenfunktion zwischen diesen und Peking aus. Trotzdem haben auch die Hui unter der Diskriminierung durch die Han-Chinesen zu leiden, und bei zahlreichen Gelegenheiten haben sie ihr Verlangen nach grösserer kultureller und religiöser Freiheit zum Ausdruck gebracht.

In Xinjiang ist der Islam untrennbar mit der dortigen kulturellen und nationalen Identität verbunden, worin die Peking eine besondere Bedrohung seines Herrschaftsanspruchs sieht. Deshalb wurden Moscheen und religiöse Schulen, die als Brutstätten der Regierungsfeindlichkeit gelten, regelmässig geschlossen und religiöse Aktivisten inhaftiert und schikaniert.

Während der Kulturrevolution (1966-1976) wurden in Xinjiang, wie auch überall sonst in China, viele Moscheen zerstört oder geschlossen, altehrwürdige religiöse Stätten entweiht und die geistlichen Würdenträger inhaftiert und exekutiert. In den achtziger Jahren besserte sich die Lage etwas. Nach Dr. Paul George, einem kanadischen Forscher auf dem Gebiet der internationalen Sicherheit und Entwicklung, "wurden Moscheen wieder aufgebaut oder wieder geöffnet, auch wurde ein gewisser Austausch zwischen den chinesischen Muslimen und den islamischen Gesellschaften ausserhalb Chinas gestattet. Der Anteil von chinesischen Muslimen an den jährlichen Hadsch-Wallfahrten nach Mekka wuchs ab Mitte der 80er Jahre stetig, was dazu führte, dass viele gewöhnliche Leute sich mit dem internationalen islamischen Gedankengut und den politischen Entwicklungen auseinandersetzen konnten. Gleichzeitig wurde ausländischen Muslimen der Besuch von islamischen Stätten in China erlaubt, was in der weltweiten muslimischen Glaubensgemeinschaft zu einer grösseren gegenseitigen Kenntnis führte".⁸³

In den frühen 90er Jahren wurden jedoch die Mittel für den Bau und die Renovierung von Moscheen erheblich gekürzt, die öffentliche Übertragung von Predigten ausserhalb von Moscheen wurde ebenso verboten wie der Religionsunterricht, religiöses Material durfte nur

noch vom staatlichen Amt für Religionsangelegenheiten veröffentlicht werden, religiöse Aktivisten wurden aus staatlichen Stellen entfernt und die Hadsch-Pilgerfahrten wurden streng kontrolliert, wobei die Teilnehmer über 50 Jahre alt sein mussten.⁸⁴

Darüber hinaus wurde die traditionelle arabische Schrift, die in dieser Region mehr als tausend Jahre lang verwendet worden war, jetzt durch das Chinesische ersetzt, und Tausende traditioneller historischer Bücher wurden vernichtet. Mitglieder der *Uyghur American Association* bezeugten vor der China-Kommission des US-Kongresses, dass an der Universität Xinjiang selbst der Gebrauch der uigurischen Sprache untersagt wurde.⁸⁵

Die ersten ernststen Ausbrüche von Gewalt gegenüber den chinesischen Behörden waren eine Reaktion auf die Einführung dieser restriktiven Massnahmen und ein Ausdruck von Wut und Frustration in der uigurischen Gemeinschaft, verursacht durch Pekings Kehrtwende bei der Gewährung grösserer religiöser Freiheit.

”Zwar sind sich die Muslime von Xinjiang in den letzten Jahren ihrer ethnischen und religiösen Wurzeln immer mehr bewusst geworden, doch kann dies nicht mit den Anfängen eines islamischen Fundamentalismus gleichgesetzt werden”, wie Dr. Paul George ausführt. ”Abgesehen von wenigen Ausnahmen können die Uiguren im Allgemeinen nicht als Fundamentalisten betrachtet werden, und diese wohlorganisierte Form einer tödlichen Kombination von Religion und Gewalt, die in der islamischen Welt von Algerien bis Afghanistan zu beobachten ist, ist in Xinjiang bis jetzt noch nicht in Erscheinung getreten”.⁸⁶

Man weiss von einigen wenigen Muslimen aus Xinjinag, die mit den Mudschahedin in Afghanistan und später auch mit den Taliban gekämpft haben. Doch beteuern die Repräsentanten des uigurischen Volkes im Exil, dass es sich bei dem *East Turkestan Islamic Movement* (Islamische Bewegung von Ostturkestan), die von den Vereinigten Staaten unlängst in die Liste der terroristischen Organisationen aufgenommen wurde, um eine obskure Gruppierung handle, von der die meisten Uiguren gar nichts wissen. Die weltweiten politischen Auswirkungen dieser Entscheidung auf die uigurische Freiheitsbewegung und auch auf die (sich ständig verschlechternde) Menschenrechtssituation in Ostturkestan sind katastrophal. Der Sprecher der *Uighur Information Agency* in Washington erklärte, auf diese Weise würde ”Chinas aggressives Vorgehen gegen jegliche Form des Protestes von Uiguren, ungeachtet wie gewaltlos und friedlich dieser auch sein möge, legitimiert”.⁸⁷

Am 14. Dezember 2003 gab China seine erste offizielle Liste terroristischer Vereinigungen heraus, die vier für ihre Freiheit kämpfende muslimische Gruppen aus Ostturkestan und elf Einzelpersonen beschuldigt, Gewalt- und Terrorakte zu begehen, und bat andere Staaten um Mithilfe bei ihrer Bekämpfung. Kritiker beschuldigen jedoch China, die Redefreiheit und andere Rechte der Uiguren einzuschränken. ”Wir sind deshalb wirklich sehr besorgt”, erklärte Sarah Davis, eine Ermittlerin von *Human Rights Watch* in New York. ”Seit dem 11. September hat China in zunehmendem Masse friedliche Bewegungen, die nach Selbständigkeit streben, dem internationalen Terrorismus gleichgesetzt.”⁸⁸

Erzwungene Abtreibungen und Sterilisationen

In China werden jährlich ungefähr eine halbe Million Abtreibungen im letzten Drittel der Schwangerschaft (siebter bis neunter Monat) vorgenommen. Die meisten der Föten sind voll lebensfähig, wenn sie abgetrieben werden und praktisch alle diese Abtreibungen finden gegen

den Willen der Mutter statt. Frauen werden oft verhaftet, einer Gehirnwäsche unterzogen, und ihnen wird solange die Nahrung verweigert, bis sie schliesslich zusammenbrechen und zustimmen.⁸⁹

Die aktuellen Methoden, deren sich die Ärzte bei dieser "Prozedur" bedienen, sind brutal. Eine Injektion von Rivalor, gemeinhin als "Giftspritze" bekannt, führt zum langsamen Tod des Kindes innerhalb von zwei bis drei Tagen, nach denen es dann tot geboren wird. Es wird ebenso reiner Formaldehyd in die Schädelhöhle des Kindes injiziert oder der Arzt zerquetscht den Schädel mit einer Zange. Manche Ärzte sind in China bekannt dafür, immer "Würgeschlingen" in ihren Taschen zu haben. Diese sind so ähnlich wie die Bänder, mit denen Mülltüten verschlossen werden, nur länger. Sie werden um den Nacken des Babys gebunden und zugezogen, womit das Kind erwürgt wird. Zwei andere Abtreibungsmethoden sind, das Neugeborene vor den Augen der Mutter in einem mit Wasser gefüllten Bottich zu ertränken oder der Arzt hält dem Kind die Nase zu und stopft ihm Tupfer in den Mund, um es zu ersticken. Die beiden letzteren Methoden werden besonders angewandt, um "eine Lektion in Gehorsam" zu erteilen und dienen als Erinnerung daran, dass die Volksrepublik China strenge Familiengesetze hat, welche die Bürger einzuhalten haben.⁹⁰

Eine der ersten wissenschaftlichen Publikationen über Zwangs-abtreibung stammt von Dr. J. S. Airs, *Slaughter of the Innocents: Coercive Birth Control in China*. Mit ausführlichen Anhängen und Fussnoten ist dieses Buch nicht gerade leicht zu lesen. Unter Benutzung offizieller chinesischer Dokumente als Primärquelle (manche wurden zum ersten Mal übersetzt) und eine sehr sorgfältige Dokumentation verfasst Dr. Aird einen eindrucksvollen und erschreckenden Bericht.⁹¹ Eine seiner Schlussfolgerungen ist, dass allein zwischen 1971 und 1985 etwa 100 Millionen erzwungene "Operationen" zur Geburtenkontrolle vorgenommen wurden, was Zwangsabtreibungen und -sterilisationen mit einschliesst.

Dem interessierten Leser sei Steven W. Mosher, *A Mother's Ordeal: One Woman's Fight Against China's One-Child Policy* sehr empfohlen. *Kirkus Reviews* beschreibt es wie folgt: „Die ein-drucksvolle Geschichte einer jungen chinesischen Mutter, die den jüngsten bedrückenden Nachrichten darüber, wie China seine Geburtenrate drastisch – und zwangsweise - senkte, ein mensch-liches Antlitz gibt. Mosher erzählt die Geschichte von Chi An in der ersten Person, wodurch er seiner dramatischen Schilderung mehr Gewicht verleiht“.

Aufsehen erregende Enthüllungen über Chinas unmenschliche Massnahmen zur Geburtenkontrolle machte im Mai 1998 Frau Gao Xiaoduan, die vierzehn Jahre lang als Leiterin eines so genannten "Zentrums für Familienplanung" in einer Stadt der Provinz Fujian tätig gewesen war, bevor sie in die USA übersiedelte. Frau Gao machte eine detaillierte Zeugenaussage vor dem *International Relations Human Rights Subcommittee* des US-Parlamentes⁹² und gab ausserdem dem amerikanischen Fernsehen und Zeitungen ausführliche Interviews. Frau Gao bestätigte frühere Berichte, nach denen chinesische Beamte diejenigen, die die Ein-Kind-Politik missachteten, regelmässig Zwangssterilisationen und Zwangsabtreibungen unterzogen – selbst wenn die Frauen im neunten Monat schwanger waren. Frau Gao deckte auf, dass das "Zentrum für Familienplanung" detaillierte Karteien über jede Frau im gebär-fähigen Alter unter 49 Jahren anlegte. Ein Netzwerk von bezahlten Informanten warf Zettel in einen Kasten mit Angaben über alle Frauen in der Gegend, die ohne offizielle Genehmigung schwanger geworden waren. Sie fügte hinzu, dass es im ersten Stock des Zentrums Gefängniszellen für Frauen gegeben habe, die versuchten, Widerstand zu leisten, sowie für Familienangehörige oder Freunde, die versuchten sich einzumischen.

Bei Frauen, von denen "illegale Schwangerschaften" gemeldet wurden, tauchten die Beamten wie Verbrecherbanden zu Hause auf, traten die Türen ein und schleppten sie weg.⁹³

Es gelang Frau Gao sogar, Videobänder und Bilder heraus zu bringen, und mit der Hilfe des chinesischen Dissidenten Harry Wu schmuggelte sie Hunderte von Seiten offizieller Dokumente heraus, von denen Experten auf diesem Gebiet sagen, sie seien das bisher erdrückendste Beweismaterial über das Vorgehen der chinesischen Behörden bei der Geburtenkontrolle. Es stellte sich dann heraus, dass Frau Gao gerade in dem Moment das Land verlassen hatte, als sie selbst in Gefahr war, wegen Verletzung der Ein-Kind-Regel sterilisiert zu werden. Sie hatte heimlich einen verlassenen kleinen Jungen adoptiert, was als ebenso illegal betrachtet wurde, wie wenn sie ein zweites Kind geboren hätte, und ein Informant hatte sie bei der Kommunistischen Partei angezeigt.

Verteidiger von Chinas Programm zur Bevölkerungskontrolle spielen dabei häufig die Rolle der staatlichen Beteiligung herunter und behaupten, Übergriffe seien isolierte Vorkommnisse und auf den Übereifer einzelner Beamter vor Ort zurückzuführen. Dennoch weisen das Ausmass und die Gleichförmigkeit der Übergriffe in ganz China darauf hin, dass es sich bei diesem Zwangsaspekt von Chinas Programm zur Bevölkerungskontrolle um eine Massnahme mit offizieller Billigung handelt, wenn er nicht gar auf eine direkte zentrale Kontrolle verweist.

Die folgenden offiziellen Verlautbarungen und Auszüge aus offiziellen Dokumenten⁹⁴ scheinen dies zu bestätigen:

”Insofern das Bevölkerungswachstum der Volksrepublik auf dem Lande zurückgegangen ist, war dies das Ergebnis äusseren Zwanges: das heisst, der dabei angewandte Mechanismus, war ein Mechanismus zur Reduktion, der auf Zwang beruhte.” (*China Population, Peking*, 14. Juni 1993)

”Es ist notwendig, die Ehepaare zu sterilisieren, die es bisher nicht fertig gebracht haben, sich sterilisieren zu lassen oder Kontrazeptiva zu benutzen.” (*Politics and Law Tribune*, S. 89-93, April 1993)

”Um die Bevölkerung zu reduzieren, wendet welche Mittel auch immer an, aber tut es!” (Erklärung Deng Xiaopings, berichtet von *China Spring Digest*, New York, 1987)

Der Bericht der *Washington Post*, dass 260 000 Einwohner in der Provinz Gansu sterilisiert wurden, weil die Behörden sie als ”geistig behindert” ansahen, macht auf einen anderen beunruhigenden Aspekt von Chinas Programm zur Bevölkerungskontrolle aufmerksam, nämlich die Eugenik.⁹⁵ Dass die Bevölkerungskontrolle nicht das einzige Ziel von Chinas Zwangsmassnahmen war, wird in den folgenden offiziellen Erklärungen ziemlich deutlich:

”Geistig zurückgebliebene Menschen werden behinderte Kinder zeugen.” (Der chinesische Premierminister Li Peng in *China News Service*, April 1990)

”Die allgemeine Regel ist, dass geistig Behinderte nicht heiraten dürfen, solange sie nicht sterilisiert sind.” (Mitglied der chinesischen Regierung, Artikel in der *New York Times*, 15. August 1991)

”Hebt das Niveau in der Eugenik auf neue Höhen.” (Song Ping, Präsident der China Family Planning Association, *Xinhua* news report, 20. November 1992)

”Angehörige der Minoritäten sind sehr viel eher ,geistig zurückgeblieben, kleinwüchsig, verkümmert oder geisteskrank”. (Deng Bihai, *China Population News*, Peking, 22. Dezember 1989)⁹⁶

Das letzte Zitat, das an die Anschauungen der Nationalsozialisten über ”Untermenschen” und ihre Theorien von Rassereinheit gemahnt, spiegelt die rassistischen Ansichten wider, welche die meisten Chinesen über Tibeter, Mongolen, Uiguren, und andere nicht-chinesische ”Minoritäten” in der Volksrepublik China haben. Es verleiht darüber hinaus den schon seit geraumer Zeit von der Tibetischen Regierung im Exil und unabhängigen Gruppen⁹⁷ vorgebrachten Vorwürfen über gross angelegte Zwangsmassnahmen zur Geburtenkontrolle in Tibet Substanz. Solche Vorwürfe wurden, und das sollte erwähnt werden, von einigen pro-chinesischen Wissenschaftlern wie Melvyn Goldstein von der *Case Western Reserve University* als unzutreffend abgetan.⁹⁸

Einige Apologeten Chinas behaupten, dass, wie unmenschlich es auch erscheinen mag, China genau das tue, was getan werden müsse, um eine Bevölkerungsexplosion zu verhindern, die weltweit ernsthafte Konsequenzen hätte. Gewiss wird kein vernünftiger Mensch leugnen, dass in China ein wirksames Programm zur Familienplanung notwendig ist, aber auf der anderen Seite deutet alles darauf hin, dass solche brutalen und unmenschlichen Massnahmen, wie sie gegenwärtig durchgeführt werden, schrecklich kurzsichtig sind, insofern die Zahlen über die Tötung weiblicher Kinder in die Höhe schnellen und sich frühere Schätzungen über eine drastische Unausgeglichenheit in der Bevölkerungsstatistik zwischen Männern und Frauen Wirklichkeit bestätigen.

Valrae Hudson von der *Brigham Young University* hat in einer von der Zeitschrift *International Security* der *Havard University* veröffentlichten Studie (2002) bemerkt, dass die 30 Millionen unglücklicher unverheirateter Männer, die es wahrscheinlich 2020 in China geben wird, ”ein Potenzial für politische Revolutionen anstrebende Kräfte im Land selbst” werden könnten. Sie könnten aber, wie sie darlegt, andererseits auch Einfluss auf Chinas Aussenpolitik haben. Die Regierung könnte sich dafür entscheiden, die überzähligen Männer als Waffe bei militärischen Abenteuern zu benutzen und ”den Wunsch in die Tat umsetzen, dass diese ihr Leben zur Verfolgung nationaler Interessen einsetzen”.⁹⁹

Bereits jetzt hat die Frauenknappheit in Teilen Chinas zu zahlreichen Entführungen und dem Verkauf von Mädchen und jungen Frauen geführt. Im März 2003 wurde in der Provinz Guangxi ein ausgedehnter Schwarzmarkt mit weiblichen Babys aufgedeckt, als man 28 kleine Mädchen (eines tot, die anderen in den verschiedensten Stadien des Ersticken) im Gepäckraum eines Überlandbusses fand, ”die wie Vieh zum Verkauf transportiert wurden”.¹⁰⁰

Untersuchungen machen deutlich, dass Chinas Ein-Kind-Politik wegen des weit verbreiteten Widerstands der Kleinbauern mit heimlicher Unterstützung der Behörden auf lokaler Ebene im Wesentlichen gescheitert ist. Als die Behörden im Kreis Paizhou der Provinz Hubei 1998 im Gefolge der sommerlichen Überflutungen Nahrungsmittel aus dem Nothilfeprogramm verteilten, mussten sie feststellen, dass die offiziell vorgesehenen Mengen nicht ausreichten. Dann kam die Wahrheit ans Licht: die Bevölkerung im Kreis war um zehn Prozent grösser als die letzte Volkszählung ergeben hatte.¹⁰¹ Kritiker der Geburtenkontrolle durch Zwangsmassnahmen glauben, der weit verbreitete Widerstand und Vertuschungen hätten dazu geführt, dass die Regierung ihr ursprüngliches Ziel um 300 Millionen verfehlte.

Es lässt sich ausserdem darüber streiten, ob China es eigentlich besser gemacht hat als andere Länder, die nicht zu Gewalt und Zwangsmassnahmen gegriffen haben. Die Bevölkerungszuwachsraten sind in Indien (ebenso wie in Brasilien, Ägypten und Mexiko) stark zurückgegangen, besonders in Gebieten, wo eine gute Gesundheitsvorsorge und Bildungsmöglichkeiten besonders für Frauen zugänglich sind.¹⁰² Überdies liegt Indiens durchschnittliche Bevölkerungszuwachsraten nur geringfügig höher als die im ländlichen China. Indien behauptet darüber hinaus, dass es ihm mit seinem Familienplanungsprogramm gelungen sei, 230 Millionen zusätzliche Geburten zu verhindern und dass seine Bevölkerung sich 2040 stabilisieren werde.

Exzessive und wahllose Anwendung der Todesstrafe

Nach einem Bericht von Amnesty International¹⁰³ werden in China im Durchschnitt 40 Menschen pro Woche hingerichtet und in den neunziger Jahren des letzten Jahrhunderts wurden jedes Jahr mehr seiner Bürger zum Tode verurteilt als im Rest der Welt zusammen.

Zwischen 1990 und 1999 berichtete Amnesty von 27 599 Todesurteilen und 18 194 Hinrichtungen. Amnesty erklärte: "Die meisten der Angeklagten erhielten wahrscheinlich keinen fairen Prozess, und die Todesstrafen wurden unmittelbar nach der Urteilsverkündung vollzogen, so dass auf diese Weise den Verurteilten das Recht auf Berufung genommen wurde." Viele Angeklagte waren gefoltert worden, um ein Geständnis zu erhalten. Es kann sein, dass viele unter ihnen Analphabeten sind, die nur schlecht etwas zu ihrer Verteidigung vorbringen oder das Prozessgeschehen verstehen können.

Amnesty gibt auch eine separate Dokumentation über die Todesstrafe (Death Penalty Log) heraus, die ein chronologisches Verzeichnis der Berichte über Todesurteile und Hinrichtungen in China enthält, wie sie von ihrer Organisation erfasst wurden.¹⁰⁴ Amnesty berichtete über 2088 Todesurteile und 1263 bestätigte Hinrichtungen allein im Jahr 1999, wobei die Zahlen aus offiziellen Angaben zusammengestellt wurden. Diese Zahlen liegen jedoch, wie Amnesty betont, weit unterhalb den aktuellen Zahlen, da nur über einen Bruchteil berichtet wird und die chinesische Regierung die Gesamtzahl als Staatsgeheimnis hütet.

Viele der Hingerichteten waren für etwas schuldig gesprochen worden, was ausserhalb Chinas keineswegs ein Kapitalverbrechen ist: Korruption, Vergewaltigung, Untreue, Steuerhinterziehung und gelegentlich sogar für geringfügige Delikte wie den Diebstahl eines Fahrrades. Zu solch unberechenbarer Urteilsfindung kommt es häufig während landesweiter "Kampagnen zur Verbrechens- und Korruptionsbekämpfung", wenn in den Regionen und Provinzen bestimmte Quoten bei Verhaftungen und Hinrichtungen erreicht werden müssen. 1996 führte die Kampagne „Hartes Durchgreifen“ zur Hinrichtung von mehr als 4000 Personen in diesem Jahr, was einem Durchschnitt von 11 Hinrichtungen an *jedem Tag* entspricht. Staatsgefährdung und "Separatismus" ethnischer Gruppen sind ebenfalls todeswürdige Verbrechen, besonders in Ostturkestan (Xinjiang) und Tibet.

Während der Kampagne „Hartes Durchgreifen“ wurden 2001 innerhalb von vier Monaten, zwischen April und Juli, mindestens 1781 Menschen hingerichtet – das sind, wie Amnesty berichtete, mehr als die Gesamtzahl aller bekannt gewordenen Hinrichtungen im Rest der Welt in den letzten drei Jahren zusammengenommen.¹⁰⁵ In dieser kurzen Zeit wurden insgesamt mehr als 2900 Personen für so unterschiedliche Verbrechen wie Bestechung, Zuhälterei, Betrug und „Störung des Aktienmarktes“ ebenso wie für Gewaltverbrechen zum Tode verurteilt. Ein amerikanischer Tourist, Mike Melnyk, der sich während der Kampagne „Hartes Durchgreifen“ im Mai 2001 in Tibet befand, berichtete, dass er zwei Kinder in Schuluniform, die nicht älter waren als sechzehn, und eines wahrscheinlich im Alter von zwölf gesehen hat, wie sie zusammen mit anderen Häftlingen auf einem Militärlastwagen vor ihrer Exekution in Shigatse zur Schau gestellt wurden.¹⁰⁶

Die Anzahl der in Chinas Strafgesetzbuch definierten Kapitalverbrechen soll von 28 im Jahr 1979 auf 74 1995 gestiegen sein. Seither wurden Delikte, die keine Gewaltverbrechen sind und Wirtschaftsverbrechen wie Spekulation, Bestechung und gefälschte Mehrwertsteuerbescheinigungen zu der Liste hinzugefügt, so dass die augenblickliche Anzahl bei 90 liegen dürfte.

„Die meisten Hinrichtungen finden nach der Verurteilung während Massenversammlungen auf öffentlichen Plätzen und in Sportstadien statt, wie zum Beispiel dem Pekinger Stadion der Arbeiter, das wahrscheinlich der Austragungsort für die Fußballspiele bei der Olympiade von 2008 sein wird. Solche Versammlungen wurden in der Provinz Shaanxi, wie berichtet, von 1 800 000 Zuschauern besucht. Nach der Verurteilung gibt es ein ganzes Ritual der Demütigung, indem man die Häftlinge der Öffentlichkeit vorführt und sie beschimpft, bevor sie von Kommandos der Polizei mit einer Kugel in den Kopf hingerichtet werden.¹⁰⁷ Früher wurde von den direkten Verwandten der Opfer gefordert, bei der Hinrichtung dabei zu sein und das Opfer zu denunzieren. Das ist nicht mehr länger zwingend vorgeschrieben. Es wird jedoch immer noch von der Familie des Opfers verlangt, die Kosten für die bei der Hinrichtung verwendete Kugel zu zahlen.

Die chinesischen Behörden gehen jetzt von der traditionellen Kugel in den Hinterkopf zur Hinrichtung durch tödliche Injektionen über. In *China Daily*, der wichtigsten Zeitung des Landes in englischer Sprache, hiess es, der Wechsel „beweise den Respekt des Landes vor allen menschlichen Lebewesen, selbst denen gegenüber, die sich schwere Verfehlungen zu schulden hätten kommen lassen“.¹⁰⁸ Andere Berichte in chinesischen Veröffentlichungen heben vor allem die Wirtschaftlichkeit dieser Methode hervor. Aber es gibt ernsthafte Gründe anzunehmen, dass der Methodenwechsel einen der umstrittensten Aspekte der chinesischen Todesstrafe erleichtern könnte: nämlich die Organentnahme bei hingerichteten Häftlingen, was eine der Hauptbezugsquellen des Landes für Transplantationsorgane darstellt. Der dabei benutzte Mix aus Narkosemitteln und Gift beschädigt nicht die für die Transplantationen benötigten lebenswichtigen Organe. Den Verurteilten muss, wie die Ärzte sagen, vorher nur eine Injektion mit dem Antikoagulant Heparin verabreicht werden. Bei entsprechender Vorbereitung kann sogar das Herz transplantiert werden, wenn es schnell genug entfernt wird. „Ich bin wegen der Geheimhaltung des ganzen Hinrichtungsprozesses in China durch den Wechsel zu tödlichen Injektionen betroffen“, sagte Thomas Mc Cune ein Transplantationspezialist in Virginia.¹⁰⁹ Er bemerkte ebenso, dass durch die Verabreichung der Giftspritze die Hinrichtungen in einem besser kontrollierbaren Umfeld stattfinden als bei Hinrichtungen durch Erschiessung.

In dem Bemühen, Kosten einzusparen und die Effizienz zu steigern, werden von den chinesischen Provinzbehörden jetzt so genannte Hinrichtungsfahrzeuge eingeführt. Der

einzigste Bericht, den es bisher über derartige Einrichtungen gab, stammt aus der Zeit der nationalsozialistischen Herrschaft in Deutschland, wo in den Todeslagern eine Zeit lang mobile Gaskammern benutzt wurden. Offizielle Stellen in der Provinz Yunnan erklärten, dass nur vier Personen benötigt werden, um Hinrichtungen in den Fahrzeugen vorzunehmen. Achtzehn umgebaute Busse, die vorher 24 Sitze hatten, wurden an alle Mittleren Volksgerichte und ein Höheres Volksgericht in der Provinz Yunnan verteilt. Der fensterlose Hinrichtungsraum im hinteren Teil des Wagens enthält ein metallenes Bettgestell, auf dem der Häftling festgeschnallt wird. Ist die Injektionsnadel von einem Arzt angebracht worden – ein Akt, der gegen alle international anerkannten ethischen Grundsätze für Ärzte verstößt -, so drückt ein Polizeioffizier auf einen Knopf und eine automatische Spritze injiziert die tödliche Flüssigkeit in die Vene des Häftlings.

Zhao Shije, der Präsident des Höheren Volksgerichtes der Provinz Yunnan wurde zitiert, wie er das neue System lobte: "Die Anwendung der tödlichen Injektionen zeigt, dass Chinas Vollzug der Todesstrafe zivilisierter und humaner geworden ist". Mitglieder der chinesischen Juristengemeinschaft befürchten jedoch, dass sie nur zu einer Steigerung bei der Anwendung der Todesstrafe führen wird.¹¹⁰ Ein zusätzlicher Grund für Hinrichtungsfahrzeuge könnte die Erleichterung des Transportes frischer Leichen zur Organentnahme sein. Der gesamte Vorgang des Einladens von Leichen auf den Hinrichtungsplätzen in die Ambulanzfahrzeuge könnte entbehrlich werden. In der Tat könnten jetzt die Exekutionen bereits auf dem Weg zum Krankenhaus stattfinden.

Während des Ausbruchs von SARS in China im letzten Jahr, druckte *China Daily* online (20. Mai 2003) die Erklärung der Regierung ab, dass ein Verstoss gegen die Gesundheitsvorschriften und die Verbreitung der Viren mit 10 Jahren bis zu lebenslänglicher Haft oder der *Todesstrafe* zu ahnden wäre.¹¹¹

Die kommerzielle Verwertung der Organe von Hingerichteten für die Transplantation

1994 veröffentlichte *Human Rights Watch/Asia* einen 42-seitigen Bericht, in dem China beschuldigt wurde, sich der Organe der hingerichteten Häftlinge als Hauptquelle für Transplantationen zu bedienen.¹¹² Der Bericht machte eindeutig klar, dass es absurd ist, in China von irgend so etwas wie einer "Einwilligung" zur Organspende in Anbetracht dessen zu reden, was er die "grundlegende Zwangssituation" nennt, in der sich die von einem Gericht zur Exekution verurteilten Personen befinden. Das völlige Fehlen gesetzlicher Schutzbestimmungen in China stellte sicher, dass viele Menschen zu Unrecht hingerichtet und auf diese Weise unwissentlich zu Organ Spendern werden. Das Erschreckendste an diesem Bericht ist, wie er unterstreicht, dass die Praxis der Organentnahme bei Häftlingen weit verbreitet ist.

Der Bericht zitiert offizielle Dokumente, Erklärungen von Ärzten und Artikel aus Medizinischen Zeitschriften und deckt Fälle auf, in denen Häftlingen die Nieren in der Nacht vor ihrer Hinrichtung entnommen wurden. Es werden auch Fälle beschrieben, bei denen einige der Häftlinge noch am Leben waren, als ihnen die Organe entnommen wurden und ebenso, dass Hinrichtungen oft nach den Bedürfnissen der Transplantationschirurgen terminiert scheinen. Einige Hinrichtungen wurden vorsätzlich "verpuscht", um sicher-

zustellen, dass die Häftlinge bei der Organentnahme noch nicht tot waren. Die Verwendung der Organe von verurteilten Häftlingen verwickelte Mitglieder der Ärzteschaft in den eigentlichen Hinrichtungsvorgang, was einen Verstoss gegen die ärztliche Ethik darstellt. Patienten, die chinesische Ärzte um einen Transplantationstermin gebeten hatten, wurde häufig geraten, bis zu einem wichtigen Feiertag zu warten, nämlich dann, wenn die Behörden die meisten Häftlinge hinrichten lassen.

Der Bericht zitiert einige erschreckende Fallstudien, gibt Namen und Standorte der Krankenhäuser an und weist auf die entsprechenden Stellen in den medizinischen Publikationen, wie zum Beispiel dem *Journal of Chinese Organ Transplantation*, hin. Er zitiert sogar Direktiven der chinesischen Regierung zu diesem Gegenstand. Eine mit dem Datum vom Oktober 1984 lautet zum Beispiel: "Die Verwendung der Leichen oder Organe von hingerichteten Verbrechern muss geheim gehalten werden ... Während der gesamten Vorgänge, die mit der Organentnahme zu tun haben, haben die Wächter um das Gelände der Hinrichtung herum weiterhin auf ihrem Posten zu bleiben."

Der Bericht von *Human Rights Watch* verursachte im Westen kurz Aufsehen, war aber bald danach wieder vergessen. Dennoch gelangen Geschichten über solche Gräueltaten gelegentlich irgendwie an die Aussenwelt. Ein Bericht war ausserordentlich detailliert und enthielt Material, das die Vorwürfe erhärtete. Zhao Wei und Wan Qichao wurden 1999 in der Provinz Henan hingerichtet und ihre Nieren wurden ihnen trotz heftiger Einsprüche der Familien entnommen.¹¹³ Ein detaillierter Augenzeugenbericht von einem Freund der einen Familie, Lu De'an, über die Hinrichtungen und die Organentnahme, Erklärungen der Familien der beiden Opfer, Fotografien der beiden Männer und fotografische Beweise für Taschen mit "Konservierungsmitteln für Nieren", Operationshandschuhen, etc. abgestellt an dem Ort des Abtransportes, sorgte für eine wirkungsvolle Bestätigung der Untaten, die sich tausende von Malen in ganz China wiederholen.

1999 floh Hang Peng, ein chinesischer Gefängnisbeamter des Shenyang Gefängnisses Nr. 2, der grössten Strafvollzugsanstalt in der Provinz Liaoning, nach Russland. Er gab vor westlichen Journalisten eine ausführliche Erklärung über sein persönliches Wissen von der Organentnahme bei hingerichteten Häftlingen ab. Er gab ausserdem zu Protokoll, dass Militärkrankenhäuser und paramilitärische Krankenhäuser, wenn es um Organentnahmen und Transplantationen geht, die wichtigsten Institutionen sind, weil sie enge Verbindungen zu den Staatsanwaltschaften und Stellen der Gerichte haben, welche die Hinrichtungen überwachen. Die Krankenhäuser erhalten die Organe üblicherweise gegen Bezahlung eines geringen Betrages und verlangen dann für die Transplantation Tausende von Dollars. Die *New York Times* berichtete, dass "es ein boomender Industriezweig ist. Die Zahl der Transplantationen ist in den letzten zehn Jahren hochgeschneit und neue Transplantationszentren sind überall im Lande eröffnet worden. Ein Anfang des Jahres in Hangzhou, im Süden Shanghais eröffnetes Zentrum hat sich auf multiple Transplantationen bei Privatpatienten spezialisiert".¹¹⁴

Bei einem Grosseinsatz löste das FBI in New York 1999 einen Bestellservice für den Verkauf von Organen hingerichteter chinesischer Häftlinge auf, in den zumindest ein ranghoher chinesischer Beamter verwickelt war.¹¹⁵ Zuvor schon hatte *ABC News* 1997 einen auf Aufnahmen mit einer versteckten Kamera beruhenden Exklusivbericht über den chinesischen Arzt Dai Yong und seine Frau herausgebracht, die in einem New Yorker Hotelzimmer eine Barzahlung über 30 000 Dollar für eine Niere von einem hingerichteten chinesischen Häftling entgegengenommen hatten.¹¹⁶

Im Nachrichtenteil einer Zeitung wird im Jahr 2000 Dr. S.Y. Tan, einer der führenden Nierenspezialisten Malaysias zitiert, der behauptete, mehr als 1000 Malaysier hätten Nieren von in China hingerichteten Häftlingen transplantiert bekommen.¹¹⁷ Wie berichtet wird, nehmen Patienten für Transplantationen aus Thailand, Taiwan und anderen Ländern solche Leistungen in China in Anspruch und es gibt Hinweise, dass die Tendenz steigend ist. Alle Berichte weisen auf den kommerziellen Charakter des Transplantationsgeschäftes hin und bestätigen, dass die Organe an den höchsten Bieter, häufig Ausländer, verkauft werden.

Im Juni 2001 sagte ein ehemaliger chinesischer Armeearzt vor einem Ausschuss des Kongresses der Vereinigten Staaten aus.¹¹⁸ Dr. Wang beschrieb, wie er Haut und Kornea von den Körpern der hingerichteten Häftlinge entfernt hatte und wie den Häftlingen vom Krankenhauspersonal vor der Exekution Injektionen mit dem Antikoagulans Heparin verabreicht wurden. Nachdem der Häftling in den Hinterkopf geschossen worden war, beeilten sich die Transplantationschirurgen, die Leber, die Nieren, die Kornea und andere Organe entweder in einem Ambulanzfahrzeug noch am Ort der Hinrichtung oder in einem Krematorium zu entfernen. Dr. Wang berichtete, dass er Zeuge wurde, wie Ärzte Nieren bei einem Mann entfernten, der noch atmete. Der Artikel in der *Times* machte in aller Ausführlichkeit deutlich, dass China die Organe hingerichteter Häftlinge manchmal sogar bis nach Amerika verkauft. "Transplantationschirurgen in den Vereinigten Staaten berichten, dass sie eine immer grössere Anzahl von Patienten haben, die wegen einer Nachbehandlung nach der Transplantation zu ihnen kommen, nachdem sie sich in China Organe, besonders Nieren, haben einsetzen lassen, auf die sie im Westen Jahre hätten warten müssen."

Ein Bericht aus dem November 2001 zitiert Dr. Thomas Diflo aus New York, der angab, er hätte Nachsorgebehandlungen bei amerikanischen Patienten leisten müssen, die in China Organe von hingerichteten Häftlingen erhalten hätten".¹¹⁹ Dr. Stephen Tomlanovich, ein Experte für Nierentransplantationen an der *University of California* in San Francisco hat ebenfalls erklärt, dass mehrere seiner Patienten, die nach Shanghai oder Gangzhou gereist waren, Nieren erhalten hatten, von denen er annahm, sie stammten von hingerichteten Häftlingen. Der Bericht erwähnt fünf Krankenhäuser in Shanghai, die Nierentransplantationen vornehmen und fügt hinzu, dass sie über Patienten aus dem Ausland besonders erfreut sind, da diese zehnmal soviel wie die einheimischen Patienten für die gleiche Operation zahlen.

Nach dem Bericht der *ABC News* von 1997 herrschte über dieses Thema im amerikanischen Fernsehen ein unerklärliches Schweigen. Im Dokumentarfilm von *A&E Network* "The Organ Trade: Life and Death for Sale"¹²⁰ (Der Organhandel: Leben und Tod im Sonderangebot) aus dem Jahr 1999 fehlte jeglicher Hinweis auf die kommerzielle Verwertung der Organe von hingerichteten Häftlingen in China. In einer weiteren Fernsehdokumentation, "The Black Market in Organs", von CNN im September 2003¹²¹ gesendet, beklagten der Gastgeber, hinzugezogene Experten und Gäste in einer Diskussionsrunde die Tragödie der Armen in Indien und auf den Philippinen, die gezwungen wären, ihre Nieren an reiche aber kranke Amerikaner zu verkaufen, erwähnten aber mit keinem Wort den florierenden Handel mit den Organen von hingerichteten Häftlingen in China. In einem ähnlichen Programm von *MSNBC* im Januar 2004 war von China ebenfalls keine Rede.¹²²

Routinemässige Folter von Häftlingen

Die Anwendung der Folter um Geständnisse zu erpressen, gehört in Chinas Strafvollzugssystem zur Routine. Darüber hinaus scheint sie nicht ein Ergebnis willkürlicher Brutalität der Polizei, von Justizirrtümern oder von Unregelmässigkeiten bei der Rechtsanwendung, sondern Teil des Systems zu sein. Ein von Amnesty International 1996 veröffentlichter Bericht schloss: "Wir glauben, dass gegenwärtig sowohl das Justizsystem wie auch das System des Strafvollzugs in China die Folter begünstigen".¹²³ China hatte 1988 das Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe unterzeichnet.

Foltermethoden sind zum Beispiel das Einsperren in Zellen ohne Fenster, die zu niedrig zum Aufstehen sind, das Knien auf Glassplittern, Misshandlung durch Stromstösse und einige Lieblingstechniken der Kulturrevolution, wie das "Flugzeug", wobei die Arme auf dem Rücken zusammengebunden und in Schulterhöhe hochgerissen werden, bis sie ausgekugelt sind oder das tagelange Aufhängen an den Handgelenken oder den Daumen. Ältere traditionelle Methoden wie die Bambussplitter unter den Fingernägeln und das Ausreissen von Fingernägeln sind nach dem Bericht von Amnesty auch wieder aufgetaucht. Schläge mit Knüppeln und Schlagstöcken gehören zum Alltag.

2001 veröffentlichte Amnesty einen umfassenden Bericht über Folter in China.¹²⁴ Diese detaillierte Untersuchung beschreibt neun verschiedene Situationen, in denen von chinesischen Polizisten und anderen Beamten gefoltert wird. Eine davon ist die Durchsetzung von Chinas Ein-Kind-Politik. Die Einführung in den Bericht beschreibt den Foltertod von Zhou Jianxiong, einem 30 Jahre alten Landarbeiter aus dem Xiang (Verwaltungseinheit unterhalb des Kreises) Chунhua in der Provinz Hunan am 15. Mai 1998. Er wurde von Beamten des Geburtskontrollamtes gefoltert, um aus ihm den Aufenthaltsort seiner Frau herauszupressen, die verdächtigt wurde, ohne Genehmigung schwanger zu sein. Zhou wurde verkehrt herum aufgehängt, wiederholt ausgepeitscht und mit hölzernen Knüppeln geschlagen, mit Zigarettenstummeln verbrannt, mit glühenden Eisen gebrandmarkt und ihm wurden die Genitalien abgerissen.

Der Bericht von 2001 enthält nicht nur ausführliche Fallstudien, sondern widmet auch zwei einzelne Abschnitte der Folterung von Befürwortern der Freiheit und Unabhängigkeitskämpfern in Ostturkestan (Xinjiang) und Tibet.

Für Frauen, und das ist besonders für Nonnen in Tibet der Fall, schliesst die Folter regelmässig die Vergewaltigung durch Sicherheitspersonal mit ein. Darüber hinaus wurde aus den Gefängnissen Tibets berichtet, dass häufig elektrische Viehstöcke in die Genitalien der Frauen eingeführt würden.¹²⁵ Tibetische Kinder, von denen manche erst neun Jahre alt waren, wurden nach einer vom *International Committee of Lawyers for Tibet* (jetzt *Tibetan Justice Center*) 2001 herausgegebenen Untersuchung verhaftet und von chinesischem Sicherheitspersonal gefoltert.¹²⁶ Der Bericht dokumentiert zum ersten Mal die routinemässige Anwendung von Folter bei Erwachsenen und Kindern für "politische" Vergehen. Er weist ebenfalls darauf hin, dass Kinder unter erbärmlichen Bedingungen, oftmals ohne dass man ihre Familien verständigt, festgehalten werden und dies über Monate und sogar Jahre hinweg, ohne einen Prozess oder Zugang zu einem Rechtsanwalt.

Ein ausführlicher Bericht in der *New York Times* beschreibt, wie Chinas periodisch durchgeführte Kampagnen „Hartes Durchgreifen“ und Hinrichtungsquoten die örtliche Polizei bei Verbrechen unter enormen Aufklärungsdruck setzen, dem sie dann häufig nachgeben, indem sie Geständnisse durch Folter erpressen. Nach Zeitungsberichten hat die Polizei in der Provinz Hunan im April 2001 innerhalb von zwei Tagen 3000 Fälle aufgeklärt. Die Polizei in

Sichuan gab an, innerhalb von sechs Tagen des gleichen Monats 6 704 Fälle, darunter 691 Morde, Raubüberfälle und Sprengstoff-anschläge aufgeklärt zu haben.¹²⁷

Staatlich angeordnete Psychiatrisierung von politischen Gefangenen

Der erste Hinweis auf diese besondere Art der Verletzung der Menschenrechte in China wurde von Robin Munro, einem englischen Forscher über die Menschenrechte, 2001 in seinem Bericht in dem *Columbia Journal of Asian Law* gegeben.¹²⁸ Der Bericht, der von einem Artikel in der *New York Times* vom 18. Februar 2001 erwähnt wurde, verurteilte die chinesische Praxis, Dissidenten in psychiatrischen Krankenhäusern einzusperren. In dem Artikel in der *New York Times* hiess es, dass “China bisher nicht für den systematischen Missbrauch der Psychiatrie bekannt war, so wie er in der Sowjetunion praktiziert worden war, wo man Hunderte von Dissidenten fälschlich als schizophren diagnostiziert und weggeschlossen hatte”. Aber Munro berichtete, dass mindestens 3000 Personen, die wegen irgendeines “politischen” Vergehens verhaftet worden waren, zur psychiatrischen Beurteilung geschickt und viele von ihnen als geistig krank diagnostiziert und weggesperrt worden waren.

Neben Aktivisten der Arbeiterbewegung wie Cao Maobing, der bereits früher erwähnt wurde, und Wang Wanzing (bei dem eine “paranoide Psychose” diagnostiziert wurde, weil er ein pro-demokratisches Spruchband auf dem Tiananmen Platz entrollt hatte), sind die neuesten Opfer dieses verbrecherischen Missbrauches der Psychiatrie Mitglieder der Falun Gong Sekte, deren Anhänger in der chinesischen Presse als psychisch gestört und behandlungsbedürftig dargestellt werden. Solche Fälle waren 2000 Gegenstand fachlicher Diskussionen in *China’s Journal of Clinical Psychological Medicine*. Hunderte von Falun Gong Anhängern wurden nach den Berichten von Menschenrechtsbeobachtern zwangsweise hospitalisiert und mit Medikamenten vollgestopft, und viele wurden eingesperrt.

Robin Munros Bericht ist inzwischen zu einem 298 Seiten starken Buch geworden, das von der *Global Initiative on Psychiatry and Human Rights Watch* herausgegeben wurde.¹²⁹ Das Buch ist eine “beredete und überzeugende Studie”, schreibt Jonathan Mirsky, der Munro als “den hervorragendsten Forscher auf dem Gebiet der Menschenrechte in China” sieht und davon überzeugt ist, dass *Dangerous Minds* (so der Titel des Buches) sein bisher eindrucksvollstes Buch ist”.¹³⁰

Seine Überzeugungskraft bezieht das Buch aus Hunderten von juristischen und psychiatrischen Studien, die in China seit 1949 offiziell veröffentlicht wurden. Der Bericht rekonstruiert die weitgehend im Dunkeln gebliebene Geschichte des politischen Missbrauches der Psychiatrie in China. Deren Ausgangspunkt ist die Definition von Geisteskrankheit, die wie behauptet, durch abweichende politische Gedanken verursacht wird. Der Autor untersucht die Gründe für den Fortbestand der politischen Psychiatrie in der Reformära nach Mao, als die offizielle Theorie lautete, manche Dissidenten begingen ihre “Verbrechen gegen das Volk”, weil sie psychisch krank seien. Der Bericht beschreibt ebenfalls die Schritte, welche die chinesische Regierung unternehmen sollte, um mit diesem Missbrauch aufzuräumen, wie auch die Massnahmen, welche die internationale Gemeinschaft – namentlich die **Weltpsyhiatrische Gesellschaft (WPA)** – ergreifen sollte.

Eine detaillierte Analyse dieses Buches ist hier leider nicht möglich, aber zwei von Munros Befunden sind eindrucklich genug, um eingehender behandelt zu werden.

Als 1987 die chinesische Führung bemerkte, dass es bei der breiten Masse des Volkes so etwas wie ein "ideologisches Vakuum" gab, schuf sie ein Netz von polizeilich geführten psychiatrischen Anstalten zur Verwahrung „geisteskranker Straftäter“, bekannt geworden als Ankang (das Wort bedeutet "Friede und Gesundheit"). Diese waren vor allem für die Unterbringung und Behandlung von Dissidenten und "politischen Fanatikern" gedacht, oft wurden jedoch "Personen, die bei den Behörden Petitionen und Beschwerden eingereicht hatten" eingeliefert. Nach von Munro zitierten Dokumenten aus der chinesischen Psychiatrie, lag die Zahl der Ankang-Anstalten 1992 bei zwanzig, und einige waren noch im Bau. Nach einer Quelle können grosse Ankang-Zentren ungefähr tausend Insassen aufnehmen; von der Anstalt in Tianjin wird angenommen, dass ihre Kapazität sich sogar auf das doppelte beläuft. Ziel der Behörden ist ein Ankang-Zentrum in jeder Stadt mit mehr als einer Million Einwohnern.

1986 begannen die chinesischen Krankenhäuser mit der Psychochirurgie, was die Leukotomie mit einschloss. Munro zitiert eine westliche Wissenschaftlerin, die in Guangzhou, Peking und Tianjin persönlich mitbekommen hat, wie eine grosse Anzahl derartiger Operationen durchgeführt wurde. Munro stellt ausserdem fest, "dass die polizeilich geführte Anstalt in der Stadt Tianjin gemäss einem zuverlässigen Augenzeugenbericht im Jahr 1987 eine grosse und technisch fortschrittliche Station eingerichtet hatte, um psychochirurgische Operationen ausführen zu können; der Direktor der Einrichtung war damals ein Neurochirurg, und Dutzende von Leukotomien und ähnlichen Gehirnoperationen wurden jedes Jahr, wie berichtet, an den Insassen vorgenommen." Munro liefert ebenfalls eine Bestätigung für die Existenz dieser Abteilung.¹³¹

Am 30 Mai 2003 erinnerte die Weltpsychiatrische Gesellschaft in einem unüblich harten Verweis China an die Erfüllung seines Versprechens, internationale Experten den Vorwurf untersuchen zu lassen, dass es die Psychiatrie zu politischen Zwecken missbrauche.¹³² Im August 2002 hatte die Weltpsychiatrische Gesellschaft, der Chinas von der Regierung kontrollierte Psychiatrische Gesellschaft ebenfalls angehört, dafür gestimmt, ein Expertenteam zur Untersuchung der Vorwürfe zu schicken. Vertreter der Weltpsychiatrischen Gesellschaft sagten, dass die Chinesen ursprünglich eingewilligt hatten, zu kooperieren und einige schriftliche Antworten zu Untersuchungen über Falun Gong Mitglieder gegeben hatten. Aber da man erst spät im letzten Jahr damit begonnen hatte, blieben dann sogar die schriftlichen Antworten aus, offensichtlich geschah dies auf Anordnung der politisch Verantwortlichen im Pekinger Gesundheitsministerium.

Militärische Besetzung und kultureller Genozid in Tibet

Tibet, ein friedliches, unabhängiges Land wurde 1950 von China militärisch besetzt. Nach der Niederschlagung allen Widerstandes wurde mit einer systematischen Kampagne begonnen, um das tibetische Volk und seine Lebensweise zu vernichten. Diese Bewegung erreichte während der Kulturrevolution ihren Höhepunkt, dauert aber mit unterschiedlicher Stärke und Härte bis zum heutigen Tag. Nach den letzten Schätzungen sind über sechstausend Klöster, Tempel und historische Monumente zusammen mit einer ungeheuren Menge wertvollster künstlerischer und religiöser Objekte, zahllosen Büchern und Manuskripten aus Tibets einzigartiger und jahrhundertealter Gelehrsamkeit zerstört worden. Über eine Million Tibeter sind durch Hinrichtungen, Folter, und Verhungern zu Tode gekommen, während

Zehntausende gezwungen wurden, in abgelegenen Zwangsarbeitslagern Sklavenarbeit zu leisten.

Ungeachtet der vielen Konzessionen des Dalai Lama und seinen wiederholten Bemühungen, über die Tibetfrage zu verhandeln, hat die chinesische Führung alle seine Verhandlungsangebote zurückgewiesen. Pekings erklärte Strategie ist es nun, abzuwarten bis der Dalai Lama stirbt, denn nach seinem Tod ist man sich dort sicher, die Tibetfrage ohne internationalen Sturm der Entrüstung lösen zu können. Um dabei sicher zu gehen, hat China eine Politik eingeschlagen, die der bewussten Zerrüttung der tibetischen Kultur und Identität, der Demoralisierung der Tibeter durch Arbeitslosigkeit, geringere Bildungschancen und der unverminderten grausamen Unterdrückung des tibetischen Volkes durch die Sicherheitsorgane dient.¹³³

Chinas Strategie um sicher zu stellen, dass Tibet dauerhaft ein Teil Chinas bleibt, ist hauptsächlich seine Politik eines umfangreichen Bevölkerungstransfers von Chinesen nach Tibet. Während früher die chinesischen Funktionäre darauf bestanden, dass nichts dergleichen geschehe, ermutigte der jüngste Erfolg dieser Politik Peking zum Eingeständnis der Sinisierung. Ein offizieller Spitzenplaner der Chinesen, Jin Shixun, kündigte 2002 in Lhasa an, dass die Tibeter in den kommenden Jahren zu einer Minderheit unter den 200 000 Einwohnern ihrer Hauptstadt würden, da so viele ethnisch chinesische Migranten einwanderten, um die Wirtschaft zu entwickeln.¹³⁴

Chinas Politik des Bevölkerungstransfers wird durch den Bau der höchsten Eisenbahn der Welt von Golmud nach Lhasa noch beschleunigt. Dieses 2,4 Milliarden Dollar teure Projekt, das bereits im Sommer 2006 seinen Betrieb aufnehmen soll, wird, wie es von offizieller Seite heisst, Tibet "mit der modernen Welt" verbinden. Doch ein Reporter vom *Boston Globe* hat, als er eine Gruppe ausländischer Journalisten ausser Hörweite der chinesischen Regierungsfunktionäre zu einem Pressefest aus Anlass des Eisenbahnbaus begleitete, von Tibetern gehört, dass diese Initiative nur noch mehr chinesische Siedler anziehen würde, "wie sie bereits in den letzten zehn Jahren beständig in diese Region eingewandert sind und Karaoke Bars, Discos und chinesische Schriftzeichen mitgebracht haben, welche die meisten der am Ort Geborenen nicht lesen können."

"Das ist ihre Bahn, also werden die Chinesen hierher kommen", meinte ein ehemaliger Hirte aus der nördlichen Grasslandregion, durch die zwei Drittel der annähernd 2000 Kilometer langen Eisenbahnstrecke führen wird. „Sie rauben unserem Land seine wertvollen Bodenschätze und werden die Bahn benutzen, um sie noch schneller abzutransportieren. Sie sagen, sie hätten uns Elektrizität, Krankenhäuser, Strassen usw. gebracht, aber die sind nicht für uns; die sind für die Hunderttausende von Chinesen, die jetzt hier leben.“¹³⁵

In den letzten Jahren hat die politische Repression eine neue Dimension mit noch mehr Verhaftungen, Folter, Hinrichtungen und einem ausgedehnten Netz von Informanten und Sicherheitspersonal im ganzen Lande angenommen, besonders in den Städten. Obgleich derartige Massnahmen bei der Unterbindung gross angelegter Demonstrationen und der Art von heftigen "Unabhängigkeitsunruhen" erfolgreich waren, wie sie besonders am Ende der 80er Jahre und den beginnenden Neunzigern in der Hauptstadt Lhasa ausbrachen, so waren sie doch nicht geeignet, öffentlichen Protest Einzelner und kleiner Gruppen (besonders junger Nonnen) zu unterdrücken.

Beunruhigender war für die chinesische Staatsicherheit, dass es in Tibet zu Bombenanschlägen kam. Diese hatten Mitte der achtziger Jahre mit aufs Geratewohl verursachten und eher harmlosen Explosionen von Rohrbomben begonnen, jetzt scheinen die

Bombenleger aber an technischem Geschick und politischer Entschlossenheit dazugewonnen zu haben, wie es der Fall des Selbstmordattentäters zeigt, der 1999 in Lhasa versuchte, die Nationalen Minderheitenspiele empfindlich zu stören.¹³⁶

Politische Repression, mangelnde Freiheit und das Fehlen von jeglichen Bildungsmöglichkeiten und wirtschaftlichem Fortkommen in Tibet haben zu einem beständigen Strom von Flüchtlingen geführt, der sich über die Höhen des Himalaja nach Nepal und Indien ergießt. Jedes Jahr begeben sich im Durchschnitt etwa 3000 Flüchtlinge auf diesen gefährlichen Weg, wobei viele Schneeblindheit, Erfrierungen, den Verlust von Gliedmassen und sogar den Tod erleiden. Ein Bericht in der *New York Times* von 2003 stellte fest: „Letztes Jahr überquerten 1268 Tibeter 5600 Meter hohe Pässe, um Nepal zu erreichen, halb soviel wie es in der Zeit von 1996 bis 2000 der jährliche Durchschnitt war. Tibetische Exilgruppen schreiben den Rückgang der Flüchtlingszahlen der Verstärkung der Polizeikräfte auf der chinesischen Seite der Grenze zu“.¹³⁷

Jüngst übte China Druck auf Nepal aus, damit es 18 tibetische Flüchtlinge wieder nach Tibet auslieferte.¹³⁸ Man muss sich ernsthafte Sorgen machen, dass die abgeschobenen Flüchtlinge, einmal zurück in Tibet, nicht nur hohe Gefängnisstrafen zu erwarten haben, sondern auch Schläge und Folter. Ebenso muss befürchtet werden, dass diese Abschiebungen zu einem Präzedenzfall für spätere chinesische Forderungen nach der Auslieferung von tibetischen Flüchtlingen werden könnten.

Drakonische Unterdrückungsmassnahmen in Ostturkestan

Im weit entfernten Westen Chinas haben die Uiguren, ein Turkvolk, einen jahrzehntelangen Kampf geführt, um die Republik Ostturkestan zu schaffen. Deshalb gab es lange eine entschlossene uigurische Opposition gegen die chinesische Herrschaft in Ostturkestan. Eine wirksame Kontrolle der Region war Peking vor der Gründung der Volksrepublik China 1949 nicht möglich. Davor gab es von 1944 bis 1949 eine vom pan-türkischen Nationalismus inspirierte unabhängige Republik Ostturkestan im westlichen Xinjiang (der chinesische Name für Ostturkestan), der aber nur ein kurzes Leben vergönnt war.¹³⁹

In den vergangenen letzten Jahren kam es nach uigurischen Quellen zu mehr als 130 Aufständen. China hat darauf mit drakonischen Antiterrormassnahmen reagiert, um den uigurischen Nationalismus mit Stumpf und Stiel auszurotten. Heute gehören tägliche Festnahmen und öffentliche Hinrichtungen zum „normalen“ Leben in den Basaren der ehemaligen Seidenstrasse. Es wurde von Massenhinrichtungen berichtet. Laut Amnesty International wurden zwischen 1997 und 1999 mehr als 200 Personen hingerichtet.¹⁴⁰

Präsident Jiang Zemin besuchte Xinjiang im August 1998 und rief zu einem „Volkskrieg“ gegen die Separatisten auf, ein Appell, der ein Jahr später von Premier Zhu Rongji wiederaufgenommen wurde, als er eine „eiserne Faust“ forderte, um die „Spalter“ zu zermalmen. In Übereinstimmung damit wurden jedes Jahr mit neuer Kraft repressive Kampagnen durchgeführt, die mit dem Beginn der Kampagne „Hartes Durchgreifen“ im April 2001 eine neue Dimension annahmen.¹⁴¹ In einem Bericht brachte *Human Rights Watch* seine Besorgnis darüber zum Ausdruck, dass Chinas Unterstützung für Amerikas Krieg gegen den Terrorismus zum Vorwand dienen könnte, um internationale Unterstützung oder doch

zumindest stillschweigende Duldung bei seinem eigenen scharfen Vorgehen gegen die Uiguren in der *Xinjiang Uighur Autonomous Region* zu erhalten.

Abgesehen von den gleich bleibenden Menschenrechtsverstößen wie der “Ein-Kind-Politik”, dem umfangreichen Transfer von Chinesen nach Ostturkestan und dem chinesischen Rassismus, protestieren die Uiguren gegen die Atomtests in der Region, von denen sie behaupten, dass sie die Ursache für zahlreiche, seither in der uigurischen Gesellschaft aufgetretene, ernsthafte und unerklärliche gesundheitlichen Probleme seien. China hat bisher alle 46 Atomtests in Xinjiang durchgeführt. Ein geheimes Kernforschungszentrum liegt nur rund zehn Kilometer von einem Wohngebiet ethnischer Uiguren und Mongolen entfernt. Der Leiter des örtlichen Krankenhauses erzählte Journalisten aus Taiwan, dass viele der Anwohner unter Haarausfall und verschiedenen Hautkrankheiten litten.¹⁴² Die Anzahl der Patienten, deren Blut pathologische Veränderungen aufwies, lag fünf oder sechsmal höher als in anderen Gegenden. Die Anzahl der Kinder und Frauen mit Leukämie und Kehlkopfkrebs war ebenfalls ungewöhnlich hoch. Ausserdem hat die Zahl von Frühgeburten und Missbildungen bei Neugeborenen seit dem Bau des Kernforschungszentrums dramatisch zugenommen.

Chinas Laboratorien für die Entwicklung bakteriologischer Waffen und die Testgebiete für deren Erprobung befinden sich ebenso in Xinjiang. Ken Alibek, ein ehemaliger sowjetischer Experte für bakteriologische Waffen (jetzt an der *George Mason University*), hat über die Entdeckung zweier Unterarten des Ebola- und Marburg-Virus in Xinjiang berichtet, die bisher bei dem aus Afrika stammenden Virus unbekannt waren. China begann bereits sehr früh, d. h. bald nach 1980, mit der bakteriologischen Forschung. Am Anfang der achtziger Jahre traten im südlichen Xinjiang immer wieder Epidemien auf und verursachten viele Todesfälle. Niemand kannte die Namen der Epidemien, deshalb wurden sie einfach als “Krankheit Nr. 1”, “Krankheit Nr. 2” und so weiter nach dem Jahr bezeichnet, in dem sie jeweils auftraten. Am Ende nannten die Menschen sie einfach nur noch die “unbekannten Krankheiten”.¹⁴³

Weltweit die schärfste Überwachung des Internets

Am 1. August 2001 gab *Human Rights Watch* bekannt, dass die verschärften Internetkontrollen der chinesischen Regierung die akademische Freiheit, den Geschäftsverkehr und die ganz normale Kommunikation erheblich beeinträchtigten. In einem an diesem Tag veröffentlichten Hintergrundbericht unter dem Titel “Redefreiheit und das Internet in China” teilte *Human Rights Watch* mit, dass die chinesischen Behörden mehr als sechzig Sammlungen von Vorschriften herausgegeben haben, um die Inhalte im Internet zu beherrschen, seit die Regierung 1995 damit begann, die ersten kommerziellen Internetkonten zu erlauben. Der Hintergrundbericht behandelte viele dieser Vorschriften genauer, beschrieb jüngste chinesische Bemühungen, die Internetcafés in den Griff zu bekommen und fasste die Fälle von mehreren Leuten zusammen, die angeklagt oder zu Gefängnis verurteilt worden waren, weil sie politisch sensibles Material ins Internet gestellt oder heruntergeladen hatten.¹⁴⁴

Eine Untersuchung von Amnesty International berichtete, dass “Internetbenutzer [in China] Gefahr laufen, willkürlich fest-genommen, gefoltert und sogar hingerichtet zu werden”. Amnesty legte mit dieser Untersuchung zugleich eine detaillierte Liste der “Gesetzesbrecher” im Internet vor.¹⁴⁵

In einem Fall, der laut der *New York Times* die “Menschenrechts-anwälte schäumen liess”, wurden vier Freunde, Xu Wei, Jin Haike, Yang Zilin, und Zhang Honghai, die sich auf dem Universitäts gelände in Peking getroffen hatten, um über Politik zu diskutieren und die gelegentlich Essays ins Internet stellten, der “Untergrabung der staatlichen Ordnung” für schuldig befunden und zu langen Gefängnisstrafen verurteilt. Der Fall hat in den Kreisen der chinesischen Akademiker und Intellektuellen dafür gesorgt, dass ihnen die Angstschauder über den Rücken laufen, denn einerseits schienen die Aktivitäten der Gruppe harmlos zu sein, andererseits wurden die vier jungen Männer ohne Urteil in ihrem Prozess für mehr als zwei Jahre eingesperrt. Die Gruppe hatte keineswegs irgendwelche regierungsfeindliche oder abweichende Literatur pro-duziert und ihre Diskussionen und Internetessays drehten sich um die politische Theorie. Nach den Aussagen der Ehefrau von einem aus der Gruppe, die sie im Gefängnis besuchte, “befanden sich die vier in schlechtem Gesundheitszustand und hatten an Gewicht ver-loren”.¹⁴⁶

Ein paar Jahre früher, im Mai 2001, war Hu Dalin verhaftet worden, weil er Artikel auf einer Homepage veröffentlichte, die er für seinen Vater Lu Jiaping (60) geschaffen hatte. Dieser war ein pensionierter Offizier der Armee, der seine Tage damit zubrachte, “linksradikale” Essays zu schreiben, die nicht nur die Kommunistische Partei unterstützten, sondern sogar eine strengere Herrschaft der Partei in China forderten. Da Lu Jiaping nicht mit dem Computer umzugehen verstand, hatte sein Sohn sie für ihn auf seiner Homepage veröffentlichen sollen.¹⁴⁷

Lui Di, eine junge Psychologiestudentin und Internetfan wurde am 7. November 2002, dem Vorabend der Eröffnung des 16. Kongresses der Kommunistischen Partei, auf dem Campus der Pekinger Universität verhaftet und an einem nicht bekannt gegebenen Ort festgehalten. Sie war eine der berühmtesten Webmasterinnen in ganz China, bekannt unter ihrem Pseudonym “rostfreie Stahlmaus”. Frau Lui schrieb absurde Geschichten im Stil der systemkritischen Schriftsteller aus dem Ostblock in den siebziger Jahren und leitete eine beliebte Webseite. Ihre Bewunderer sprechen von ihrer Originalität und ihrem Humor. In einem Essay erklärte sie zum Beispiel, dass Chinas repressive Gesetze zur nationalen Sicherheit der Nation nicht gut täten. Nach ihrer heimlichen Festnahme dauerte es Monate, bevor man wieder etwas von Lui hörte. Es wurden keine Anklagen gegen sie erhoben; ihrer Familie und ihren Freunden wurde nicht erlaubt, sie zu besuchen; und nach der wohlbekannten Taktik, mit der die Menschen zum Schweigen gebracht werden sollen, warnten sie die Behörden, dass es für sie nicht gut wäre, wenn sie ausländischen Medien etwas von ihrem Fall erzählte.¹⁴⁸ Es dauerte ein ganzes Jahr bis Lui am 28. November 2003 gegen Hinterlegung einer Kaution entlassen wurde.

Im Dezember 2002 berichtete die *New York Times* über eine Studie von Forschern der Harvard Law School, die feststellte, dass China die umfangreichste und effektivste Internetüberwachung auf der Welt hätte. Die Behörden verbieten den Nutzern den Zugang zu 19 000 Webseiten, welche die Regierung für bedrohlich hält.¹⁴⁹ Die Studie, die während sechs Monaten von vielen verschiedenen Orten in China aus den Zugang zum Internet testete, fand, dass Peking Tausende der beliebtesten Nachrichtenseiten, solche die mit politischem und religiösem Inhalt sowie ausgewählte Unterhaltungs- und Bildungsangebote im Internet blockierte.¹⁵⁰ Die Forscher schrieben, dass die Zensoren manchmal Leute, die versucht hatten, an verbotene Informationen heranzukommen, damit bestrafen, dass sie es ihnen erschwerten, überhaupt Zugang zum Internet zu bekommen.

Allen Prophezeiungen zum Trotz, dass das Internet seinem Wesen nach zu vielfältig und zu anpassungsfähig sei, als dass es sich vom Staat kontrollieren liesse, hat China der überwältigenden Anzahl seiner 46 Millionen Internetnutzer den Zugang zu Informationen verweigert, von denen es meint, sie könnten seine autoritäre Macht schwächen. Peking erlaubt die Internetnutzung nur für Geschäfts-, Unterhaltungs- und andere Zwecke, von denen es überzeugt ist, dass sie in einer Zeit der Globalisierung unabdingbar sind.* Nur die entschlossensten und technologisch fortgeschrittensten Nutzer können die Filter der chinesischen Zensoren umgehen und das tun sie, wie die Havard Studie belegt, mit einigem Risiko. "Wenn der Zweck solcher Filter darin besteht zu beeinflussen, was der durchschnittliche chinesische Internetnutzer zu sehen bekommt, dann liegt der Erfolg innerhalb ihrer Möglichkeiten", meinte Jonathan Zittrain, Professor an der Havard Law School und Koautor der Studie.

Peking blockiert den Zugang zu den wichtigsten Internetseiten über Tibet, Taiwan oder Studien über die Demokratie und diese befürwortenden Organisationen. Chinesische Nutzer können oft nicht die Homepages von Amnesty International oder Human Rights Watch erreichen. China erlaubt den Nutzern ebenfalls nicht die Verbindung zu den Homepages der westlichen Hauptreligionen. Die Homepages der Nachrichtenmedien sind auch häufig blockiert. China behauptet, dass der Hauptgrund für seine Zensur sei, die Verbreitung von Pornographie zu verhindern. Dabei stellte die Studie fest, dass in China weniger als 15 Prozent der populärsten Seiten mit eindeutig sexuellem Inhalt blockiert sind. In Saudi-Arabien sind es 86 Prozent der Liste.

Im September 2002 tauchten Berichte auf, wonach die chinesische Regierung ihren Bürgern die Benutzung der beliebten Suchmaschine Google verwehrt hätte.¹⁵¹ Chinesen, die den Zugang zu Google suchten, wurden umstandslos auf Homepages umgeleitet, die bei den chinesischen Behörden registriert sind und mit Pekings Regelung einverstanden waren, die Inhalte für chinesische Nutzer zu filtern.

Der Unterschied zwischen solchen Suchmaschinen mit offizieller Approbation (eine davon ist Yahoo) und Google ist krass. Eine Suche nach Informationen über Jiang Zemin bei Google führte zu 154 000 Verweisen. Der erste war ein Link zu einer von Falun Gong betriebenen Seite und äusserst kritisch gegenüber Jiang. Eine ebensolche Suche mit Yahoo produzierte gerade einmal sechs Verweise. Der erste war "Life Story of President Jiang Zemin" veröffentlicht von *People's Daily*, der Stimme der Chinesischen Kommunistischen Partei. *Beijing Legal Times* berichtete, dass Google geschlossen wurde, weil es "schädliche Inhalte" enthalten hätte. [Anmerkung des Hrsg.: Inzwischen hat sich auch Google dem chinesischen Druck gebeugt und Filter eingebaut.]

Ein Informatikstudent an der Universität von Toronto, Nart Villeneuve, hat ein Programm geschaffen, das er "Pseudoproxy" nennt, das chinesischen Internetnutzern ermöglichen soll, Zugang zu Google durch eine ähnliche unblockierte Seite zu bekommen.¹⁵² Internetgruppen wie zum Beispiel *Freenet China Project* arbeiten daran, Lösungen zu finden, um die chinesische Zensur zu übertölpeln. Diese Bemühungen haben allerdings noch keine feststellbare Veränderung an der in dieser Hinsicht zunehmend repressiven Politik Chinas zur Folge gehabt.

Am 26 Juni 2004 kündigte ein chinesisches Gericht an, dass ein Internetkommentator, Du Daobin, der vorher der Subversion beschuldigt worden war, ein Urteil mit Bewährung anstatt

* Es ist seltsam genug, aber China wurde nach Angaben von Spamhaus Project, einer der effektivsten Gruppen, die gegen unerwünschte E-Mails ankämpfen (siehe: Saul Hansell, "Spammers Can Run But They Cant Hide", *The New York Times*, 9.November 2003) zum "Hauptquartier der Wahl" für viele Spammer.

einer langen Gefängnisstrafe erhielt. Du war festgenommen worden, weil er sich gegen die Verhaftung von Lui Di, der "rostfreien Stahlmaus" ausgesprochen hatte. Obwohl Menschenrechtsgruppen, bei denen Du Verhaftung einen Sturm der Empörung ausgelöst hatte, dem, was eine offizielle Demonstration von Nachsicht zu sein schien, applaudierten, warnten viele Internetkommentatoren in China, "dass, das was in diesem weithin beachteten Fall, als Grossmut der Regierung erscheint, einen diskreten, aber planmässigen Vorstoss darstellt, die Kontrolle über das Internet und die Überwachung der Nutzer zu verstärken".¹⁵³

"Inzwischen nimmt der durchschnittliche Internetnutzer [in China] weder die Aktivitäten einer Truppe wahr, deren Stärke auf 30 000 Internetpolizisten geschätzt wird, noch vermutet er diese ... Die chinesische Regierung hat zudem eine Homepage geschaffen, wo Leute über verdächtiges oder provokantes Benehmen anderer Nutzer berichten können."¹⁵⁴

Ein neuerer Bericht der BBC aus Peking stellte fest, dass China dabei ist, seine Überwachung auszudehnen, um mit Mobiltelefonen versandte Textnachrichten ebenfalls zu kontrollieren. Es wurden neue Bestimmungen erlassen, um Mobiltelefonunternehmen zu erlauben, Mitteilungen zu kontrollieren und zu filtern. Beobachter befürchten, dass die wahren Ziele die politisch Andersdenkenden sind. *Reporters sans Frontières* aus Paris ist der Auffassung, dass die chinesischen Behörden die neuen Technologien zunehmend zur Informationskontrolle nutzen würden. Ein chinesisches Unternehmen, das ein System zur Überwachung von über das Mobiltelefon übermittelten Textnachrichten vertreibt, hat angekündigt, dass es nach "falschen politischen Gerüchten" und "reaktionären Bemerkungen" Ausschau halte. Bestimmte Schlüsselwörter könnten einen automatischen Alarm bei der Polizei auslösen.

Das Versenden von Textmitteilungen hat bereits Pekings Kontrolle über die Information bedroht. Letztes Jahr versuchten die Behörden, den Ausbruch der Atemwegserkrankung SARS zu verheimlichen, aber Millionen von Textmitteilungen wurden versendet, welche die Menschen vor dem Virus warnten und das Vertuschungsmanöver der Regierung entlarvten. Bis jetzt hat nur *China Mobile Corporation* die Bestimmungen angewandt, aber angesichts der Tatsache, dass es 65 % des Mobiltelefonmarktes beherrscht, "...werden diese neuen Bestimmungen mit grösster Sicherheit in diesem Industriezweig zum Standard werden".¹⁵⁵

U.S.-Technologiefirmen haben der chinesischen Regierung bei der Errichtung der Kontrolle über den Cyberspace geholfen. "Prominente amerikanische Unternehmen darunter Cisco Systems, Microsoft, Nortel Networks, Websense und Sun Microsystems haben alle eine Rolle bei der schnellen Ausstattung Chinas mit Überwachungsanlagen gespielt", schreibt Jill R. Newbold im *Journal of Law, Technology and Policy*, veröffentlicht von der University of Illinois in Urbana-Champaign. Newbold macht ebenfalls geltend, dass die amerikanischen Technologieunternehmen und Internet Service Provider, unter der Androhung, ihre Betriebslizenzen zu verlieren, eine Verpflichtung gegenüber der chinesischen Regierung unterschreiben mussten, keine Informationen zu produzieren, bekannt zu geben oder zu verbreiten, welche "die Staatssicherheit gefährden und die soziale Stabilität stören könnten". Newbold argumentiert, dass diese Regelung die amerikanischen Institutionen zu Komplizen bei Chinas Überwachung des Internets gemacht hat. Mehr als 300 Unternehmen, Regierungsagenturen und Universitäten haben diese Abmachungen unterschrieben, welche "die grundlegenden Prinzipien der freien Rede und des freien Informationszugangs im Internet mit Füßen treten".¹⁵⁶

Die Weitergabe von Atomwaffen an Schurkenstaaten und Terroristen

Vor dem 11. September 2001 hatten die US-Geheimdienste nicht den mindesten Zweifel an Chinas bedeutender, wenn nicht herausragender, Rolle bei der weltweiten Verbreitung von Massenvernichtungswaffen. Ein Bericht der CIA stellte fest, dass „China in der zweiten Hälfte 1996 der wichtigste Lieferant für Güter und Technologie an fremde Länder war, die etwas mit Massenvernichtungswaffen zu tun haben“.¹⁵⁷ Das *American Office of Naval Intelligence* behauptete, dass der Material- und Technologiestrom von China nach dem Iran wohl „die aktivste Unterstützung eines Programms zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen in der dritten Welt“ war.¹⁵⁸ Chinesische Waffenfirmen waren ebenfalls sehr stark im Irak engagiert.

Am 22. Februar 2001 verkündete Präsident Bush, die Vereinigten Staaten wüssten, dass China an der Entwicklung von Elektronik- und Radarsystemen im Irak beteiligt gewesen war, die sich gegen amerikanische und britische Kampfflugzeuge nutzen liessen. Dies war eine Behauptung, die China zumindest nicht gänzlich widerlegen konnte.¹⁵⁹ In einer früheren Ansprache zur Verteidigungslage der Nation (in der *Citadel* in *Charleston*, S.C. am 23. September 1999) hatte Bush deutlich eine indirekte Warnung vor der nuklearen Bedrohung durch China ausgesprochen: „Nach einigen Spannungen wegen Taiwan hat 1996 ein chinesischer General Amerika daran erinnert, dass es im Besitz von Mitteln sei, um Los Angeles mit Atomraketen zu beschliessen“.¹⁶⁰

In Anbetracht der Aufregung über Präsident Bushs und Premierminister Blairs falsche Angaben über den Kauf von Uranerz des Irak in Niger, mag es hilfreich sein, die öffentliche Aufmerksamkeit auf das wirkliche Problem der Verbreitung von Kernwaffen zu lenken, indem man klar macht, dass es bei den Experten für Massenvernichtungswaffen im Gegensatz zu dem Uranerz aus Niger keine Kontroverse über die Quelle der Blaupausen für die einst geplante Atomanlage im Irak gibt. Es handelte sich dabei tatsächlich um eine getestete chinesische Konstruktion, die ebenfalls von Pakistan erfolgreich benutzt worden war.¹⁶¹

1972 begann Pakistan heimlich mit seinem Atomwaffenprogramm. Ein Bericht der *New York Times* beschreibt Chinas entscheidenden Beitrag beim Zustandekommen der ersten „islamischen Bombe“.* „China, ein treuer Verbündeter Pakistans, besorgte die Blaupausen für die Bombe ebenso wie hoch angereichertes Uran, Tritium, die Wissenschaftler und, unter anderen wichtigen Gerätschaften, die Schlüsselkomponenten für den Aufbau der Atomwaffenproduktion. ‚Ohne Chinas Hilfe würde Pakistans Bombe nicht existieren‘, sagte Gary Milhollin, ein führender Experte auf dem Gebiet der Verbreitung von Atomwaffen.“¹⁶² Pakistans Programm war gleichfalls von der geheimen Erwerbung von Nukleartechnologie aus Holland, Deutschland und sogar den Vereinigten Staaten abhängig.

Laut einem der letzten Gutachten über die Weitergabe von Atomwaffen, das von der Stiftung *Carnegie Endowment for International Peace*** erstellt wurde, „war Chinas Mithilfe bei Pakistans Atomwaffenprogramm in den letzten vorangegangenen 15 Jahren für den Durchbruch

* Der Begriff „islamische Bombe“ wurde zuerst von einem ehemaligen Premierminister Pakistans, Zulfikar Ali Bhutto, geprägt, und das ist es, was jetzt die meisten Menschen in Pakistan stolz ihr Atomwaffenarsenal nennen. Die offiziellen Stellen in Pakistan, die sich des negativen Beigeschmacks dieses Ausdrucks im Westen bewusst sind, sind gegen dessen Verwendung.

** Jüngst kam die Carnegie Endowment for International Peace in die Schlagzeilen der Medien, weil sie einen detaillierten Bericht über die Täuschungsmanöver der Bush-Administration im Hinblick auf die Fähigkeiten des Iraks, Massenvernichtungswaffen herzustellen, veröffentlicht hat.

in den Achtzigern entscheidend. Es wird angenommen, dass China Pakistan mit den Plänen für eine seiner frühen Atombomben versorgt hat, und ebenso mit hoch angereichertem Uran für zwei weitere derartige Waffen“.¹⁶³ Das Gutachten der Carnegie Endowment beschreibt detailliert Chinas Mithilfe bei der Konstruktion eines Plutonium Reaktors in Khusab und einer ungesicherten Plutoniumwiederaufarbeitungsanlage in Chasma, die Pakistan zum ersten Mal mit einer zuverlässigen Quelle für Plutonium zum Gebrauch in Kernwaffen ausrüstet.

Obgleich China ständig behauptete, dass es anderen Ländern nicht dabei helfe, Kernwaffen zu entwickeln, beschuldigte die Regierung Clinton China im August 1995, im Jahr zuvor Pakistan 5000 Ringmagneten verkauft zu haben. Die einzeln angefertigten Ringmagneten, die aus einer fortschrittlichen Samarium-Kobalt-Legierung hergestellt sind, versetzten Pakistan in die Lage, seine Urananreicherungscentrifugen nachzurüsten und zu ersetzen.¹⁶⁴

Da gibt es ebenso die beunruhigende Spur, die auf mögliche Verbindungen zwischen Pakistans Kernwaffenprogramm und Al-Qaida hinweist.* Seymour Hersh, der Enthüllungsjournalist, der für den *New Yorker* schreibt, erfuhr von einem amerikanischen Nicht-Weitergabe-Spezialisten “Gerade jetzt ist Pakistan das gefährlichste Land auf der Welt. Wenn wir nächste Woche in die Luft fliegen, wird es an H.E.U. – hoch angereichertem Uran – liegen, das von Pakistan an al-Qaida weitergegeben wurde“.¹⁶⁵

In den letzten Jahren wurde umfangreiches, allerdings eindeutig belastendes Beweismaterial entdeckt, das sich auf Chinas indirekte und hochgeheime Verwicklung in Nord Koreas Atomwaffen-programm bezog. Im Juni 2002 übergab die CIA Präsident Bush und seinen engsten Beratern eine umfassende Analyse der Ambitionen Nordkoreas im Hinblick auf Atomwaffen. „Die Information in diesem Dokument, die politisch am heikelsten war, bezog sich jedoch auf Pakistan. Seit 1997 hatte die CIA darauf hingewiesen, dass Pakistan seine fortgeschrittenste Technologie, Informationen über den Bau von Atomsprengköpfen und Daten über Atombombentests mit Pjöngjang teilte. Pakistan, einer der wichtigsten Verbündeten Bushs in seinem Krieg gegen den Terrorismus und Hauptabnehmer chinesischer Nukleartechnologie, half Nordkorea die Bombe zu bauen“.¹⁶⁶ Die Bush-Administration ergriff sogar Sanktionen gegen ein wichtiges pakistanisches Kernforschungslabor – die erste derartige Aktion, seit Pakistan ein Verbündeter im Kampf gegen den Terrorismus geworden war.¹⁶⁷ Der Vater von Pakistans Atombombe, A. Q. Khan, hat soviel man weiss, mindestens 13 Mal Nordkorea aufgesucht.¹⁶⁸

Im Gegenzug erhielt Pakistan dafür von Nordkorea atomwaffenfähige ballistische Raketen und Technologie für Trägersysteme. Der nukleare Tauschhandel zwischen den beiden Ländern wurde den Mitgliedern des Kongresses im November 2002 von der CIA in allen Einzelheiten dargestellt.¹⁶⁹ Dennoch wurde irgendwie die grundlegende Tatsache des chinesischen Ursprungs sowohl der pakistanischen Nukleartechnologie als auch der Raketentechnologie Nordkoreas in all den Berichten vollständig übersehen und sogar jeder Medienbericht über dieses Thema blieb unbemerkt.

Es kann also kaum ein Zweifel daran bestehen, dass China den Tauschhandel guthiess, sogar wenn es ihn nicht selbst eingefädelt haben sollte. Als die Geschichte vom „nuklearen

* In den Wochen vor dem 11. September wurde entdeckt, dass ein Veteran von Pakistans Nuklearprogramm, Sultan Bashiruddin Mahmood, der seit 38 Jahren daran mitarbeitet, Osama bin Laden mindestens zweimal in Afghanistan aufgesucht hatte, wo die beiden über Atomwaffen geredet haben sollen. („In Pakistan, U.S. Embraces Friend of a Foe“, *The New York Times*, 25. Mai 2002). Nach der Ankunft der Amerikaner in Afghanistan wurden drei Spitzenatomwissenschaftler mit engen Beziehungen zu al-Qaida und den Taliban, nämlich Mizra Yusuf Baig, Chaudhury Abdul Majid und unser bereits erwähnter Sultan Bashiruddin Mahmud, auf Geheiss des amerikanischen Geheimdienstes zur „Befragung“ festgenommen, danach aber wieder freigelassen („The Cold Test: What the Administration knew about Pakistan and the North Korean nuclear program“, Seymour M. Hersh, *The New Yorker*, 27. Januar 2003.).

Tauschhandel“ in den Medien ruchbar wurde, machte sich China nicht einmal die Mühe, auch nur eine der beiden Parteien zu tadeln, die mit den Waffen und Technologien handelten, die China ihnen geliefert hatte. Tatsächlich kam es nicht einmal vorübergehend zu Unterbrechungen in Chinas militärischem Hilfsprogramm für Pakistan, das umfangreich und für Pakistans Überleben unverzichtbar ist. Gegenüber Nordkorea, das, was die militärische Hilfe angeht, ebenso wie die Energie und die Ernährung, fast völlig von China abhängig ist, konnte kein Nachlassen der Hilfeleistungen bemerkt werden. China hat sich in Wirklichkeit ein kluges Versteckspiel ausgedacht – „eben sieht man noch etwas, gleich sieht man nichts mehr“ – wo es Atomwaffen und Trägersysteme von diesen Nationen an seiner Statt bewegen lässt, immer mit der Möglichkeit, alles abzustreiten.

Das Versteckspiel gestattet China, eine bis jetzt noch nicht dagewesene Strategie der „Bedrohung in Stellvertretung“ ins Werk zu setzen, was ihm, in militärischer und geopolitischer Hinsicht, einen wesentlichen Vorteil gegenüber seinen Gegnern einbringt. So hat China dadurch, dass es Pakistans Atomwaffenarsenal und Raketensystem aufgebaut hat, Indien tatsächlich schachmatt gesetzt und Indiens wachsende Herausforderung als Chinas Hauptrivale in Asien ins Leere laufen lassen.¹⁷⁰ Diese Strategie erlaubt China darüber hinaus, für seine Feinde eine ernsthafte nukleare Bedrohung zu sein, während es gleichzeitig gegenüber der Welt so erscheint, als stehe es erhaben über allem Kampfgetümmel. Selbstverständlich ist sich das Opfer häufig der Ursache der Bedrohung bewusst. Es fehlen ihm aber die direkten Beweise, so dass es noch nicht einmal entschieden dagegen protestieren kann.

Am 31. August 1998 schoss Nordkorea die atomwaffenfähige Taepo Don-I, eine dreistufige ballistische Mittelstreckenrakete, ab. Als diese vollkommene Kopie von Chinas CSS-2 Rakete bei ihrem ersten Testflug über Japans nördlichste Insel donnerte, wachte Japan in dem Bewusstsein auf, dass sich seine Sicherheitslage völlig geändert hatte, und zwar nicht zu ihrem Besten. Es dauerte nicht lange, bis den Japanern die unangenehme Erkenntnis dämmerte, dass dieser Raketentest eigentlich eine durch Stellvertreter übermittelte Botschaft aus Peking war: dass nämlich China jetzt die Grossmacht in Ostasien war und Japans Position als einsatzbereite Plattform für amerikanische Machtdemonstrationen in der Region nicht mehr ohne Widerspruch hingenommen werden würde. Dass dieser Raketentest von den meisten Japanern als Botschaft von China wahrgenommen wurde, zeigt sich deutlich an den Äusserungen, die daraufhin erfolgten. Ein Oppositionsführer, Ichiro Ozawa, erklärte, „wenn China sich zu sehr aufbläst, wird das japanische Volk hysterisch werden. Wir haben jede Menge Plutonium in unseren Kernkraftwerken. Es ist für uns ohne weiteres möglich 3000 bis 4000 atomare Sprengköpfe zu produzieren.“ Zweifel an der amerikanischen Entschlossenheit, Japan zu verteidigen liessen nicht lange auf sich warten. Taro Kono, ein Parlamentsabgeordneter erklärte: „Wir haben ganz einfach unsere Zweifel daran, dass die Vereinigten Staaten Los Angeles für Tokyo opfern würden“.¹⁷¹

Nordkoreas aggressive Bekanntmachung des Erfolges seines Atomwaffenprogramms und seine Fähigkeit, bald über ein kleines Arsenal von Atomwaffen zu verfügen, zwang die Bush-Administration in ihrer Chinapolitik zu einem sehr ungelungenen Wendemanöver. Alle bisherigen Erklärungen der Bush-Administration, dass China eine nukleare Bedrohung darstelle oder dass es der bedeutendste Lieferant von Gütern und Technologie, die mit Massenvernichtungswaffen zusammenhängen, an andere Länder sei, sind nicht auf einmal verschwunden. Zudem wurde weder in der Regierung, noch im Kongress und noch nicht einmal mehr in den Medien eine Andeutung darüber gemacht, dass zuallererst China für die nukleare Bedrohung durch Nordkorea verantwortlich sei.

Darüber hinaus wurde China die Gelegenheit gegeben, sich moralisch zu erheben und sich als der ehrliche Makler anzuempfehlen, der zwischen den Vereinigten Staaten und Nordkorea vermittelt.* Nach einer zunächst ergebnislosen Konferenzrunde verlangte China lautstark nach einer weiteren Runde zwischen den USA und Nordkorea und teilte sich selbst bei dem Verfahren die Rolle eines durchsetzungsfähigen Vermittlers zu.¹⁷² Amerika, das im Irak in Schwierigkeiten war und sich mit seinen traditionellen Verbündeten nicht vertragen, war nicht in der Lage abzulehnen. Es war die erste Sorge der Regierung Bush, China nicht zu verärgern.¹⁷³ Selbst als im August 2003 ein ungewöhnlicher Zusammenschluss von amerikanischen Industriellen, Gewerkschaftsführern und sowohl republikanischen als auch demokratischen Kongressmitgliedern den Präsidenten bestürmten, etwas gegen Chinas unfaire Exportpraktiken zu unternehmen, welche die USA eine ungeheure Anzahl von Arbeitsplätzen und viele Unternehmen die Existenz kosten würden. Tatsächlich wurde Chinas Engagement von allen mit einer Erleichterung wahrgenommen. Ungeachtet der mangelnden Beweise tendieren Medienberichte über das Problem heutzutage dahin, Chinas Verzweiflung über Nordkorea hervorzuheben und den Erfolg bei seinen Bemühungen, seinen Juniorpartner an den Verhandlungstisch zu zwingen. Es wurde nicht die geringste Vermutung geäußert, dass dies alles, oder doch zumindest teilweise, gut inszeniertes diplomatisches Theater gewesen sein könnte.

Der letzte Dreitagesgipfel, an dem auch Russland, Japan und Südkorea teilnahmen, fand am 27. August 2003 in Peking statt. Das Treffen wurde beendet, ohne in irgendeiner der offenen Fragen auch nur das geringste Ergebnis erreicht zu haben, ausser dass man sich auf eine nächste Gesprächsrunde einigte. Am zweiten Tag erschreckte der Leiter der nordkoreanischen Delegation, Kim Yong Il, die anderen Konferenzteilnehmer mit der Erklärung, sein Land „habe Atomwaffen entwickelt und sei bereit zu beweisen, dass es sie erfolgreich abschiesse und zur Explosion bringen könne“.¹⁷⁴ Für die Amerikaner war es der nächste Schock, als Wang Yi, der offizielle Vertreter Chinas, als Gastgeber für diese Sechsparteiengespräche erklärte, „die Vereinigten Staaten stellten das „Hauptproblem“ bei der Erreichung einer Lösung für die Krise dar. Damit wiederholte er die sarkastische Einschätzung Nordkoreas, warum die Gespräche ohne Ergebnis zu Ende gegangen waren.“¹⁷⁵

Vor kurzem veröffentlichte die *New York Times* zwei Artikel jeweils auf ihrer ersten Seite, die detailliert beschrieben, wie Pakistan mit „fortgeschrittener Nukleartechnologie“ in Libyen, Nordkorea und sogar dem Iran hausieren ging.¹⁷⁶ Der Bericht folgte auf die Entscheidung des libyschen Staatschefs Muammar Gaddafi, auf Massenvernichtungswaffen zu verzichten und seine Waffenschmieden den internationalen Inspektoren zu öffnen.

Am 17. Februar 2004 brachte dann die *Washington Post* die Nachricht heraus, dass Libyens Atomwaffenplanung aus China stammte. Die Entdeckung wurde von den internationalen Inspektoren gemacht, als sie einen Packen von Dokumenten untersuchten, der letztes Jahr im November von libyschen Behörden an offizielle Vertreter der Vereinigten Staaten übergeben worden war. „Die Bombenentwürfe und andere von Libyen ausgehändigte Papiere haben den schlagenden Beweis für den lange gegen China gehegten Verdacht erbracht, dass es Know-

* Natürlich war China mit der Regierung Clinton ebenso verfahren. Nach dem politischen Korrespondenten der *Los Angeles Times*, James Mann, „Haben die Chinesen sich des Streites um die Atomwaffen Koreas vielleicht auch bedient, um den Vereinigten Staaten klarzumachen, wie wichtig sie sind. Das Timing ihrer Bemühungen in Pjöngjang war beachtenswert. Anfang Juni 1994, gerade zwei Wochen, nachdem Clinton verkündet hatte, dass er die Meistbegünstigungsklausel für China erweitern würde, erzählten die Chinesen Nordkorea zum ersten Mal, dass sie einer Resolution der Vereinten Nationen zustimmen würden, die Sanktionen gegen Pjöngjang vorsah. Innerhalb weniger Tage stimmte Präsident Kim Il Sung zu, sein Atomwaffenprogramm einzufrieren.“ (*About Face: A History of America's Curious Relationship with China, From Nixon to Clinton*, James Mann, Knopf, 1999).

how aus der Kernforschung an Pakistan weitergegeben habe“. Der Artikel in der *Washington Post* erwähnte gleichfalls, dass „das Dokumentenpaket, zu dem auch Texte auf Chinesisch gehörten, detaillierte Anweisungen enthielt, wie man Schritt für Schritt eine Atombombe des Implosionstyps zusammensetzt, die als Sprengkopf einer grossen ballistischen Rakete verwendet werden kann. Es waren, laut offiziellen Stellen und Experten, ebenfalls technische Anweisungen für die Herstellung von Trägersystemen enthalten“.¹⁷⁷

Chinas Aktionen „waren unverantwortlich und kurzsichtig und werfen die Frage auf, was China zu Pakistans Atomprogramm sonst noch beigetragen hat“¹⁷⁸, erklärte David Albright, ein Kernphysiker und ehemaliger U.N. Waffeninspekteur im Irak. Albright erwähnte die Tatsache nicht, dass die Pläne für das fehlgeschlagene Atomwaffenprogramm des Irak ebenso chinesischen Ursprungs waren.¹⁷⁹

Am 15. Juni 2004 berichtete die Nachrichtenagentur *Reuters*, dass Ermittler der vom Kongress eingesetzten *US-China Economic and Security Review Commission* China beschuldigt hatten, Nukleartechnologie im Austausch gegen Öl nach Iran geschickt und Nordkorea erlaubt zu haben, den chinesischen Luftraum, seine Bahn und seine Seehäfen zu nutzen, um Raketen und andere Waffen zu verschiffen. Der Untersuchungsausschuss schloss: „Chinas Mithilfe bei Programmen zur Herstellung von Massenvernichtungswaffen in Ländern, die Anlass zur Besorgnis geben, hält an; dies ungeachtet seiner wiederholten Versprechungen, derartige Aktivitäten zu beenden und wiederholt von den Vereinigten Staaten auferlegter Sanktionen. Diese Tatsache „stellt den Fortbestand¹⁸⁰“ von Washingtons Partnerschaft mit Peking in Frage, erklärte der Ausschuss.

Sun Tzu sagte, dass alle Strategie auf Täuschung beruhe. Wenn man nun das Ganze vorurteilsfrei betrachtet, kann man nur die Geschicklichkeit und die Geduld bewundern, mit denen China alle seine Gegenspieler ständig ausmanövriert hat. Wenn wir aber zu der Gleichung den kaltblütigen Zynismus hinzufügen, mit dem China Atomwaffen und Trägersysteme despotischen und gefährlichen Regimes zur Verfügung stellte, und so in Südasiens und Nordostasiens die Möglichkeit zu einem nahe bevorstehenden atomaren Konflikt heraufbeschwor, und darüber hinaus die Weitergabe von Atomwaffen in die Hände von islamischen Terroristen* ermöglichte, dann muss die Bewunderung Entsetzen und Missbilligung weichen.

China respektiert keine der üblichen Regeln

Selbstverständlich praktizieren die Industrieländer, die Freihandel und Globalisierung fordern, oft nicht, was sie predigen. Aber selbst angesichts unfairer amerikanischer und europäischer Handelsgewohnheiten (Subventionen an die Bauern usw.) wächst das Bewusstsein, dass Chinas Missachtung der im Geschäftsleben üblichen Regeln schon eine Klasse für sich ist.

Protektionismus ist in China ein gigantisches und unvorstellbar kompliziertes System. Es ist gekennzeichnet durch die Standard-subventionen für die Exportindustrie und durch eine Unmenge von Praktiken. Es dient dazu, die Konkurrenzprodukte aus dem Ausland zu

* In seinem jüngsten Buch, *Qui A Tué Daniel Pearl? (Who killed Daniel Pearl?)*, Melville House, 2003) behauptet Frankreichs einflussreicher Philosoph, Bernard Henri Levy, der persönlich eine Untersuchung über den islamischen Terrorismus in Pakistan, Grossbritannien, Bosnien und Indien durchgeführt hat, dass „Al-Qaida weitgehend vom pakistanischen Geheimdienst kontrolliert wird“ und dass „die pakistanische Atombombe von radikalen Islamisten gebaut wurde und kontrolliert wird, die sie irgendwann einsetzen wollen“.

unterbieten, und westliche Geschäftsleute und Politiker zu verwirren, die beabsichtigen, die Schranken zu überwinden. Eine andere Methode ist die Importverdrängung. Die chinesische Regierung manipuliert den Markt derart, dass importierte Waren selbst dann im eigenen Land hergestellt werden, wenn sie mehr kosten. Ein U.S.-Regierungsbericht katalogisierte das verwirrende Aufgebot von Tricks, die China alle anwendet, um Importe aus den Vereinigten Staaten und anderen Ländern zu blockieren: prohibitiv hohe Zollgebühren, Importlizenzen, Importquoten, Importbeschränkungen und einen Wust von Bescheinigungen. In einigen Fällen hoben die chinesischen Handelsbürokraten nach Druck vom amerikanischen Kongress oder einer Bundesagentur die Importbarrieren mit grossem Trara auf, um heimlich, still und leise gegen dieselben Importgüter neue Schranken aufzurichten.¹⁸¹

Mit Chinas Beitritt zur WTO wurde angenommen, dass es seine Geschäftspraktiken transparenter und verantwortlicher gestalten würde, aber es gibt wenige Hinweise darauf, dass eine grundlegende Veränderung stattgefunden hat. Man liest, dass in China neue Gesetze erlassen wurden, um Handel und Finanzwirtschaft Erleichterungen zu verschaffen, sogar um den Schutz des geistigen Eigentums zu gewährleisten, doch solange das Rechtssystem nur ein blosses Werkzeug in den Händen von Regierung und Kommunistischer Partei ist, ändert sich nichts wirklich.

Darüber hinaus hatten die amerikanische Handelspolitik und die Politik solcher Bundesinstitutionen wie der Export-Import Bank die perverse Wirkung, die amerikanischen Arbeitsplätze nach Übersee zu verlagern. Ein bedeutender chinesischer Stahlproduzent erhielt im Dezember 2000 ein Darlehen von 18 Millionen Dollar, um in Amerika hergestellte Ausrüstung zu kaufen, nur um ein Jahr später dabei ertappt zu werden, wie er Stahl zu Dumpingpreisen auf den amerikanischen Markt brachte. In dem einem Jahr hatte die Stahlindustrie in den Vereinigten Staaten 30 000 Arbeiter entlassen und mehr als 20 Unternehmen hatten Konkurs angemeldet.¹⁸²

Dieselbe Export-Import Bank verweigerte kürzlich Aaron Feuerstein, dem 77-jährigen Vorsitzenden von *Malden Mills*, dem Hersteller von Polartec Fleece ein Darlehen, um sein Unternehmen zu retten.¹⁸³ Zeitungsleser erinnern sich vielleicht noch an die bewegenden Nachrichten und Bildbeiträge im Winter 1995/96, wie Feuerstein nach einem verheerenden Brand in seiner Firma in Lawrence, Massachusetts nicht das Geld der Versicherung nahm und dann mit seiner Fabrik nach China übersiedelte. Was noch bemerkenswerter ist, er bezahlte seine nach Tausenden zählenden untätigen Arbeiter – deren Familien von seiner Fabrik abhingen - während der ganzen Monate (25 Millionen Dollar insgesamt), die es brauchte, um die Fabrik in Lawrence wieder aufzubauen. Aaron Feuerstein erhielt internationales Lob, zahlreiche Auszeichnungen jeder Art und wurde von Präsident Clinton ins Weisse Haus eingeladen. Sein Unternehmen muss jetzt Konkurs anmelden.

Nationalökonomien, die behaupten, dass, obwohl solche traditionellen Industriezweige wie Stahl oder Textilien nach China verloren gehen mögen, Amerika doch einen überwältigenden Vorsprung in solchen Branchen wie der Unterhaltungsindustrie und Hightech habe, sollten ihren Kenntnisstand überprüfen. Ein Bericht in der *New York Times* im August 2003, stellte fest, dass die *Motion Picture Association of America* schätzte, dass mehr als 90 Prozent der in China verkauften DVDs Raubkopien waren, und dass den Filmproduzenten ein Verlust in Höhe von 640 Millionen Dollar durch die vorhergehenden Verkäufe von Raubkopien in der asiatisch-pazifischen Region entstünde, wobei China einsam die Spitze hielt.¹⁸⁴ Nach jüngsten Berechnungen der *International Federation of the Phonograph Industry* waren mehr als 90 Prozent der in China im letzten Jahr verkauften Musik-CDs Raubkopien, die der Branche einen entgangenen Gewinn von 530 Millionen Dollar eintrugen. Sogar viele der auf

den Strassen von New York oder Los Angeles verkauften Raubkopien wurden in China produziert.

Neben der Raubkopiererei von DVDs und CDs werden nahezu alle westlichen und japanischen Produkte und Designs nachgemacht. Das CBS Fernsehprogramm *60 Minutes II* machte diesen Gegenstand im Januar 2004 zum Thema und es folgt, was sie dazu zu sagen hatten: „Nennen Sie einen amerikanischen Markenartikel. Jede Marke und jede Art von Produkt. Kleidung, Computerchips, Autoteile. Nennen Sie ihn uns und wir werden Ihnen etwas darüber erzählen. Er wird wahrscheinlich gerade in China nachgemacht, eben im Augenblick, wo wir darüber sprechen. Jahrelang war China die Werkstatt der Welt. Und ebenso haben amerikanische und andere westliche Firmen jahrelang mit China Geschäfte gemacht, um von der ungeheuren Menge billiger Arbeitskräfte zu profitieren. Die Frage ist nur die – wissen die Chinesen einmal, wie man ein amerikanisches Produkt herstellt, was hält sie davon ab, es zu kopieren? Die Antwort? Gar nichts. Und was hält sie davon ab, alle diese Fälschungen zurück in die Vereinigten Staaten zu verschiffen? Nicht sehr viel, wie Korrespondent Bob Simon berichtet“.¹⁸⁵

„Wir sind in der Geschichte der Welt bisher noch niemals einem Problem von dieser Grössenordnung und Bedeutung begegnet. Es wird in China jetzt mehr gefälscht als wir jemals irgendwo erlebt haben“, erklärt Dan Chow, ein Juraprofessor an der Ohio State University, der sich auf chinesische Nachahmerprodukte spezialisiert hat“.¹⁸⁶

Laut einem Wirtschaftsartikel in der *New York Times* vom Januar 2004 legt China bei der Technologie schnell zu und macht dem westlichen Handel bedeutend zu schaffen. So hat zum Beispiel die chinesische Regierung im Dezember 2003 angekündigt, dass ausländische Computer- und Chiphersteller, die in China drahtlose Geräte verkaufen wollen, chinesische Software zur Verschlüsselung zu benutzen und ihre Produkte mit den auf einer Liste verzeichneten chinesischen Unternehmen gemeinsam herzustellen hätten. Internationale Gesellschaften machen sich nicht nur wegen der Schaffung von unterschiedlichen technischen Standards Sorgen, sondern auch wegen des Schutzes des geistigen Eigentums, wenn sie gezwungen sind, mit chinesischen Firmen zusammenzuarbeiten, die später zu ihren Konkurrenten werden.

Was die nächste DVD-Generation betrifft, die vier- oder fünfmal die Datenmenge der jetzt üblichen DVDs aufnehmen kann, ist die chinesische Standardqualität, die EVD genannt wird, „eher ein Schlupfloch, um den Patentgemeinschaften der etablierten Unternehmen zu entkommen, als ein technologischer Durchbruch“, meint Richard Doherty, der Vorsitzende der *Envisioneering Group*, einem Technologieberatungsunternehmen.¹⁸⁷ Im Wesentlichen scheint es sich hierbei um den Versuch zu handeln, die Zahlung von saftigen Lizenzgebühren an die Patentinhaber in Japan, den Vereinigten Staaten und Europa zu umgehen. Da aber inzwischen ungefähr die Hälfte aller DVD Player auf der Welt in China hergestellt wird, besteht durchaus die Möglichkeit, dass China die internationale Anerkennung seiner EVD-Norm erzwingt.

Um die wirkliche Bedeutung dieser Entwicklung richtig einschätzen zu können, sollten wir uns zurückversetzen in die siebziger und achtziger Jahre, als Geschäftsleute, Lobbyisten und Politiker ihre Vision von China als dem grössten Markt der Welt, den es für die westlichen Verbrauchsgüter zu erobern gilt, feilboten. „Wenn wir auch nur einen Fernseher (oder eine Armbanduhr, oder sogar auch nur eine Stange Seife) an jeden Chinesen verkaufen, ...“ das war der ewige und jetzt nur allzu vertraute Refrain dieser Anfangsphase des Chinahandels. 1984 sinnierte das Vorstandsmitglied von IBM, Ralph A. Pfeiffer Jr. vor der amerikanischen Presse: „Wenn wir für jeweils 100 Leute in China einen PC verkaufen könnten oder für jede

1000 oder sogar auch nur jeweils 10 000 Leuten einen ...“.¹⁸⁸ Er liess den Satz unvollendet. Jetzt verkauft China der Welt nicht nur fast jedes erdenkliche Konsumgut (einschliesslich PCs und aller ihrer Komponenten), erwarb die meisten der Fabriken, die diese Güter zunächst herstellten, „entführte“ jede Art von Technologie (einschliesslich sensibler Militärtechnik), sondern hat sogar begonnen, auf das geistige Eigentum und die schöpferischen Ressourcen der entwickelten Welt zuzugreifen, die hinter den Technologien stehen.

Das wahrscheinlich beste Buch, das die mit dem Chinageschäft verbundenen Gefahren deutlich macht, wurde vor ein paar Jahren von einem der renommiertesten Experten auf diesem Gebiet veröffentlicht. Joe Studwell schrieb für *The Economist* ebenso wie für einige andere Wirtschaftszeitschriften und hat ausländische Investitionen in China für *The Economist Intelligence Unit* abgesichert. Er ist obendrein der Chefredakteur von *China Economic Quarterly*. Er lebte von 1990 bis 2000 in China. Sein Buch, *The China Dream*, beschreibt detailliert die unglaubliche Euphorie über Chinas Wirtschaftsmarkt.¹⁸⁹ Seine immense Bevölkerung, seine qualifizierten billigen Arbeitskräfte, und seine für ein Entwicklungsland relativ grosse politische Stabilität wirken als mächtiger Köder auf multinationale Unternehmen, die Geschäfte machen und einem Viertel der Weltbevölkerung etwas verkaufen wollen. Bei den harten Verhandlungen mit offiziellen chinesischen Stellen tendieren diese Unternehmen dahin, ihr letztes Hemd wegzugeben, um Zugang zu dem ungeheuer grossen Markt zu bekommen. Aber was kriegen sie dafür zurück?

Studwell leistet dem sachkundigen Publikum einen grossen Dienst, indem er eindeutig beweist, dass nahezu alle Unternehmen, die nach China gegangen sind, fast nichts für ihren Technologietransfer, die speziellen Gebühren und den gewaltigen Aufwand an Zeit und Mühe, den sie für diesen Markt aufbrachten, erhalten haben. Fast übereinstimmend haben sie dem erwarteten Verkauf und Profit im Reich der Mitte die Vorfahrt eingeräumt und sind auf ungeheure Barrieren wie zuvor unbemerkte Vorschriften und Gebühren, korrupte Beamte, nicht verbindlich geltende Gesetze, die lokale Ausgliederung und Verselbständigung ihrer Produkte usw. gestossen, die sie dazu hätten bewegen sollen, ihre Sachen zu packen. Dennoch haben sie fast alle unbeeindruckt weitergemacht. Wie Studwell erklärt, ist der Grund dafür ein altes Phänomen bei westlichen Geschäftsleuten, das bis auf das achtzehnte Jahrhundert zurückgeht und das er „The China Dream“ nennt. Ungeachtet ständiger Rückschläge werden diese dickköpfigen Geschäftsleute zu sehr von der Möglichkeit angezogen, dass sie etwas zu verkaufen haben, selbst wenn es nur ein kleiner Teil der Chinesen kaufen möchte. Die riesigen Zahlen dieses Potenzials sind für Geschäftsleute eine zu grosse Verlockung, als dass sie ihre Position in China aufgeben könnten.

Studwells Buch hat, obwohl es bereits 2002 veröffentlicht wurde, es geschafft, bis zum augenblicklichen Zeitpunkt eine beachtliche Relevanz zu behalten. In *The Economist* der Woche vom 20. - 26. März 2004 erschien ein ausführlicher zwanzigseitiger Überblick über „Business In China“, der faktisch alle die gleichen ins Auge springenden Argumente aus *The China Dream* (einschliesslich der Geschichtsstunde Studwells, was den Ursprung des „Traums“ betrifft) wiederholt, und nur bestimmte Statistiken und Informationen auf den aktuellen Stand bringt.

Doch Studwells Buch ist mehr als der Bericht eines ausländischen Geschäftsmannes über seine Erfahrungen in China. Es zeigt ebenso auf, wie der chinesische Markt für das chinesische Volk selbst zur Falle wird, denn die Menschen arbeiten hart und sparen. In Wirklichkeit konfisziert die Regierung ihr Geld und vernichtet es dann, indem sie es bei staatseigenen Banken deponiert, die insolvent sind, weil sie Kredite an staateigene Betriebe geben, die unproduktiv sind. Das ist hier nicht der Ort, um in die ermüdende Diskussion über

Chinas Bankprobleme einzusteigen, aber diejenigen, die gerne mehr über darüber erfahren möchten, finden in der folgenden Anmerkung eine Liste von relevanten Artikeln zu dem Thema aufgeführt.¹⁹⁰

Einer der Artikel in der oben genannten Reihe ist eine Rezension eines ernsthaften wirtschaftswissenschaftlichen Werkes, *Zhongguo de xiangjing* (Chinas Fallgrube) von He Qingliang. Dabei handelt es sich, wie Jonathan Mirsky meint, um die erste systematische Studie über die sozialen Folgen von Chinas „Wirtschaftsboom“, der nach He Qingliang von Anfang an auf „einen Prozess hinauslief, in dem die Machthaber und ihr Gefolge den öffentlichen Reichtum plünderten“. Das in Hongkong und Peking veröffentlichte Buch wurde ein ungeheurer Bestseller (in fünf verschiedenen Raubdruckausgaben vorliegend) und führte daraufhin zu ihrer Verfolgung durch die offiziellen Stellen. Es gelang ihr, 2002 in die Vereinigten Staaten zu fliehen. He Qingliang erzählt uns, dass nach den offiziellen chinesischen Zahlen 20 % der von Chinas Banken vergebenen Kredite „notleidend“ sind. Das heisst, sie werden niemals zurückgezahlt werden, aber die eigentlichen Zahlen liegen zwischen 40 und 60 Prozent. Internationale Banken halten bei nicht eintreibbaren Forderungen eine Quote von unter drei Prozent ein. Sogar noch fünf Jahre nach der Veröffentlichung von Hes Buch scheint die chinesische Regierung keine geeigneten Reformen durchgeführt zu haben. Ein Bericht in der *New York Times* vom 6. November 2003 erwähnt, dass internationale Auskunfteien zur Einschätzung der Kreditwürdigkeit befürchten, dass Chinas Banken wegen notleidender Kredite grössere Sicherheitsleistungen benötigen.¹⁹¹

Die Überschrift eines neueren Artikels in der *New York Times* (Dezember 2003) fragt, „Ist die chinesische Wirtschaft eine Blase im Entstehen?“ Der Bericht geht damit weiter, dass er beschreibt, wie ein „dysfunktionales Bankensystem“ und eine kurzsichtige „nutze die guten Zeiten“-Politik ein überheiztes wirtschaftliches Klima schaffen, wo „so viele Stahlfabriken gebaut werden, dass alle Eisenerzminen der Welt zusammengenommen nicht in der Lage sind, sie zu beliefern“.¹⁹² Ein mehr in die Einzelheiten gehender Artikel, „Ist China die nächste Blase?“, der vor ihrem Zerplatzen im Stil des „südostasiatischen Wunders“ warnt, erschien im Januar 2004.¹⁹³ Der Artikel diskutiert auch die politische Instabilität, die auf ein solches Ereignis folgen könnte.

Mit Chinas Wirtschaftspolitik, die eine „starke Neigung“ aufweist, „die guten Zeiten jetzt zu nutzen und sich später um eine daraus folgende Pleite zu kümmern“, lässt sich sicher schnelles Geld verdienen, obgleich solche Aussichten für den Aussenstehenden weitgehend auf den Exportsektor beschränkt zu sein scheinen. Westlichen Geschäftsleuten kann diese Gelegenheit Nutzen bringen, wenn er oder sie seinen oder ihren Fabrikationsbetrieb nach China verlagert, und an der kaltherzigen, aber profitablen Ausnutzung der hilflosen chinesischen Wanderarbeiter teilnimmt und aktiv zur Arbeitslosigkeit und den emporschnellenden Handelsdefizitzahlen in seinem oder ihrem Heimatland beiträgt.

Zum Thema Defizite: in den letzten fünf Jahren sind die Handelsdefizite der Vereinigten Staaten jährlich dramatisch angestiegen, besonders in seiner Beziehung zu China. Nach dem *Economic Policy Institute* „wuchs Chinas Überschuss im Handel mit den Vereinigten Staaten 2003 um 20 Prozent auf 124 Milliarden Dollar. Das Handelsdefizit der Vereinigten Staaten gegenüber China ist jetzt das grösste, das sie im Handel mit irgendeinem Land der Erde haben. Importe von China erreichen 5,7 mal den Wert der U.S.-Exporte nach China, und stellen somit die unausgeglichenste Handelsbilanz dar“.¹⁹⁴

Im Fall von Japan stieg die amerikanische Zahlungsbilanz langsam während dreier Jahrzehnte, bis sie Mitte der neunziger Jahre zu fallen begann. Mit China scheint es sie fast

über Nacht erwischt zu haben. Im Gegensatz dazu kam Japan während der gesamten Nachkriegsgeschichte seines Wettbewerbs mit den Vereinigten Staaten im Handel niemals auch nur annähernd dahin, diese in eine solch nachteilige Position zu versetzen. Dennoch sollten wir uns der Japanphobie erinnern, die Amerika in den achtziger Jahren heimsuchte, die sich an Michael Crichtons Roman und dem Film „Rising Sun“ anschaulich machen lässt. Trotz der heftigen Konkurrenz im Handel war Japan nur ein kleiner friedlicher Inselstaat, eine Demokratie und ein besonders naher Verbündeter der Vereinigten Staaten – ein nahezu abhängiger Staat, soweit die Verteidigung betroffen war. Auch sollte nicht vergessen werden, dass Japans Exporte das genuine Produkt seiner vorzüglichen Leistungen auf dem Gebiet der Technologie und der Herstellung waren und dass die japanischen Arbeiter nicht nur einen fairen Lohn erhielten, sondern eine beispiellose „Lebenszeitbeschäftigung“.

China ist nicht nur die volkreichste Nation der Erde, sondern eingestandenermaßen im Allgemeinen der Demokratie feindlich gesonnen und im Besonderen den Vereinigten Staaten. Es ist ebenfalls, ganz anders als Japan, eine Atommacht, die jeden Tag ihre militärische Stärke vergrößert und aggressiv eine expansionistische Politik verfolgt. Chinas Exporterfolg ist nicht das Ergebnis angeborener Kreativität und hervorragender Leistungen bei der Herstellung, sondern im Wesentlichen die Folge der herzlosen Ausbeutung verzweifelter, entrechteter, nahezu sklavenähnlicher Arbeitskräfte durch eine zynische Regierung und internationale Gesellschaften mit Seeräubermanieren.

Auf lange Sicht hingegen mögen entgangene Profite und Defizite weniger schwer wiegen als die stetige Unterminierung der gesamten demokratisch-kapitalistischen Strukturen, auf denen Wohlstand und Sicherheit der westlichen Welt beruhen. Nach William Safire geschieht dies durch die erfolgreiche Propagierung des Gedankens, dass kapitalistischer Wohlstand am besten durch politische Repression gefördert werden kann. Safire beschrieb dies in seiner Kolumne in *The New York Times* als das „Singapore Virus“,¹⁹⁵ von dem er überzeugt ist, dass es die Weltwirtschaft mit seiner Beimischung von Faschismus infizieren könnte.

Diese saubere, ordentliche Welt mit einem Einparteiensystem, mit modernen Medien, die mit einem wirksamen Maulkorb versehen, aber unterhaltsam sind, gefügigen Jasager-Richtern, entrechteten Arbeitskräften, anständigen Golfplätzen und fetten Profitraten für Geschäftemacher und die politische Elite, ist im Westen nicht ohne leidenschaftliche Befürworter und Anhänger. Henry Kissinger, James Schlesinger und andere Mitglieder des *Nixon Center für Peace and Prosperity* haben Singapurs ehemaligen Chef, Lee Kuan Yew („Hitler mit Herz“) als „Architekten des nächsten Jahrhunderts“ geehrt. Während der achtziger und neunziger Jahre betrachtete China Singapur eine gewisse Zeit lang als Modell für seine zukünftige wirtschaftliche und soziale Entwicklung. Heutzutage hat der Schüler seinen Lehrer weit hinter sich gelassen und dasselbe, einst Singapur grosszügig gezollte, Lob wird jetzt China gespendet – und das von genau denselben Leuten. Gleichzeitig hat der Club der China/Singapur-Bewunderer expandiert und es gehören auch solche Leute dazu, die nicht so offensichtlich zu der Republikanischen Rechten gehören, wie Fareed Zakaria, Redakteur von *Newsweek International*, wie bereits in der Einleitung erwähnt, und Nicholas Kristof, Kolumnist für *The New York Times* und andere.

Das letzte neue Mitglied im Club ist Robert Mugabe, Zimbabwes Präsident. Seine Ablehnung der Demokratie und des Westens unterstreichend, erklärte Mugabe in einer Rede zur Lage der Nation vor dem Parlament am 2. Dezember 2002, dass China zunehmend „ein alternatives globales Machtzentrum“ würde, das „in eine neue alternative Richtung“ weise, „die tatsächlich das Fundament eines neuen Modells für die ganze Welt sein könne“.¹⁹⁶ Ein jüngst in *Commentary* erschienener Bericht deckt eine wachsende Tendenz in Saudi-Arabien auf,

China als Partner, „Vorbild“ und wichtigen Verbündeten zu sehen, da Chinas boomende Wirtschaft mehr und mehr vom Öl aus dem Nahen Osten abhängig wird und die Beziehungen zwischen Saudi-Arabien und Amerika zunehmend gespannter werden.¹⁹⁷

Mit dem Fall der Berliner Mauer gab es einen kurzen Augenblick in der Weltgeschichte, in dem es so aussah, als hätte nicht nur die westliche kapitalistische Demokratie endgültig triumphiert, sondern als existierten sogar gar keine anderen möglichen Alternativen mehr. Erinnern wir uns der überheblichen Erklärungen über „das Ende der Geschichte“ und Ähnliches, was für diese berausenden Tage charakteristisch war. Dennoch, ohne Francis Fukuyama zu nahe treten zu wollen, hört die Geschichte nicht nur nicht auf, sondern wiederholt sich manches Mal auch noch, leider nur zu oft in unseliger Weise. Wir könnten jetzt den Beginn einer Ära erleben, die den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen recht ähnlich ist, als Intellektuelle, Politiker und Plutokraten weltweit nur die Zwänge und Beschränkungen der Demokratie sahen und dagegen anstankerten und in den Doktrinen von Hitler und Mussolini profitablere und sie mehr inspirierende Alternativen suchten. Eine solche Auffassung könnte vielleicht als unangemessene Panikmache verstanden werden, aber Chinas bewusste und womöglich sogar kalkulierte Verwandlung zu einem faschistischen Staat (wobei der Begriff in technischem, nicht abwertenden Sinn verwendet wird) und Muster für andere, ist nicht vollkommen der Aufmerksamkeit von Experten auf diesem Gebiet entgangen.

Momentan sind viele Amerikaner beider politischer Richtungen, sowohl Liberale als auch Konservative, zu Recht über die Aushöhlung fundamentaler Bürgerrechte in den Vereinigten Staaten im Gefolge des „Kriegs gegen den Terror“ der Bush-Administration besorgt. Obgleich der 11.9. in dieser Hinsicht gewiss von unheilvoller Bedeutung war, könnte er doch zutreffender als ein, wenn auch sehr wichtiger, Moment in einer langen Entwicklung der zynischen Untergrabung der menschlichen Freiheit gesehen werden, die bereits seit einiger Zeit im Gange ist. Ein kleiner und bedeutsamer Meilenstein in diesem Prozess mag dabei Bill Clintons Abkoppelung der Menschenrechte vom Chinahandel gewesen sein, während die oftmals wiederholten, ihnen selbst nützlichen Erklärungen von Wirtschaftsbossen und Politikern, dass die Demokratie nicht Chinas kulturellen Werten angepasst sei, dass die Menschenrechte überbewertet würden, sowie das allgemeine Schweigen der Intellektuellen und der Öffentlichkeit zu diesen Gegenständen, gewiss für die erforderliche Inszenierung der zweckdienlichen Duldung sorgten.

Die Lehre schliesslich, welche die Amerikaner aus dieser Periode ihrer Geschichte ziehen können, ist, dass wenn man es unterlässt, sich für die Freiheit anderer einzusetzen, diejenigen ermutigt, die einem selbst die Freiheit nehmen wollen.

Schlussbemerkungen

So vieles von dem, was wir in diesen Tagen lesen, bewirkt einfach, dass wir uns hilflos und frustriert fühlen. Wenn es diesem Buch gelungen ist, Sie zu verstören oder besser noch, in Ihnen ein heftiges Gefühl der Entrüstung und Empörung auszulösen, dann seien Sie versichert, dass Sie etwas dagegen tun können – jetzt sofort, heute und jeden Tag danach, wenn Sie mögen. Obendrein wird, was Sie tun, ganz direkt, absolut legal und gewaltlos sein, in praktischer Nachfolge Gandhis. Boykottieren Sie persönlich Produkte „Made in China“.

Wie man aus Erfahrung weiss, wird in dem Augenblick, in dem Sie eine solche Aktion ins Auge fassen, eine Unmenge von (ganz plausibel klingenden) Gründen dafür, von derselben abzulassen, damit beginnen, Ihren Entschluss ins Wanken zu bringen. Wie kann mein individueller Boykott irgendeine Auswirkung auf die boomende Wirtschaft im volkreichsten Land der Welt haben? Ist ein Boykott wirtschaftlich sinnvoll? Wird er dem chinesischen Volk helfen oder eher schaden? Lesen sie dann das folgende Kapitel „Fragen und Antworten“, wo die meisten, wenn nicht alle Fragen diskutiert und beantwortet werden.

Wenn Sie danach überzeugt sind, dass ein persönlicher Boykott eine gute Sache ist, können Sie die Homepage von *Boycott Made In China Campaign* unter www.boycottmadeinchina.org aufsuchen, um dort verschiedene Hinweise, Werbematerialien und Ratschläge zur Durchführung eines Boykottes, Links zu den verschiedenen Organisationen usw. zu finden. Sie können sich überlegen, ob Sie nicht bei der Kampagne mitmachen wollen.

Die Kampagne *Boycott Made In China* repräsentiert einen welt-weiten Zusammenschluss von tibetischen Organisationen, Tibet-Unterstützergruppen, Gruppen chinesischer Dissidenten, Menschen-rechtsorganisationen und anderen Aktivistengruppen. Die Kampagne selbst wurde am Samstag, den 7. Dezember 2002 ins Leben gerufen. Das Datum wurde zu Ehren des Tages der Menschenrechte am 10. Dezember gewählt.

Bis jetzt haben sich etwa hundert Organisationen der Kampagne angeschlossen und Personen aus der ganzen Welt haben sich verpflichtet, keine in der Volksrepublik China hergestellten Produkte zu kaufen. An der Kampagne nehmen jetzt aktive Boykottierer aus der Côte d'Ivoire, Argentinien, Japan, Norwegen, der Schweiz, Spanien, Ghana, Australien, der Republik Tschechien, Venezuela, Brasilien, Indien, Neu Seeland, den Philippinen, Grossbritannien, Schottland, Deutschland, Frankreich, Kanada und den Vereinigten Staaten teil.

Trotz der zufrieden stellenden Liste von Ländernamen, ist die Kampagne im Augenblick zugegebenermassen noch im Anfangsstadium. Darüber hinaus erfordert die gewählte gewaltfreie Methode, die auf der Mitarbeit von Individuen beruht, gerade weil sie Basisarbeit leistet, einige Zeit, um zu Ergebnissen zu führen. Jedoch wird dieser Nachteil mehr als ausgeglichen durch die Tatsache, dass sie für ihren Erfolg nicht von dem Wohlwollen oder der Fürsprache von Politikern und Geschäftsleuten abhängt – Menschen, die für Chinas Schmeicheleien sehr empfänglich sind. Das bewahrt die Kampagne auch davor, in die Fänge der allmächtigen (vom Boeing-Büro aus operierenden) China-Lobby in Washington zu geraten, die auf ihre glänzenden Leistungen verweisen kann, fast alle Anstrengungen von Menschenrechts-gruppen, der Gewerkschaften, religiöser Gruppen und der tibetischen Lobby, zunichte gemacht zu haben, die Handelsbeschränkungen mit China forderten.

Der Weg des individuellen Boykotts benötigt für seinen Erfolg keine komplexe Organisation oder den Einsatz von Geld. Im Wesentlichen ist alles, was Sie tun müssen, keine Produkte „Made in China“ zu kaufen. Wenn genügend Menschen es so machen wie Sie und wenn auf diese Weise eines Tages eine kritische Masse der Menschheit mit Bewusstsein gemeinsam handelt, dann wird die kollektive Macht ihrer moralischen Empörung nicht nur unsere eigene politische Führung von ihrer Apathie und ihrem Zynismus befreien, sondern möglicherweise zu einem dramatischen Wandel hin zu mehr Menschlichkeit des kommunistischen/faschistischen Regimes in Peking führen.

Klärung noch bestehender Zweifel: Fragen und Antworten

Nahezu alle hier aufgelisteten Fragen wurden das eine oder andere Mal in Diskussionen mit Tibet-Aktivisten und Tibet-Unterstützern gestellt, deshalb die vielen Bezüge zu Tibet und der tibetischen politischen Aktivitäten.

Frage: Ich habe gelesen, dass China Fortschritte in Richtung Demokratie macht. Könnte ein Boykott chinesischer Waren sich nicht negativ auf diesen Prozess auswirken?

Antwort: Optimistische Berichte über langsame, aber stetige Fortschritte in Richtung auf die Demokratie beruhen hauptsächlich auf einer sich selbst bestätigenden Analyse oder sind schlichtes Wunsdenken. Einer der üblicherweise angebotenen „Beweise“ für Chinas Demokratisierung ist die Entscheidung der Kommunistischen Partei Chinas (CCP) 2002, Geschäftsleute in ihre Reihen aufzunehmen. Was dies nach einem Bericht von Joseph Kahn in der *New York Times* über das 16. Zusammentreten des Nationalen Volkskongresses in Peking zur Folge hatte, war „der Welt letzte bedeutende linke Diktatur in der Welt letzte bedeutende rechte Diktatur zu verwandeln“.¹⁹⁸ Darüber hinaus versäumten viele Berichte klarzumachen, dass fast alle leitenden Persönlichkeiten im Finanz-, Geschäfts- oder Industriesektor in China immer wieder nahe Verwandte, Söhne, Töchter, Neffen, Ehefrauen von hochrangigen Mitgliedern der Kommunistischen Partei sind.

Die *New York Times* druckte einen Leitartikel über das 16. Zusammentreten des Nationalen Volkskongresses von Bao Tong ab, der das höchste Parteimitglied ist, das wegen seiner Kritik am Tiananmen-Massaker inhaftiert war und nun wieder frei ist, aber unter ständiger Überwachung durch die Polizei steht. Bao Tong erklärte, es wäre „irrational“ anzunehmen, dass China sich auf die Demokratie hin entwickeln würde. Er fragt: „Welchen Unterschied macht es, wenn ältere autoritäre Politiker durch jüngere, technisch gebildete oder sogar kapitalistisch gesinnte autoritäre Politiker ersetzt werden? Keinen sehr grossen“.¹⁹⁹

Jasper Becker veröffentlichte vor kurzem einen Artikel mit einer detaillierten Analyse der chinesischen Metamorphose. Und dies ist seine Theorie über den Ursprung dieser Verwandlung: „Seit sie feststellten, dass mit dem Hinscheiden des Kommunismus die CCP (Kommunistische Partei Chinas) ihrer Ideologie und ihrer Existenzberechtigung verlustig ging, sind Jiang (Zemin), Hu (Jintao) und Ihresgleichen dabei, China heimlich, still und leise in einen faschistischen Staat zu verwandeln, der eine auffällige Ähnlichkeit zu seinen Vorgängern in den zwanziger Jahren besitzt ..., diesen in hohem Grade nationalistischen Diktaturen, die sich in den zwanziger und dreissiger Jahren in Deutschland, Spanien, Japan und ganz besonders in Italien entwickelten. Zumindest seit den späten achtziger Jahren hat die

Führungsriege der Kommunistischen Partei Wirtschaftsprogramme ins Leben gerufen, die an die faschistischen Ideen einer „staatlich gelenkten kapitalistischen Wirtschaft“ erinnern“. Zur Ergänzung ihrer Wirtschaftspolitik hat die CCP ein neo-faschistisches politisches Programm mit Massenversammlungen, nationalistischer Indoktrination und Parteikontrolle über das Privatleben entwickelt“. ²⁰⁰

Ob der Wechsel vom Kommunismus zum Faschismus als Verbesserung betrachtet werden kann, hängt natürlich von der jeweiligen politischen Einstellung ab. Es kann jedoch auf keinen Fall als ein Schritt zur Demokratie hin betrachtet werden. China hat noch nicht einmal das Minimum der gestellten Anforderungen erfüllt, um sich als Demokratie zu qualifizieren, noch nicht einmal auf dem ziemlich zweifelhaften Niveau von Robert Mugabes Zimbabwe, das immerhin ein Parlament und eine Oppositionspartei hat, wenngleich ihr sehr zugesetzt wird. Es gibt bei diesen Dingen wie Jasper Becker darlegt, einen entscheidenden Faktor, „China ist jetzt eines der letzten Länder auf der Welt ohne ein funktionierendes Parlament. Der Nationale Volkskongress existiert zwar, aber er hat noch nicht einmal ein eigenes Gebäude, keine eigenen Angestellten oder Büros und er tritt gerade nur für zehn Tage im Jahr zusammen. Während des Restes des Jahres treffen sich nur die Mitglieder des Ständigen Ausschusses, der ausschliesslich aus führenden Parteimitgliedern besteht“. ²⁰¹

Selbst das wenig schmeichelhafte Prädikat der „Quasselbude“ für zahnlose Versammlungen oder machtlose politische Organisationen, kann nicht auf Chinas Nationalen Volkskongress angewandt werden, weil keinerlei Debatten irgendwelcher Art unter den Mitgliedern dieses Gremiums geduldet werden. Ein westlicher Korrespondent berichtete vom Parteikongress, dass die Diskussionen sich wie Rezitationen anhörten und die Hauptrede des Vorsitzenden „vor allem wegen seiner Unbestimmtheit beachtenswert war“. Er erwähnte weiterhin, dass „...die 2114 Leute, die gewählt worden waren, um bei diesem Kongress über die Zukunft der Partei zu entscheiden, nicht über diese Fragen diskutieren (wer nämlich regieren wird). Statt dessen trafen sie sich an diesem Wochenende in kleinen Gruppen, sassen auf den ihnen nach ihrem Rang zugewiesenen Plätzen und lasen Loyalitätsadressen gegenüber den Parteiführern ab“. ²⁰²

Deutliche Anzeichen für Chinas ständigen Rückfall in antidemokratischen Autoritarismus sind seine ganz offensichtlich gut geplanten Kampagnen, um Hongkongs Autonomie und Demokratie, die durch die Gemeinsame Erklärung Grossbritanniens und Chinas von 1984 garantiert werden, nach und nach zu untergraben. Peking zögerte nicht, in dem ehemals britischen Territorium auf die Taktiken der Kulturrevolution zur Denunzierung von Verteidigern der Demokratie als „Clowns“ und „Verrätern“ zurückzugreifen. ²⁰³ Über die Jahre hinweg wurden Journalisten, Moderatoren von Talkshows im Rundfunk und andere Stimmen der Demokratie in Hongkong in einer zunehmend erstickenden politischen Atmosphäre mit Gewalt- und Todesdrohungen schikaniert und eingeschüchtert. Schliesslich rückte Peking mit der Wahrheit heraus und erklärte die allgemeinen Wahlen von Hongkongs Präsident 2007 als verboten und untersagte jede weitere Ausrichtung demokratischer Wahlen für die Legislative 2008. Peking wies die Beschwerden der britischen und amerikanischen Regierungen kategorisch zurück und bekräftigte seine Entscheidung mit der ersten Militärparade seit dem Übergang des Gebietes von Grossbritannien an China 1997. Am 5. Mai dieses Jahres fuhr eine Flotille von acht chinesischen Kriegsschiffen, zwei mit Lenkflugkörpern bestückte Zerstörer, vier mit Lenkflugkörpern ausgestattete Fregatten und zwei Unterseeboote, langsam durch den Victoria Hafen und wählte dabei die Route, wo sie am besten sichtbar war, nämlich die ganze Frontlinie des Hafens entlang. ²⁰⁴

Frage: Würde ein Boykott chinesischer Produkte nicht der amerikanischen Wirtschaft schaden? Denn beide Länder sind wirtschaftlich jetzt so eng miteinander verbunden?

Antwort: Sicher, die amerikanische Wirtschaft ist vom Import chinesischer Waren ebenso abhängig geworden wie vom saudi-arabischen Erdöl. Und natürlich würde die Binnenwirtschaft bestimmt Schaden nehmen, wenn Amerika über Nacht gezwungen wäre, eines von beiden oder beide – absoluter Entzug – aufzugeben. Aber das fordert doch gar niemand. Ebenso wie mit dem saudi-arabischen Öl ist es sinnvoll zu einzusehen, dass eine fast ausschliessliche Abhängigkeit vom Import chinesischer Waren (ganz abgesehen davon, wie billig diese sind) kein gesunder Zustand ist. Amerika sollte in beiden Fällen damit beginnen, sich nach alternativen Quellen für solche Produkte umzusehen. Und es ist darüber hinaus sinnvoll sicherzustellen, dass diese Quellen, soweit wie möglich, sich nicht in Ländern befinden und diese auch nicht finanziell nutzen sollten, die offen oder heimlich dazu beitragen, die Demokratie und die offene Gesellschaft zu unterminieren.

Frage: Es gibt in Indien, Mexiko, Bangladesch und woanders auch Missstände bei den Arbeitsbedingungen und andere Menschenrechts-verletzungen. Warum dann ausgerechnet China?

Antwort: Gewiss gibt es hier in den Vereinigten Staaten auch Menschenrechtsverletzungen. Nur fordern wir die Amerikaner nicht auf, ihre eigenen Produkte zu boykottieren. Schliesslich wird es wahrscheinlich auf eine Frage des Ausmasses hinauslaufen und Chinas Menschenrechtsbericht ist gewiss extrem schlecht. Kein Land auf der Welt könnte wegen einer solch grossen Vielfalt von entsetzlichen und ungewöhnlichen Menschenrechtsverletzungen angeklagt werden, wie sie in diesem Buch aufgeführt sind.

Ein nützlicher Ausgangspunkt für die Entscheidung zu einem speziellen Boykott ist die Frage, ob die betroffene Nation eine Demokratie ist oder nicht. Mexiko, Bangladesch die Philippinen und Indonesien haben alle Menschenrechtsprobleme. Dennoch haben diese Länder den bewussten und schwierigen Entschluss gefasst, eine Demokratie zu werden. Sie stehen zweifellos enormen Problemen gegenüber und erleiden hin und wieder sogar Rückschläge. Solange sie sich auf das Ziel der Demokratie hin bewegen, selbst wenn sie dabei zuweilen stolpern, ist das alles, was wir von ihnen im Augenblick verlangen können. Die Wirtschaft solcher Staaten durch den Handel zu stärken, kann eigentlich die Sache der Demokratie weltweit nur fördern. Dadurch wird wiederum der freie Handel begünstigt, insofern der Rechtsstaat und die Transparenz der Regierung, starke Gewerkschaften und freie Medien wahrscheinlich der einzige Weg sind, durch den für einen jeden wirtschaftliche Chancengleichheit geschaffen werden kann.

Frage: Kann nicht das Insistieren darauf, dass China die westlichen Konzepte der Demokratie und Menschenrechte beachten soll, als Arroganz verstanden werden? Haben die Chinesen denn schliesslich nicht ihr eigenes konfuzianisches Wertesystem, wo der ganze Individualismus nicht so wichtig ist, wie Unterordnung und Gehorsam?

Antwort: Tatsächlich ist von dem Weisen überliefert, dass er gesagt hat: „Lasst die Menschlichkeit euren höchsten Wert sein“. Konfuzius entsprach wahrscheinlich nicht exakt den heutigen Vorstellungen eines Demokraten, aber er war prinzipiell für die Rechtsstaatlichkeit und die Verantwortlichkeit der Regierenden. Obgleich er von der Notwendigkeit der Hierarchie und des Zeremoniells für die Leitung eines Königreiches

überzeugt war, meinte er, dass die Fürsten durch ihre moralische Autorität und nicht durch Gewalt und Unterdrückung herrschen sollten. Und eine noch humanistischere und demokratische Seite des Konfuzianismus zeigt sich in den Lehren von Meng Tzu, der nicht nur das Wohl des Volkes über das des Herrschers stellte, sondern sogar den Tyrannenmord rechtfertigte.

Am Ende des 19. Jahrhunderts wartete der zum Neukonfuzianismus gehörende Gelehrte Kang Yuwei (1858 - 1927), Chinas grosser moderner Reformier mit einer radikalen Neuinterpretation von Konfuzius' Lehren auf, welche die Welt der gebildeten Oberschicht erschütterte. Nach Kangs Auffassung war Konfuzius ein fortschrittlicher „weiser König“, der die Geschichte als eine linear fortschreitende Entwicklung von den Zeiten des Durcheinanders, wo Könige und Kaiser über das Volk herrschten, hin zu einem Zeitalter des universalen Friedens und einer demokratischen Regierungsform sah.

Schon lange bevor der Samen des Kommunismus in China das erste Mal ausgebracht wurde, gab es in China eine breite Demokratie-bewegung. „Demokratie“ und „Wissenschaft“ symbolisierten für die Jugend und die Intelligenz in China um die Jahrhundertwende (vom 19. zum 20.) die beiden unbedingt notwendigen Voraussetzungen für einen modernen chinesischen Staat. Der Gründervater des modernen chinesischen Staates, Dr. Sun Yatsen, war ein überzeugter Demokrat. Seine Witwe, Song Meiling, gründete gemeinsam mit Dr. Cai Yuanpei, dem Kanzler der damaligen Pekinger Reichsuniversität, und dem Schriftsteller Lu Xun bereits 1930 die Chinesische Liga zum Schutz der Menschenrechte.

Es kann gar nicht genug hervorgehoben werden, dass Demokratie und Menschenrechte keine fremden Werte sind, die jetzt der widerstrebenden chinesischen Gesellschaft übergestülpt werden. Sie existierten in der chinesischen politischen Auseinandersetzung seit dem Ende des 19. Jahrhunderts und erscheinen jetzt nur auf Grund der Effizienz der totalitären Propaganda, der es gelingt, das politische Gedächtnis einer ganzen Nation zu trüben, so als hätten sie nie existiert.

Die Idee von einem Ensemble „Asiatische Wertvorstellungen“ (wie die konfuzianischen Werte in einem grösseren Kontext gerne bezeichnet werden), also von Hierarchie, Ordnung und Tradition, im dem Freiheit und Demokratie kaum vorkommen, kann man vorbehaltlos aufgeben, wenn man einen grossen Teil Asiens mit einbezieht, der bei dieser Debatte merkwürdigerweise dauernd übersehen wird und der der Welt grösste und wohl lebhafteste Demokratie ist – Indien.

In seinem Buch, *Freedom As Development*, liefert der Nobelpreisträger für Wirtschaftswissenschaften, Amartya Sen, eine vernichtende Kritik des Konzeptes der „konfuzianischen“ und der „asiatischen Werte“. Er beruft sich auf die Beispiele von Buddha, dem Kaiser Ashoka und dem Mogul Akbar, um zu beweisen, dass solche „westlichen Werte“ wie Toleranz und Freiheit in Asien gelegentlich den Ausschlag geben, längst bevor sie das im Westen taten. Sen schliesst daraus, „Die asiatische Geschichte in das enge Begriffsschema autoritärer Werte zu zwingen, lässt der reichen Vielfalt des Denkens in der asiatischen Tradition keine Gerechtigkeit widerfahren. Fragwürdige Sichtweisen von Geschichte helfen auch nicht zur Rechtfertigung einer fragwürdigen Politik“.²⁰⁵

Frage: Alle Geschäfte werden von Produkten „Made in China“ geradezu überschwemmt. Wie sollen wir da mit einer Boykott-Kampagne beginnen?

Antwort: Gerade die Tatsache, dass so viele chinesische Produkte auf dem Markt sind, gibt uns die Gelegenheit, die Aufmerksamkeit der Menschen darauf zu richten. Der Boykott gegen Waren aus Myanmar befand sich in genau der entgegengesetzten Lage. Es gab so wenige Waren „Made in Myanmar“ in westlichen Geschäften, dass es schwierig war, den Menschen das Problem klarzumachen. Deshalb entrüsteten sich sehr viel weniger darüber. Diese überwältigende Allgegenwart von Produkten „Made in China“ in den Regalen im ganzen Land, macht deutlich, dass China nicht nur Arbeitsplätze in der Produktion aus den entwickelten Ländern abzieht, sondern sogar aus Mexiko, Indien, und Bangladesch, Demokratien in denen die Arbeiter wenigstens gewisse Rechte haben. Sogar im armen korrupten Kambodscha, wo die Vereinten Nationen es geschafft haben, ein gewisses Mass von Demokratie, einschliesslich Gewerkschaften, einzuführen, und wo in den letzten Jahren einige internationale Konzerne Produktionsstätten, besonders auf dem Textil- und Bekleidungssektor errichtet haben, gehen jetzt die Arbeitsplätze nach China verloren. In Phnom Penh geht bei den Bekleidungsherstellern die Angst um, dass sie in dem ungehemmten Wettbewerb gegen China 2005 unterliegen werden. Und obgleich die Produktionskosten in Kambodscha wesentlich niedriger als an den meisten anderen Orten der Welt sind, liegen sie ungefähr 25 Prozent höher als in China. Ein Grund dafür ist, dass die kambodschanischen Arbeiter durch Gewerkschaften vertreten werden.²⁰⁶

Eine heftige Reaktion gegen Chinas räuberische Exportproduktion begann vor einigen Jahren. Südkoreas Wirtschafts- und Finanzminister, Jin Nyum, klagte Ende 2001, dass China „sich selbst in einen einzigen Fabrikationsbetrieb für die ganze Welt verwandele, der alle anderen Fabrikationsanlagen aufsaugen wird, wie ein schwarzes Loch“. Von Japan bis Singapur sorgten sich die Zeitungen, dass die chinesische Exportwirtschaft die lokalen Fabrikationsbetriebe „aushöhlen“ würde. Die Gefahr der Überlegenheit Chinas beim Export wurde deutlich in dem von Jeffrey E. Garten, dem Dekan der *Yale School of Management*, geschriebenen Artikel „When Everything Is Made China“ dargelegt, der in der Ausgabe der *US Business Week* vom 17. Juni 2002 erschien. Der Artikel wurde von den wichtigsten chinesischen Zeitungen und Zeitschriften vehement verdammt.

Seit Anfang 2004 hat Lou Dobbs, der führende Wirtschafts- und Finanzexperte von *CNN* sich nahezu täglich über den Verlust von Arbeitsplätzen und Industrien an China und andere Länder verbreitet. Jetzt mit den für Ende des Jahres anstehenden Präsidentenwahlen ist der Hauptpunkt, der alle Debatten bei den Kampagnen und alle Diskussionen in den Medien beherrscht, das „Outsourcing“ amerikanischer Arbeitsplätze und Industrie.

Frage: Aber die chinesischen Produkte sind doch so billig ...?

Antwort: So wie das Rindfleisch von Tieren, die mit Tierfutter aus den Knochen und Schlachtabfällen von anderen Tieren gefüttert wurden. Die Chance, dass Sie sich mit der Creutzfeldt-Jakob Krankheit (der Abart von BSE, die auf den Menschen übertragbar ist) dadurch anstecken, dass Sie solches Fleisch essen, mag, wie uns die Landwirtschaftsexperten versichern, sehr gering sein, aber die Gefahr, dass Sie Ihren Job wegen der starken Ausbreitung der Produkte „Made in China“ verlieren, ist ohne Frage sehr viel unmittelbarer. Es sollte vielleicht hervorgehoben werden, dass die Analogie mit BSE nicht als Witz gemeint war. Selbst von einem moralischen Gesichtspunkt her hat der Kauf eines Billigproduktes „Made in China“ einen gewissen inakzeptablen dem Kannibalismus ähnlichen Aspekt, denn damit nimmt man das Elend, das Leiden und sogar den Tod chinesischer Dissidenten, Laogai-Insassen und entrechteter Arbeiter in Kauf. Wer wollte darüber hinaus bestreiten, dass solche

Produkte nicht bereits begonnen haben, das ökonomische und politische System der Welt mit einer Spielart des kongenitalen chinesischen Despotismus anzustecken?

Frage: Die chinesische Wirtschaft ist so gewaltig und boomt offensichtlich. Wie können wir erwarten, mit unserem Boykott auch nur das Geringste auszurichten?

Antwort: Trotz der imponierenden Publicity Kampagne von Seiten Chinas und seinen Unterstützern, ist es wirklich kein Geheimnis, dass die chinesische Wirtschaft vor ungeheuren Problemen steht. Vieles davon wird in dem Kapitel „China respektiert keine der üblichen Regeln“ deutlich gemacht. Zusätzlich zu den in diesem Kapitel genannten Quellen sei noch das Buch von Gordon G. Chang *The Coming Collapse of China* erwähnt. Es ist ein bewundernswerter Rechenschaftsbericht über die verrotteten chinesischen Institutionen und die Kräfte, die dort am Werke sind und das Ende der gegenwärtigen Volksrepublik herbeiführen könnten.

Was durch Enron und WorldCom einem jeden in den Vereinigten Staaten schmerzhaft hätte klar werden müssen, ist, dass das Ausmass des Rummels, der bei jeder Investition veranstaltet wird, für gewöhnlich in einem unmittelbarem Verhältnis zu dem Risiko steht, dass bei diesem Unternehmen betrügerische Tricks angewandt werden. Und in der Geschichte des Handels hat es bisher keinen grösseren Rummel gegeben als den, der vom Chinahandel ausgelöst wurde.

Wenn hier von Wirtschaftsblasen und zusammenbrechenden Systemen die Rede ist, so sollte noch hinzugefügt werden, dass am 4. Juni 2004 *BBC* darüber berichtete, wie Proteste und Demonstrationen in China an Umfang zunehmen: „Das Ministerium für öffentliche Sicherheit erklärt, dass es im letzten Jahr zu mehr als 58 000 „Massenzwischenfällen“ – das ist der Begriff, den sie für öffentliche Proteste verwenden – gekommen ist, an denen mehr als drei Millionen Menschen beteiligt waren. Das ist eine Zunahme von ungefähr 15 Prozent gegenüber dem Vorjahr“. Diese Zahlen wurden auch von Polizeiquellen bestätigt und ebenso, dass die Proteste an Grösse und Umfang zunahmen und besser organisiert waren. Der Bericht erwähnt weiterhin, dass die Demonstranten hauptsächlich Bauern und Arbeiter waren. „Ein westlicher Akademiker wies warnend darauf hin, dass wenn die Unruhen weiter zunähmen, Chinas Führung sich einer gefährlicheren Lage gegenüber sähe, als zu irgendeiner anderen Zeit seit den massiven Protesten von 1989“.²⁰⁷

Ein erfahrener Chinakorrespondent, Bruce Gilley, weist in seinem jüngsten Buch in deutlichen Worten darauf hin, dass für Chinas kommunistische Dynastie das Ende äusserst schnell kommen könnte.²⁰⁸ Wie überzeugend Gilleys Berichte und seine Argumentation dafür, dass das Regime wahrscheinlich noch vor 2020 in sich zusammenbrechen wird, auch sein mögen, umso weniger überzeugend ist seine Hoffnung, dass es dann zu einem Übergang zur Demokratie kommen wird. Dies wird nach Gilleys Auffassung nicht durch einen Volksaufstand gegen das Regime geschehen, sondern durch allmähliche Reformen von oben nach unten, da Chinas Elite dann mehr Gemeinsinn entwickelt hätte und weniger nur auf ihr eigenes Interesse bedacht wäre. Solcher Glaube an eine moralische Elite (auch als Reformers, Pragmatiker oder Modernisten bezeichnet) war ein Merkmal der Verteidiger Chinas, doch deuten die neueren Tendenzen in der chinesischen Kultur eher auf eine sich noch weiter verstärkende Korruption und grösseren Zynismus als solch eine moralische Erneuerung hin.

Frage: Ich habe Peking und Shanghai besucht und offen gestanden nichts von den in dem Buch angeführten Missständen bemerken können.

Antwort: Sie hätten ebenso gut Nazi-Deutschland Mitte der dreissiger Jahre besuchen und nichts von den Konzentrationslagern und der Judenverfolgung bemerken können. Trotzdem geschah es. Was Sie gesehen hätten, wäre ein dynamisches Deutschland gewesen, wo die Arbeiter (anders als in China heutzutage) anständige Löhne, staatliche Gesundheitsvorsorge und sogar von der Regierung bezuschusste Ferien erhielten. Selbstverständlich wurden Arbeiterführer verhaftet und hingerichtet, aber genauso wie in China würden Sie es nicht gesehen haben. Ihre Augen wären vom Glanz solch grossartiger öffentlicher Projekte geblendet gewesen, wie dem Bau des ersten Autobahnnetzes auf der Welt und dem Projekt, das Volk zu motorisieren, dem „Volkswagen“, der so klein und preiswert war, dass ein Durchschnittsdeutscher ihn sich leisten konnte.

Ihr Besuch in Deutschland wäre, was die Umwelt angeht, sehr viel angenehmer gewesen als Ihre Reise nach China. Wie es seiner persönlichen Obsession von Sauberkeit entsprach, beschäftigte Hitler das Problem der Umweltverschmutzung so sehr, dass er die Industrie ermutigte, auf eine vollständige Beseitigung gesundheitsschädlicher Gase hinzuwirken. Im Ruhrgebiet wurden bereits in einigen Fabriken Vorrichtungen zur Vermeidung der Luftverschmutzung installiert. Beim Bau neuer Fabrikanlagen wurde gefordert, Anlagen zur Verhütung der Wasserverschmutzung zu konstruieren.²⁰⁹ Und natürlich war die Olympiade in Berlin 1936 ein einziges riesiges Schaufenster für das nationalsozialistische Deutschland, ebenso wie die Olympiade 2008 in Peking es ziemlich sicher für das kommunistisch-faschistische China sein wird.

Der russische Dichter Osip Mandelstam sagte einmal in trauriger Verwunderung, dass die Menschen glaubten, das Leben sei normal, weil die Strassenbahn fuhr. Nicht nur die Strassenbahn fuhr während Stalins „grosser Säuberungen“, sondern Moskaus Untergrundbahn-system wurde gebaut.

Frage: Aber wir tun doch schon alles, was wir können: Demonstrationen, Protest- und Brief-Kampagnen. Sie sagen es, wir machen es. Warum sollte ein Boykott denn effektiver sein?

Antwort: Bisher hatten die meisten Aktionen der Tibeter gegen China eher symbolischen Charakter (Demonstrationen am 10. März und auch sonst, Freiheitskonzerte, Friedensmärsche, sogar der Protest gegen die Olympischen Spiele in Peking) oder es handelte sich um Bittschriften (Unterschriftaktionen, Petitionen, Briefkampagnen). Solche Aktionen waren bestimmt nützlich, indem sie die öffentliche Aufmerksamkeit auf die tibetische Sache lenkten und manchmal sogar China unangenehm waren.

Aber es ist dringend notwendig, dass wir eine Vorgehensweise finden, die China nicht nur greifbaren Schaden, Verlust oder Nachteil bringt, sondern die ebenso unmissverständlich in einer dynamischen Gandhi verwandten Weise gewaltlos ist. Gerade im Augenblick ist China gegenüber wirtschaftlichen Verlusten äusserst empfindlich. Ohne auch nur im Mindesten zynisch sein zu wollen, könnte jemand behaupten, dass es in Peking einen tieferen Eindruck hinterlässt, wenn man es um einige Handelsdollars bringt, als wenn, sagen wir mal zum Beispiel, einige seiner Bürger durch Gewalteinwirkung zu Tode kommen. Die chinesische Führung leistet auf jeden Fall dabei ziemlich gute Arbeit.

Frage: Aber alle Regierungen in Europa, den Vereinigten Staaten, und Asien möchten mit China Geschäfte machen. Was können wir ohne die Unterstützung dieser Regierungen tun?

Antwort: Genau wegen dieses Problems kann eine breit angelegte, die einzelnen Menschen ansprechende Kampagne wie die unsere Erfolg haben. Aung San Suu Kyi sagte: „Manchmal ist es besser, die Völker der Welt auf seiner Seite zu haben, als die Regierungen der Welt“. Wie bereits früher ausgeführt, wird die von uns gewählte gewaltlose aber moralisch überzeugende Methode wegen ihrer auf Basisarbeit beruhenden Art und Weise einige Zeit brauchen, um zu Ergebnissen zu führen. Dieser Nachteil wird jedoch mehr als kompensiert durch die Tatsache, dass es sich dabei um eine Strategie handelt, die für ihren Erfolg nicht von dem Wohlwollen oder der Fürsprache von Politikern, Bankern oder Geschäftsleuten abhängig ist – alles Leuten, die für Chinas wirtschaftliche „Schmeicheleien“ sehr empfänglich sind. Politiker werden versuchen, sich in dem Masse anzuhängen, wie die Kampagne öffentliche Unterstützung und Aufmerksamkeit in den Medien findet. Sie wären keine Politiker, wenn sie es nicht tun würden.

Frage: Wir haben schon versucht, einen Boykott, zum Beispiel den „Toycott“ zu organisieren, doch das klappte nicht. Warum sollte ein Boykott jetzt erfolgreich sein?

Antwort: Der vom Tibet Committee der Vereinigten Staaten organisierte Boykott wie auch der vom Tibet Committee Kanadas organisierte Boykott lief gut. Sie liefen in der Tat wesentlich besser als erwartet. Diese Kampagnen scheiterten nicht, sondern wurden gestoppt, weil die Tibetische Regierung im Exil hoffte, dass Peking sich zu Verhandlungen herbeiliesse, wenn sie gegenüber China eine Politik des „konstruktiven Engagements“ praktiziere. Dies ist, wie nicht anders zu erwarten war, fehlgeschlagen. Die Milarepa Foundation begann auch mit einer Boykott-Kampagne, liess es aber wieder bleiben, als sie beschuldigt wurde, damit den Lebensunterhalt des normalen chinesischen Volkes zu beeinträchtigen und des „China bashing“ (China heruntermachen).

Frage: Beeinträchtigt ein solcher Boykott denn etwa nicht das chinesische Volk? Ist es nicht tatsächlich ein „China bashing“?

Antwort: „China bashing“ oder eher „Chinese bashing“ („Chinesen klatschen“) ist das, was die Führung der Kommunistischen Partei in Peking machte, als sie den Befehl gab, dass die T-69-Panzer Tausende friedliche chinesische Demonstranten überrollen sollten. „China bashing“ das ist das, was das Staatsicherheitspersonal gerade jetzt tut – friedliche Anhänger einer Religion, Aktivisten der Demokratiebewegung, Frauen, die ihre ungeborenen Kinder schützen wollen, zu schlagen und zu foltern. Was unsere Kampagne macht ist „China Aiding“ (China helfen). Sie besteht zunächst und in erster Linie in der Weigerung, zu der Bereicherung der Führer und Kader der Kommunistischen Partei beizutragen, (die unmittelbar oder durch die verschiedensten Vertreter) über 95 Prozent der chinesischen Wirtschaft besitzen, und zu der grausamen und schamlosen Ausbeutung der chinesischen Häftlinge, Arbeiter und Bauern. „China Aiding“ ist dahingegen ein Zeichen aufrichtiger Anteilnahme am Schicksal der unglücklichen chinesischen Insassen von Zwangsarbeitslagern und drückt Solidarität mit den chinesischen Arbeitern und Bauern aus, die gegen eine brutale und unmenschliche Diktatur für ihre Rechte kämpfen.

Frage: Ist es denn nicht eine Tatsache, dass die meisten Produkte „Made in China“ von Mitgliedern der Arbeiterschicht oder Minderheiten wie den Afro- und Hispanoamerikanern gekauft werden, Leuten die am wenigsten an Tibet oder Menschenrechtsfragen interessiert sind?

Antwort: Das ist elitäres Gerede. Natürlich ist es nur vernünftig, die Kampagne Einzelnen oder Gruppen (oder eigentlich jedem anderen auch) nahe zu bringen, indem man einen Bezug zu etwas herstellt, was ihnen vertraut oder wichtig ist. So wird es wahrscheinlich eine gute Idee sein, mit Afroamerikanern über Erzbischof Desmond Tutus oder Nelson Mandelas Ansichten über den Wirtschaftsboykott zu reden. Mit Hispanoamerikanern und Latinos könnte man vielleicht den Einstieg in die Diskussion mit Berichten über die Verfolgung von Katholiken in China und dem bedauernswerten Zustand der chinesischen Bischöfe in den Zwangsarbeitslagern finden. Im ländlichen Amerika könnte man auf die missliche Lage der protestantischen Pastoren und die von der Staatssicherheit verfolgten Hauskirchen hinweisen, wie auch auf die „Zwangsabtreibungen“. Sicher kann im weiteren Verlauf damit argumentiert werden, dass gerade diese Teile der amerikanischen Gesellschaft am meisten unter dem Eindringen der chinesischen Waren zu leiden haben, weil dadurch der Industrie in diesem Land geschadet wird und anständig bezahlte Jobs in der Verarbeitungsindustrie mit jedem Tag weniger werden.

Es gibt eine entzückende Fotografie von Gandhis Besuch in England 1931. In einen wollenen Schal eingehüllt und zugleich glücklich, aber irgendwie schüchtern dreinschauend, wird er in Lancashire von robusten, aber freundlich aussehenden Fabrikarbeiterinnen umringt, die ihm einen stürmischen Empfang bereiten. Das waren Menschen, die durch Gandhis Boykottaufrufe ihre Arbeit in der britischen Textilbranche verloren hatten. Dennoch spendeten sie dem Mahatma Beifall und reckten ihre Fäuste in Solidarität mit ihm in die Höhe. Es zeugt, um das Mindeste zu sagen, von einer empörenden Herablassung, wenn privilegierte Leute behaupten, dass die arbeitende Klasse nicht für die Belange der Menschenrechte und Freiheit ansprechbar wäre, sondern nur für ihre eigenen Interessen.

Frage: Könnten wir den Boykott von Produkten „Made in China“ mit dem Boykott französischer Weine und anderer Produkte verbinden, der von den Vereinigten Staaten ausgeht?

Antwort: Thane Peterson, Kolumnist für *Business Week*, vertritt mit Recht die Meinung, dass „französische und deutsche Waren zu boykottieren dumm ist. Wenn die Amerikaner wirklich im Einkaufszentrum eine politische Erklärung abgeben wollen, so sollten sie versuchen, chinesische Waren zu vermeiden“. Er geht näher auf die Frage ein: „Frankreich und Deutschland als Zielscheibe zu nehmen, ist auch antidemokratisch. Die Entwicklung einer starken Demokratie in Deutschland ist eine grössten Leistungen in der Nachkriegszeit ... Amerikanische Soldaten kämpften und starben nicht im Zweiten Weltkrieg, um in Europa Marionettenregierungen einzurichten. Das Ziel war, Freiheit und Demokratie zu fördern – unabhängig davon, ob man mit ihrer konkreten Politik übereinstimmt oder nicht. Und das ist genau das, was wir jetzt in Frankreich und Deutschland haben“.

„Mit China ist es jedoch etwas ganz anderes. Es wird von einer Clique von alternden nicht gewählten Autokraten regiert. Es sperrt Dissidenten, die für Demokratie eintreten oder sich offen zu einer von der Regierung als untragbar betrachteten Religion, wie Falun Gong, bekennen, ins Gefängnis oder deportiert sie. Es versucht, Tibet zu unterdrücken, ein friedliches buddhistisches Land, und würde liebend gerne die Kontrolle über Taiwan übernehmen, das lange Zeit Verbündeter der Amerikaner war. Es wendet Zwangsarbeit an und zwingt viele seiner eigenen Bürgerinnen zu Abtreibungen. Nach meiner Ansicht stellt China ebenso eine grössere wirtschaftliche Bedrohung für die Vereinigten Staaten dar.“²¹⁰

Wie auch immer, im Licht der jüngsten Berichte über gemeinsame Seemanöver der französischen Marine mit der chinesischen, und überhaupt in Anbetracht des Schmusekurses mit Peking im Allgemeinen, ist es uns vielleicht nicht unbedingt moralisch geboten, grosse Anstrengungen zu unternehmen, um diejenigen, die französische Produkte boykottieren, davon abzubringen.

Frage: Ist es nicht vielleicht zweckmässiger, sich auf bestimmte Ziele zu konzentrieren, wie die Weltbank oder einen Konzern, der Geschäfte mit China macht, als einen breit angelegten Boykott durchzuführen?

Antwort: In jeder Diskussion über Boykottmassnahmen gibt es einen gewissen Widerstand gegen einen Boykott, der nicht auf spezifische Unternehmen ausgerichtet ist. Die Logik ist dabei, dass es realistischer und besser unmittelbar durchzusetzen wäre, ein bestimmtes Unternehmen zu boykottieren, als eine breit angelegte Kampagne zu führen. Aber ist das wirklich so? Ein langjähriger amerikanischer Beobachter der Tibetszene fasste es einmal kurz und bündig zusammen:

„Manche Leute sagen immer noch, dass sie die Kampagne gegen Holiday Inn für gut halten. Aber was war das für eine Art von Sieg? Welchem anderen Ziel diente diese Kampagne, als ein Hotel aus Lhasa zu entfernen? In welchem Masse brachte sie die Chinesen dazu, ihre Unterdrückungspolitik in Tibet zu revidieren? Alles was durch sie erreicht wurde, war, dass die Leute im Ausland sich selbst auf die Schulter klopfen konnten, weil sie gute Arbeit geleistet hatten“.

Beim Militär ist es grundsätzlich so, dass „Spezialaufträge“ nur im Rahmen einer breiter angelegten Kampagne sinnvoll sind. Das heisst nicht, dass Tibet Support Groups nicht einzelne Unternehmen oder Finanzinstitutionen, die Geschäfte mit China machen, aufs Korn nehmen sollten, aber solche speziellen Aktionen haben nur ihren Sinn und werden der Sache nutzen, wenn es eine breitere wirtschaftliche Kampagne gibt, in die sie eingebunden sind. Andernfalls sind solche ziel-spezifischen Projekte von sich aus nur symbolische Gesten.

Einzelne Unternehmen zum Ziel einer Kampagne zur Lösung der Tibet-Frage zu machen, entspricht in etwa dem Versuch, den Ozean mit einem Löffel ausschöpfen zu wollen. Es ist andererseits nicht das Ziel der Boykottkampagne, ein Unternehmen oder einen Konzern nach dem andern zu besiegen. Das Ziel ist eher, eine „Kettenreaktion“ der moralischen Entrüstung über die chinesischen Verbrechen bei den Verbrauchern auf der ganzen Welt auszulösen.

Frage: Nach dem 11.9. und dem Irakkrieg ist niemand an den Menschenrechtsverletzungen Chinas oder der Freiheit der Tibeter interessiert. Wenn Sie mit Ihrer Boykottkampagne eine Verbindung zum Terrorismus herstellen könnten, könnten Sie vielleicht mit einer Reaktion rechnen. Gibt es da so etwas?

Antwort: Es ist hier absolut nicht nötig, sich etwas auszudenken oder zu erfinden. Lesen Sie in diesem Buch das Kapitel „Die Weitergabe von Atomwaffen an Schurkenstaaten und Terroristen“. Es gibt mehr als alle guten Gründe, Produkte „Made in China“ zu boykottieren und sei es nur auf diesem einen Gebiet.

Frage: Aber ich bin schon bei so vielen anderen Kampagnen für die tibetsche Sache beteiligt. Ist es wirklich notwendig, dass ich auch noch an dieser Aktion teilnehme?

Antwort: Jeder, der in irgendeiner Weise dem Kampf der Tibeter verbunden ist, muss unbedingt persönlich chinesische Produkte boykottieren. Denn jedes Mal, wenn wir ein Produkt „Made in China“ kaufen, machen wir Geschäfte mit China. Für einen Aktivist, der in seinem täglichen Leben so etwas macht, während er lautstark die amerikanischen Banken oder die multinationalen Konzerne anklagt, weil sie Geschäfte mit China machen, wäre dies der Gipfel der Heuchelei.

Danksagungen

Wie bereits in der Einleitung erwähnt, stammen die meisten in diesem Buch dargestellten Fakten aus den Berichten und Veröffentlichungen von der Laogai Foundation, Human Rights Watch, Amnesty International, National Labor Committee, Freedom House, China Rights Forum, Human Rights in China, Cardinal Kung Foundation, Carnegie Endowment for World Peace, Tibetan Information Network, Tibetan Centre for Human Rights and Democracy, Independent Tibet Network, Uyghur Information Agency, Geneva Initiative on Psychiatry (jetzt **Global Initiative on Psychiatry**) und anderen Menschenrechts-, Arbeits-, religiösen, nachrichtendienstlichen, Bildungs-, Regierungs-, juristischen und Forschungsorganisationen, ebenso wie aus denen einzelner Experten und Forscher. Die engagierte Forschungsarbeit dieser Organisationen und Einzelpersonen hat nicht nur die Grundlage für dieses Buch gelegt, sondern waren auch häufig der Ausgangspunkt für Zeitungsberichte und Sendungen, die ebenso ausführlich in diesem Buch zitiert wurden. Ihnen allen schulde ich ungeheuer viel Dank.

Gleichfalls danke ich Frau Dr. Lisa S. Keary, die mich zu dem Buch angeregt hat und seine erste Herausgeberin war. Lisa hat unendlich viel Zeit und Energie in die Verwirklichung dieses Projektes investiert und ebenso wesentlich zu der anfänglichen Forschungsarbeit beigetragen. Ich danke ebenfalls Prof. Elliot Sperling und Lucas Myer für seine Mitarbeit an der Herausgabe und seine wertvollen Anregungen, wie auch Dr. Warren Smith für seine Informationen und eingehende Beratung. Ganz besonders sei Phuntsok Jordhen dafür gedankt, dass er sich bei seinem gedrängten Terminkalender Zeit nahm, um dieses Buch zu gestalten und das Layout einzurichten.

Schliesslich möchte ich Champa und Robert Weinrab, der Milarepa Foundation und anderen für ihre finanzielle Unterstützung danken, ebenso Sonam Wangdu, Lhadon Tethong, Alma David, *Students for a Free Tibet* und dem Tibet Committee der Vereinigten Staaten für ihre Hilfe und ihre Unterstützung.

Über den Autor

Jamyang Norbu ist einer der vorzüglichsten Schriftsteller Tibets. Für seinen Roman, *The Mandala of Sherlock Holmes*, erhielt er den in Indien dem Booker Prize vergleichbaren renommierten Crossword Book Award. Das Buch wurde in mehr als ein Dutzend Sprachen übersetzt. Er ist ebenso der Autor von *Warriors of Tibet* und *Performing Traditions of Tibet*. Das letztere Werk reflektiert seine Erfahrungen als Ethnomusikologe und Leiter des Tibetan

Institute of Performing Arts. Norbu ist wohlbekannt für seine polemischen Streitschriften. Die erste Sammlung seiner politischen Essays, *Illusion and Reality*, wurde 1989 veröffentlicht. Ein zweiter Sammelband *Shadow Tibet* soll 2005 folgen.

Norbu hat eine ganze Reihe von Theaterstücken, wie auch das Libretto zu einer traditionellen tibetischen Oper geschrieben. Er arbeitete als Leiter des Tibetan Centre for Advanced Studies (dem Amnye Machen Institut), das zweimal den Poul-Lauritzen-Freiheits-Preis aus Dänemark für sein Engagement zugunsten der Menschenrechte erhielt.

Norbu ist ein ehemaliges Mitglied der tibetischen Widerstandsbewegung an der Grenze zu Nepal. Er lebt zur Zeit mit seiner Frau und zwei Töchtern in Tennessee.

Auswahlbibliographie

- Aird, J.S. (1990). *Slaughter of the Innocents: Coercive Birth Control in China*. Washington, D.C.: AEI Press.
- Amnesty International. (March 2003). "Mobile Vans Use Lethal Injection to Kill Chinese Prisoners." *Death Penalty News*. London: Author.
- _____. (November 2002). *State Control of the Internet in China: Appeal Cases*. AI Index: ASA 17/046/2002.
- _____. (September 2001). "China Dramatically Increases Executions." *Death Penalty News*. London: Author.
- _____. (February 2001). *People's Republic of China: Torture – A Growing Scourge in China – Time for Action*. AI Index: ASA 17/004/2001.
- _____. (February 2001). *China: The Death Penalty in 1999*. AI Index: ASA 17/005/2001.
- Bao Ruo Wang. (1973). *Prisoner of Mao*. New York: Coward, McCann, Geoghegan.
- Becker, Jasper. (December 24, 2002). "China's Exploited Toy Workers Still Toil in Toxic Sweatshops." *The Independent*.
- _____. (2000). *The Chinese*. New York: The Free Press.
- Benson, Linda. (1990). *The Ili Rebellion: The Moslem Challenge to Chinese Authority in Xinjiang 1944-1949*. New York: M.E. Sharpe.
- Bernstein, Richard and Ross H. Munro. (1997). *The Coming Conflict with China*. New York: Knopf.
- Cardinal Kung Foundation. (2000). *Prisoners of Religious Conscience for the Underground Roman Catholic Church in China*. Stamford, CT: Author. 148 149
- Chan, Anita. (2001). *China's Workers Under Assault: The Exploitation of Labor in a Globalizing Economy*. New York: M.E. Sharpe.
- Chang, Gordon. (2001). *The Coming Collapse of China*. New York: Random House.
- Chang, Maria Hsia. (2004). *Falun Gong: The End of Days*. New Haven: Yale University Press.
- Cirincione, Joseph, John B. Wolfsthal and Miriam Rajkumar. (2002). *Deadly Arsenals: Tracking Weapons of Mass Destruction*. Washington, D.C.: Carnegie Endowment for International Peace.
- Central Intelligence Agency. (September 2001). "Report to Congress: The Acquisition of Technology Relating to Weapons of Mass Destruction and Advanced Conventional Munitions, July – December 2000." Washington, D.C.: Author.
- _____. (June 1997). "Report to Congress: The Acquisition of Technology Relating to Weapons of Mass Destruction and Advanced Conventional Munitions." Washington, D.C.: Author.
- de Graffenreid, Kenneth, ed. (1999). *The Cox Report: The Unanimous and Bipartisan Report of the House Select Committee on U.S. National Security and Military Commercial Concerns with the People's Republic of China*. Washington, D.C.: Regency.
- George, Paul. (Spring 1998). "Islamic Unrest in the Xinjiang Uigher Autonomous Region". *Commentary*, No. 73, A Canadian Security Intelligence Service Publication.
- Gilley, Bruce. (2004). *China's Democratic Future: How It Will Happen and Where It Will Lead*. New York, Columbia University Press.
- Harris, Melissa and Sidney Jones (eds). (2000). *Tibet Since 1950: Silence, Prison or Exile*. New York: Aperture/Human Rights Watch.
- Hilton, Isabel. (1999). *The Search for the Panchen Lama*. New York: W.W. Norton & Company.
- Hearing before the Subcommittee on International Operations and Human Rights of the Committee on International Relations. (June 10, 1998). Statement of Gao Xiao Duan, Planned-Birth Officer. "Forced Abortion and Sterilization in China: The View from the Inside." Washington, D.C.: House of Representatives, One Hundred Fifth Congress, Second Session. (SuDoc Y 4.IN 8/16:AB 7)
- Human Rights Watch. (February 2004). *Trials of a Tibetan Monk: The Case of Tenzin Delek*. New York: Author.
- _____. (2002). *Dangerous Meditation, China's Campaign Against Falungong*. New York: Author.
- _____. (August 2001). "China Tightens Internet Control". Human Rights News. New York: Author.
- _____. (1999). *China: State Control of Religion*. New York: Author.
- _____. (June 1994). *Persecution of a Protestant Sect*. New York: Author.
- Independent Tibet Network (1992). *Children of Despair: An Analysis of Coercive Birth Control in Chinese Occupied Tibet*. London: Author.
- International Campaign for Tibet. (2004). *A Season to Purge: Religious Repression in Tibet*, Washington, D.C.: Author.
- International Commission of Jurists. (1960). *Tibet and the Chinese People's Republic: A Report to the International Commission of Jurists by its Legal Inquiry Committee on Tibet*. Geneva: Author.

- _____. *The Question of Tibet and the Rule of Law*. (1959). Geneva: Author.
- International Committee of Lawyers for Tibet. (2001). *A Generation in Peril: The Lives of Tibetan Children Under Chinese Rule*. San Francisco: Author.
- Link, Perry. (April 11, 2002). "The Anaconda in the Chandelier". *The New York Review of Books*.
- Mann, James. (1999). *About Face: A History of America's Curious Relationship with China, From Nixon to Clinton*. New York: Knopf.
- _____. (1997). *Beijing Jeep: A Case Study of Western Business in China*. Boulder, CO: Westview Press.
- Mosher, Steven W. (2000). *China Hegemon: China's Plan to Dominate Asia and the World*. San Francisco: Encounter Books.
- _____. (1993). *A Mother's Ordeal: One Woman's Fight Against China's One-Child Policy*. San Francisco: Harperperennial.
- Moss, Martin and Jeffrey Bowe. (2000). *Orders of the State: Responsibility and Collaboration in China's Population Programme*. London: Independent Tibet Network.
- Munro, Robin. (August 2002). *Dangerous Minds: Political Psychiatry in China Today and its Origins in the Mao Era*. New York and Geneva: Human Rights Watch/Geneva Initiative on Psychiatry.
- National Labor Committee. (2004). *Wal-Mart Dungeon in China, Qin Shi Handbag Factory*. New York: Author.
- _____. and China Labor Watch (February 2004). *Toys of Misery 2004*. New York: Authors.
- Norbu, Jamyang. (2000). *Rangzen Charter: The Case for Tibetan Independence*. New York: Rangzen Alliance.
- Shambaugh, David. (2002). *Modernizing China's Military: Progress, Problems, and Prospects*. Berkeley: University of California Press.
- Studwell, Joe. (2002). *The China Dream: the Quest for the Last Great Untapped Market on Earth*. New York: Atlantic Monthly Press.
- Tibetan Centre for Human Rights & Democracy. (2002). *Destruction of Serthar Institute: A Special Report*. Dharamshala, India: Author.
- Timperlake, Edward and William C. Triplett II. (1999). *Red Dragon Rising, Communist China's Military Threat to America*. Washington, D.C.: Regency.
- _____. (1998). *Year of the Rat: How Bill Clinton Compromised U.S Security for Chinese Cash*. Washington, D.C.: Regency.
- Tyler, Christian. (2003). *Wild West China: The Taming of Xinjiang*. New York: John Murray.
- Wu, Hongda Harry. *Laogai: The Chinese Gulag*. (1992). Boulder, CO: Westview Press.
- _____. with George Vecesey. (1996). *Troublemaker: One Man's Crusade Against China's Cruelty*. New York: Times Books.

Anmerkungen

- ¹ Al Franken, *Lies and the Lying Liars Who Tell Them: A Fair and Balanced Look at the Right*, Dutton, New York, 2003
- ² Ibid.
- ³ Paul Krugman, "The China Syndrome", *The New York Times*, 13. Mai 2003.
- ⁴ Robert Kagan, "Why Democracy Must Remain America's Goal Abroad: The Ungreat Washed" (A review of Fareed Zakaria's *The Future of Freedom*), *The New Republic Online*, 7. Juli 2003.
- ⁵ Jane Kramer, "All He Surveys: Silvio Berlusconi liked Italy so much he Bought the Country", *The New Yorker*, 10. November 2003.
- ⁶ Joe Studwell, *The China Dream: The Quest for the Last Great Untapped Market on Earth*; Atlantic Monthly Press, New York, 2002, pp. 119-121.
- ⁷ James Mann, *About Face: A History of America's Curious Relationship with China, From Nixon to Clinton*, Knopf, New York, 1999, p. 287.
- ⁸ Perry Link, "The Anaconda in the Chandelier", *The New York Review of Books*, 11. April 2002.
- ⁹ Laurie Goodstein, "For Harmony, Dalai Lama Stays Home: U.N. Peace meeting Tried to please China", *The New York Times*, 3. August 2000.
- ¹⁰ Elliot Sperling, "The Rhetoric of Dissent", in *Resistance and Reform in Tibet*, Robert Barnett & Shirin Akiner (eds.), Hurst, London, 1994.
- ¹¹ Hongda Harry Wu, *Laogai: The Chinese Gulag*, Westview, Boulder, 1992, S. 49.
- ¹² Ed Bradley, *Made in China*, 60 Minutes CBS, 15. September 1991.
- ¹³ Bao Ruo Wang, *Prisoner of Mao*, Coward, McCann, Geoghegan, New York, 1973.
- ¹⁴ Abraham Verghese, "Changing Hearts", *The New York Times Magazine*, 10. März 2001.
- ¹⁵ Erik Eckholm, "Mine Flood Shows How China Uses Prison Labor", *The New York Times*, 22. Mai 2001
- ¹⁶ William K. Rashbaum, "Clip Manufacturer in China Convicted of Forced Labor" *The New York Times*, 1. März 2001.
- ¹⁷ Philip P. Pan, "China's Prison Laborers Pay Price for Market Reforms", *Washington Post Foreign Service*, 14. Juni 2001.
- ¹⁸ Ibid.
- ¹⁹ Ibid.
- ²⁰ Harry Wu, *Troublemaker: One Man's Crusade Against China's Cruelty*, Times Books, New York, 1996.
- ²¹ Richard Bernstein & Ross H. Munro, *The Coming Conflict With China*, Knopf, New, 1997, p. 130.
- ²² David Phinny, "Toys for Tots and Profits", ABC News.com, Special Report, http://abcnews.go.com/sections/world/hongkong97/pla_companies.html
- ²³ Kenneth de Graffenreid (ed.) *The Cox Report: The Unanimous and Bipartisan Report of the House Select Committee on U.S. National Security and Military Commercial Concerns with the People's Republic of China*, Regency, Washington D.C., 1999.
- ²⁴ Johanna McGeary, "The Next Cold War", *Time Magazine*, 7. Juni 1999.
- ²⁵ Edward Tumberlake & William C. Triplett II, *Year of the Rat: How Bill Clinton Compromised U.S. Security for Chinese Cash*, Regency, Washington, D.C., 1998.
- ²⁶ Stephen Labaton, "Adviser to U.S. Aided Maker of Satellites", *The New York Times*, 29. März 2003).
- ²⁷ David Shambaugh, *Modernizing China's Military: Progress, Problems and Prospects*, University of California Press, Berkeley 2002, S. 188/89.
- ²⁸ "China's Military Fires Daily Blast at Taiwan, Needle at USA", Taiwan Security Research, *Agence France Presse*, 7. März 2000.
- ²⁹ David Shambaugh, *Modernizing China's Military*. S. 304.
- ³⁰ Ross H. Munro, "Eavesdropping on Chinese Military: Where it Expects War – Where it Doesn't", *Orbis*, Sommer 1994.
- ³¹ Anthony Faiola, "China Claims Ancient Kingdom; Korea's Believe Neighbor is Trying to use Dynasty as Border Battle Fodder", *Washington Post*, 26. Januar, 2004.
- ³² Sandeep Unnithan, "Ship Shape", *India Today International*, 12. Mai 2003.
- ³³ "China and India accuse each other of cross-border intrusion", AFP, Peking, 25. Juli 2003.
- ³⁴ David Shambaugh, *Modernizing China's Military*. S. 306-307.
- ³⁵ Willy Wo-Lap Lam, "China Readies for Future U.S. Fight", 25. März 2003. *CNN.com/World*, <http://www.cnn.com/2003/WORLD/asiapcf/east/03/24/willy.column/>.
- ³⁶ Willy Wo-Lap Lam, "Why War is Reviving Spirit of Mao", *CNN.com/World*, 1. April 2003, <http://edition.cnn.com/2003/WORLD/asiapcf/east/03/31/willy.column/>
- ³⁷ Thom Shanker, "U.S. Says China Is Stepping Up Short-Range Missile Production", *The New York Times*, 31. Juli 2003.
- ³⁸ John Pomfret "China Warns Taiwan That Attack May Be Unavoidable", *Washington Post Foreign Service*, 20. November 2003.
- ³⁹ Joseph Kahn, "Chinese Officers Say Taiwan Leaders Are Near 'Abyss of War'", *The New York Times*, 4. Dezember 2003.
- ⁴⁰ Han Dongfang, "A Long Hard Journey": The Rise of a Free Labor movement", *China Rights Forum*, Winter 1995. http://gb.hrichina.org/gate/gb/iso.hrichina.org:8151/old_site/crf/english/95winter/e9.html?
- ⁴¹ Joseph Kahn, "When Chinese Workers Unite, The Bosses Often Run the Union", *The New York Times*, 29. Dezember 2003.
- ⁴² "China Has Jailed Many Labor Activists", *Labor Rights Now*, a UAW and A.F.L.-C.I.O. joint project, <http://www.uaw.org/action/china/free03.html>.
- ⁴³ "Report of the Working Group on Enforced or Involuntary Disappearances", E/CN.4/1995/36 (excerpt) [S. 64], Commission on Human Rights, United Nations, 30. Dezember 1994.
- ⁴⁴ Han Dongfang, "A Long Hard Journey".
- ⁴⁵ Jasper Becker, *The Chinese*, Free Press, Simon and Schuster, New York, 2000.
- ⁴⁶ The China Labor Bulletin, Nr. 57, November – Dezember 2000, <http://www.china-labour.org.hk/iso/>
- ⁴⁷ Anita Chang, *China's Workers Under Assault: The Exploitation of Labor in a Globalizing Economy*, M. E. Sharpe, New York 2001.
- ⁴⁸ "How Wal-Mart is Remaking our World", *The Hightower Lowdown*, Vol. 4, Nr. 4, April 2002.
- ⁴⁹ Wal-Mart Dungeon in China, Qin Shi Hanbag Factory, National Labor Committee, <http://www.nlcn.org/campaigns/archive/chinareport/walmart.shtml>.
- ⁵⁰ *Toys of Misery 2004, A Joint Report by National Labor Committee and China Labor Watch*, National Labor Committee, Februar 2004, www.nlcn.org/campaigns/he-yi/he-yi.shtm.
- ⁵¹ Jasper Becker, "China's Exploited Toy Workers Still Toil in Toxic Sweatshops", *The Independent*, 24. Dezember 2002.
- ⁵² Peter S. Goodman and Philip P. Pan, "China's Workers Pay for Wal-Mart's Low Prices; Retailer Squeezes Its Asian Suppliers to Cut Costs", *Washington Post Foreign Service*, 8. Februar 2004.

- ⁵³ Joseph Kahn, "China's Workers Risk Limbs in Export Drive", *The New York Times*, 7. April 2003.
- ⁵⁴ "Chinese Underground", *The New York Times Magazine*, 13. Juli 2003.
- ⁵⁵ Erick Eckholm, "The Tide of China's Migrants: Flowing to Boom, or Bust?", *The New York Times*, 29. Juli 2003.
- ⁵⁶ Bruce Gilley, "Toil and Trouble: Slavery is on the Rise in China as the Number of Poor Migrants Increases", *Far Eastern Economic Review*, 16. August 2001.
- ⁵⁷ "Funing Police Put Labor Activist in Mental Hospital Under False Pretenses", *China Labor Watch*, 15. Dezember 2000, <http://www.chinalaborwatch.org/index.htm>, <http://chinalaborwatch.org/releases/001215cao-hospital.htm>.
- ⁵⁸ Philip P. Pan, "High Tide of Labor Unrest in China" *Washington Post Foreign Service*, 21. Januar 2002.
- ⁵⁹ Joseph Kahn, "Chinese Girls' Toil Brings Pain, Not Riches", *The New York Times*, 2. Oktober 2003.
- ⁶⁰ Stephen Greenhouse and Elizabeth Becker, "A.F.L.-C.I.O. To Press Bush For Penalties Against China", *The New York Times*, 16. März 2004.
- ⁶¹ Willy Wo-Lap Lam, "Beijing Faces Winter of Discontent", 30. September 2003. *CNN.com/World*, <http://edition.cnn.com/2003/WORLD/asiapcf/east/09/29/willy.column/index.html>.
- ⁶² Joseph Kahn, "Exposé of Peasants' Plight is Suppressed by China", *The New York Times*, 9. Juli 2004.
- ⁶³ Human Rights Watch/Asia, *State Control of Religion*, Update No.1, March 1998. Frühere Veröffentlichungen zu diesem Thema von Human Rights Watch sind u.a. *Freedom of Religion in China*, 1992, *Continuing Religious Repression in China*, 1993, und *Religious Persecution Persists*, 1995.
- ⁶⁴ *Report Analyzing Seven Secret Chinese Government Documents*, Center for Religious Freedom, Freedom House, Washington, D.C., 11. Februar 2002.
- ⁶⁵ Joseph Kahn, "U.S. Panel on Religious Freedom Drops China Visit, Protesting Curbs" *The New York Times*, 8. August 2003.
- ⁶⁶ *Dangerous Meditation: China's Campaign against Falun Gong*, Human Rights Watch, New York, Januar 2002.
- ⁶⁷ Ibid.
- ⁶⁸ Maria Hsia Chang, *Falun Gong: The End of Days*, Yale University Press, New Haven, 2004.
- ⁶⁹ Tibet Information Network (TIN) News Update 19 August 2001; Destruction of Serthar Institute: A Special Report, Tibetan Centre for Human Rights and Democracy, 2002, Deutsch siehe www.igfm-muenchen.de/tibet/Publikationen/PublTibet.html.
- ⁷⁰ See <http://www.tchrd.org/pubs/serthar/>
- ⁷¹ Tibet Information Network (TIN), News Update 27. Januar 2003.
- ⁷² Erik Eckholm, "From a Chinese Cell, A Lama's Influence Remains Undimmed", *The New York Times*, 23. Februar 2003.
- ⁷³ Philip P. Pan, "In the Name of the Panchen Lama Tibetans Cling to Icon as China Restricts Religious, Cultural Freedom", *Washington Post Foreign Service*, 19. September 2003.
- ⁷⁴ "Prisoners of Religious Conscience for the Underground Roman Catholic Church in China", Cardinal Kung Foundation, aktualisiert 19. Juli 2003, aus: <http://cardinalkungfoundation.org/prisoners/index.html>
- ⁷⁵ "Hong Kong: Bishop Criticizes China," *The New York Times*, 18. Februar 2003.
- ⁷⁶ "China Tightening Its Grip on Catholics", *Zenit News Agency*, Rome, 28 Mai 2003.
- ⁷⁷ "Vatican Condemns Chinese Arrests" *BBC News*, 23.06.2004, 16:38:08 GMT, <http://news.bbc.co.uk/go/pt/ft/-/2/hi/asia-pacific/3833861.stm>.
- ⁷⁸ Craig S. Smith, "Two Christians Ordered to Die as China Acts Against a Sect", *The New York Times*, 31. Dezember 2001.
- ⁷⁹ Erik Eckholm, "Three Church Leaders in China Are Sent to Prison for Life", *The New York Times*, 11. Oktober 2002.
- ⁸⁰ "China Sentences Man on Reduced Charge for Importing Bibles", *The New York Times*, 29. Januar 2002.
- ⁸¹ *Persecution of a Protestant Sect*, Human Rights Watch, New York, Vol.6, No.6. Juni 1994.
- ⁸² *1990 Population Census of China*, State Statistical Bureau, Beijing, 1992.
- ⁸³ Dr. Paul George, "Islamic Unrest In The Xinjiang Uighur Autonomous Region" *Commentary* No. 73, A Canadian Security Intelligence Service Publication, Frühjahr 1998.
- ⁸⁴ Ibid.
- ⁸⁵ "UAA Testifies in U.S. Senate", Uyghur Information Agency, Washington, D.C., 8. August 2002.
- ⁸⁶ Dr. Paul George, "Islamic Unrest in the Xinjiang Uighur Autonomous Region".
- ⁸⁷ Erkin Dolat, "The U.S. Has Justified Chinese Persecution of the Uyghur People", Uyghur Information Agency, Washington, D.C., 27. August 2002.
- ⁸⁸ Jim Yardley, "China Brans Muslim Groups As Terrorists", *The New York Times*, 16. Dezember 2003.
- ⁸⁹ Steven W. Mosher, "A Mother's Ordeal", *Reader's Digest*, Februar 1987, S. 49-55.
- ⁹⁰ Statement of Gao Xiao Duan. Planned-birth officer. "Forced Abortion and Sterilization in China: The View from the Inside." Hearing before the Subcommittee on International Operations and Human Rights of the Committee on International Relations, One Hundred Fifth Congress, Second Session, June 10, 1998 (SuDoc Y 4.IN8/16:AB 7).
- ⁹¹ J.S. Aird, *Slaughter of the Innocents: Coercive Birth Control in China*, AEI Press; Washington D.C., 1990.
- ⁹² Statement of Gao Xiao Duan. Planned-birth officer.
- ⁹³ Statement of Zhou Shiu Yon, victim of China's planned-birth-policy. "Forced Abortion and Sterilization in China: The View from the Inside." Hearing before the Subcommittee on International Operations and Human Rights of the Committee on International Relations, One Hundred Fifth Congress, Second Session, June 10, 1998 (SuDoc Y 4.IN8/16:AB 7)
- ⁹⁴ Zitate stammen aus: "China's Coercive Birth Control Programme" Independent Tibet Network UK, London, <http://www.tibettruth.com/birthcontrolprog.html>.
- ⁹⁵ Steven Mufson, *Washington Post*, 22. Dezember 1993.
- ⁹⁶ Zitate stammen aus: "China's Coercive Birth Control Programme" Independent Tibet Network UK, London, <http://www.tibettruth.com/birthcontrolprog.html>.
- ⁹⁷ Martin Moss & Jeffrey Bowe, *Orders of the State: Responsibility and Collaboration in China's Population Programme*, Independent Tibet Network UK, 2000.
- Independent Tibet Network, *Children of Despair: An Analysis of Coercive Birth Control in Chinese Occupied Tibet*, ITN, UK, 1992. Tibetan Women's Association, *Tears of Silence: A Report on Tibetan Women and Population Control*. TWA, Dharamsala, India, 1995.
- ⁹⁸ John Gittings, "Claims of Forced Abortions in Tibet are Untrue, says report", *The Guardian*, 25. Februar 2002.
- ⁹⁹ "Men Without Women: The Consequence of Family Planning", *The Economist*, 22. Juni 2002.
- ¹⁰⁰ Elisabeth Rosenthal, "Bias for Boys Leads to Sale of Baby Girls in China", *The New York Times*, 20. Juli 2003.
- ¹⁰¹ Jasper Becker, *The Chinese*, The Free Press, New York, 2000.
- ¹⁰² "Relying on Hard and Soft Sells, India Pushes Sterilization", *The New York Times*, Freitag, den 22. Juni 2001.
- "Population Estimates Fall as Poor Women Assert Control", *The New York Times*, 10. März 2002.
- ¹⁰³ *China: The Death Penalty in 1999*, Amnesty International, Februar 2001, AI Index: ASA 17/005/2001.
- ¹⁰⁴ *People's Republic of China: Death Penalty Log, 1999*, Amnesty International, 2000, AI Index: ASA 17/49/00.
- ¹⁰⁵ "China Dramatically Increases Executions", *Death Penalty News*, Amnesty International, London, September 2001.

- ¹⁰⁶ Mike Melnyk, "From a Tourist, Travelling and Teaching in China and Tibet – May 2001", <http://www.geocities.com/rusft/read-0105.html>.
- ¹⁰⁷ "China Dramatically Increases Executions", Death Penalty News, Amnesty International, London, September 2001.
- ¹⁰⁸ Craig S. Smith, "In Shift, Chinese carry Out Executions by Lethal Injection", *The New York Times*, 28. Dezember 2001.
- ¹⁰⁹ Ibid.
- ¹¹⁰ "Mobile Vans Use Lethal Injection to Kill Chinese Prisoners", *Death Penalty News*, Amnesty International, London, März 2003.
- ¹¹¹ "China: Threat of Death Penalty for Breaches of SARS Regulation", Amnesty International, London, 23. Mai 2003, AI Index: ASA 17/024/2003.
- ¹¹² "Organ Procurement and Judicial Execution in China", Human Rights Watch/Asia, New York, Vol.6. No. 9 August 1994.
- ¹¹³ Craig S. Smith, "On Death Row, China's Source of Transplant", *The New York Times*, 18. Oktober 2001.
- ¹¹⁴ Ibid.
- ¹¹⁵ Benjamin Weiser, "Absent Witness Spurs Judge to Delay Trial of 2 in Organ Sales Plan", *The New York Times*, 2. März 1999.
- ¹¹⁶ "The International Sale of Chinese Prisoners' Organs: Who is the Real Criminal?", Laogai Research Foundation, <http://www.laogai.org/news/organs/criminal.htm>.
- ¹¹⁷ "Blood Money", *Prime Time Live* (News Magazine), ABC News, 15. Oktober 1997.
- ¹¹⁸ Thomas Fuller, "An Execution for a Kidney: China Supplies Convict's Organs to Malaysians". *International Herald Tribune*, 15. Juni 2000.
- ¹¹⁹ Craig S. Smith, "Doctor Says He Took Transplant Organs From Executed Chinese Prisoners", *The New York Times*, 29. Juni 2001.
- ¹²⁰ Craig S. Smith, "Quandary in U.S. Over Use of Organs of Chinese Inmates", *The New York Times*, 11. November 2001.
- ¹²¹ Bill Kurtis, "The Organ Trade: Life and Death for Sale. Investigative Reports with Bill Kurtis, 9pm ET, 10. August 1999. *A&E Network*, USA.
- ¹²² "Black Market in Organs", In *The Money*, CNN, 2:30 pm CT, 7. September 2003.
- ¹²³ "Sell Yourself for Cash, Selling One's Own Body Parts", *MSNBC*, 7pm CT, 18. Januar 2004.
- ¹²⁴ *People's Republic of China, Torture and Ill-Treatment: Comment on China's Second Periodic Report to the UN Committee Against Torture*, Amnesty International. April 1996, AI Index: ASA 17/051/1996.
- ¹²⁵ *People's Republic of China: Torture – A Growing Source in China – Time for Action*, Amnesty International, Februar 2001, AI Index: ASA 17/004/2001.
- ¹²⁶ "Tales of Terror: Torture in Tibet (TCHRD)", *World Tibet News Network*, 6. Januar 1999.
- ¹²⁷ *A Generation in Peril: The Lives of Tibetan Children Under Chinese Rule*, International Committee of Lawyers for Tibet, San Francisco, März 2001.
- ¹²⁸ Craig S. Smith, "Torture Hurries New Wave of Executions in China", *The New York Times*, 9. September 2001.
- ¹²⁹ "Judicial Psychiatry in China and ist Political Abuses", *Columbia Journal of Asian Law*, Vol. 14 No. 1, 2001.
- ¹³⁰ Robin Munro, *Dangerous Minds: Political Psychiatry in China Today and its Origins in the Mao Era*, Human Rights Watch/Geneva Initiative on Psychiatry; August 2002.
- ¹³¹ Jonathan Mirsky, "China's Psychiatric Terror", *The New York Review of Books*, 27. Februar 2003.
- ¹³² *Renmin Gongan Bao* (People's Public Security News) 18. Mai 1990, S. 1.
- ¹³³ Erik Eckholm, "Psychiatrists Rebuke China For Blocking Inspection Visit", *The New York Times*, 31. Mai 2003.
- ¹³⁴ Melissa Harris & Sidney Jones (eds.), *Tibet Since 1950: Silence, Prison, or Exile*, Aperture/Human Rights Watch, New York, 2000.
- ¹³⁵ "Tibetans Will Soon be a Minority in Lhasa, Admits Official", *South China Morning Post*, 8. August, 2002.
- ¹³⁶ Indira A.R. Lakshamanan, "Deemed a road to ruin, Tibetans say Beijing railway poses latest threat to minority culture", *Boston Globe*, 26. August 2002.
- ¹³⁷ Patrick French, *Tibet, Tibet: A Personal History of a Lost Land*, Harper Collins India, New Delhi, 2003, S. 206-7.
- ¹³⁸ James Brooke, "Over Protests, Nepal Lets Chinese Force Refugees Back to Tibet", *The New York Times*, 1. Juni 2003.
- ¹³⁹ "Nepal Departs 18 Tibetans", *BBC NEWS*, 31. Mai 2003, http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/2/hi/south_asia/2952698.stm.
- ¹⁴⁰ Linda Benson, *The Ili Rebellion: The Moslem Challenge to Chinese Authority in Xinjiang 1944-1949*, M.E. Sharpe, New York, 1990.
- ¹⁴¹ "Xinjiang after September 11", *Human Rights News*, Human Rights Watch, New York, Oktober 2001.
- ¹⁴² *China: Human Rights Concern in Xinjiang*, Human Rights Watch (background), Oktober 2001.
- ¹⁴³ Cao Chang-ching, "Between the Abortion Knife and Nuclear Testing", Part IV of VII of "The Fight for East Turkestan", *Taipeh Times*, 14. Oktober 1999.
- ¹⁴⁴ Ibid.
- ¹⁴⁵ "China Tightens Internet Control", *Human Rights News*, Human Rights Watch, 1. August, 2001, <http://www.hrw.org/press/2001/08/china-0801.htm>.
- ¹⁴⁶ "State Control of the Internet in China: Appeal Cases", November 2202, Amnesty International, AI Index: ASA 17/046/2002.
- ¹⁴⁷ Elisabeth Rosenthal, "Four Chinese Given Long Prison Terms for Discussing Politics", *The New York Times*, 30. Mai 2003.
- ¹⁴⁸ Erick Eckholm, "A Father's Cranky Essays on Web Site Put Son in Jail in China", *The New York Times*, 24. Mai 2001.
- ¹⁴⁹ Robert Marquand, "The 'mouse' that caused an uproar in China", *The Christian Science Monitor* (csmonitor.com). 6. November 2003, <http://www.csmonitor.com/2003/1106/p01s04-woap.html>.
- ¹⁵⁰ Joseph Kahn, "China Has World's Tightest Internet Censorship, Study Finds. *The New York Times*, 4. Dezember 2002.
- ¹⁵¹ Jonathan Zittrain & Benjamin Edelman, "Empirical Analysis of Internet Filtering in China", Berkman Center for Internet & Society, Havard Law School, 20. März 2003. <http://cyber.law.harvard.edu/filtering/china>.
- ¹⁵² "China Toughens Obstacles to Internet Searches", *The New York Times*, 12. September 2002.
- ¹⁵³ Jennifer E. Lee, "Guerilla Warfare Waged With Code", *The New York Times* (Circuits), 10. Oktober 2002.
- ¹⁵⁴ Howard w. French, "Despite Act of Leniency, China Has Its Eye on the Web", *The New York Times*, 27. Juni 2004.
- ¹⁵⁵ Ibid.
- ¹⁵⁶ Louisa Lim, "China to Censor Text Messages", *BBC*, 2. Juli 2004, 08.47 GMT 09.47 UK, <http://news.bbc.co.uk/2/hi/asia-pacific/3859403.stm>.
- ¹⁵⁷ Newbold, Jill R., "Aiding the Enemy: Imposing Liability on U.S. Corporations for Selling China Internet Tools to Restrict Human Rights.", *Journal of Law, Technology and Policy*, Vol. 2003, Fall, Issue 2, http://www.jlp.uiuc.edu/current_abstracts.html.
- ¹⁵⁸ "The Acquisition of Technology Relating to Weapons of Mass Destruction and Advanced Conventional Munitions", CIA report to Congress, Washington, D.C., Juni 1997.
- ¹⁵⁹ "Worldwide Maritime Challenges 1997", Office of naval Intelligence, Washington, D.C., März 1997.
- ¹⁶⁰ Erick Eckholm, "China Rejects Allegations On Improving Iraqi Weapons", *The New York Times*, 7. März, 2003.
- ¹⁶¹ "A Period of Consequences", 23. September 1999, *International Information Programs*, U.S. Department of State, <http://usunfo.state.gov/topical/pol/terror/01121002.htm>.

- ¹⁶¹ Tom Zeller, „Pssst ... Can I Get A Bomb Trigger?“ (case overviews compiled by Jordan Richle and Gary Milhollin of the Wisconsin Project on Nuclear Arms Control), *The New York Times*, 15. September 2002.
- ¹⁶² Tim Weiner, „U.S. And China Helped Pakistan Build Its Bomb“, *The New York Times*, 1. Juni 1998
- ¹⁶³ Joseph Cirincione, Jon B. Wolfsthal & Miriam Rajkumar, *Deadly Arsenal: Tracking Weapons of Mass Destruction*, Carnegie Endowment for International Peace, Washington, D.C., 2002.
- ¹⁶⁴ „The Acquisition of Technology Relating to Weapons of Mass Destruction and Advanced Conventional Munitions“, CIA report to Congress, Washington, D.C., „The Acquisition of Technology Relating to Weapons of Mass Destruction and Advanced Conventional Munitions, July – December 2000“, CIA report to Congress, 7. September 2001.
- ¹⁶⁵ Seymour M. Hersh, „The Cold Test: What the Administration Knew About Pakistan and the North Korean Nuclear Program“, *The New Yorker*, 27. Januar 2003.
- ¹⁶⁶ David E. Sanger & James Dao, „U.S. Says Pakistan Gave technology to North Korea“, *The New York Times*, 18. Oktober 2003.
- ¹⁶⁷ David E. Sanger, „U.S. Rebukes Pakistanis For Lab's Aid to Pjöngjang“, *The New York Times*, 1. April 2003.
- ¹⁶⁸ Bill Keller, „The Thinkable“, *The New York Times Magazine*, 4. Mai 2003.
- ¹⁶⁹ David E. Sanger, „In North Korea and Pakistan, Deep Roots of Nuclear Barter“, *The New York Times*, 24. November 2002.
- ¹⁷⁰ Pakistans Atomwaffenarsenal und überlegenes Trägersystem hat in einem sehr handgreiflichen Sinn die überwältigende konventionelle Überlegenheit gegenüber Pakistan, derer sich Indien erfreute, neutralisiert. Auch gibt es die Ansicht, dass Indien auf konventionellem Gebiet gegenüber China aufgeholt hat. Eine Studie in einem chinesischen Journal über Verteidigungspolitik hob hervor, „wie sehr Indiens Streitkräfte doch in eigentlich allen konventionellen Waffengattungen der PLA überlegen seien“. David Shambaugh, *Modernizing China's Military*. S. 306.
- ¹⁷¹ Howard W. French, „Taboo Against Nuclear Arms Is Being Challenged in Japan“, *The New York Times*, 9. Juni, 2002.
- ¹⁷² Joseph Kahn, „As U.S. and North Korea Glow, China Pushes for Talks“, *The New York Times*, 16. Juli 2003.
- Joseph Kahn, „China Pushes North Korea and U.S. Talks“, *The New York Times*, 18. Juli 2003.
- ¹⁷³ Elizabeth Becker and Edmund L. Andrews, „China's Currency is Emerging in U.S. as Business Issue“, *The New York Times*, 26. August 2003.
- ¹⁷⁴ Joseph Kahn, „Korea Arms Talk Close With Plans for a New Round“, *The New York Times*, 30. August 2003.
- ¹⁷⁵ Joseph Kahn, „Chinese Aide Says U.S. is Obstacle in Korean Talks“, *The New York Times*, 2. September 2003.
- ¹⁷⁶ David E. Sanger & William J. Broad, „From Rogue Nuclear Programs, Web of Trails Leads to Pakistan; A History of Denials and Hidden Proliferation“, *The New York Times*, 4. Januar 2004.
- Patrick E. Taylor & David E. Sanger, „Pakistan Called Libyans' Source of Atom Design; Key to Weapons Design“, *The New York Times*, 6. Januar 2004.
- ¹⁷⁷ Joby Warrick and Peter Slevin, „Libyan Arms Designs Traced Back to China“, *Washington Post*, 15. Februar 2004; S. A01, <http://www.washingtonpost.com/wp-dyn/articles/A42692-2004Feb14.html>.
- ¹⁷⁸ Ibid.
- ¹⁷⁹ Tom Zeller, „Pssst ... Can I Get A Bomb Trigger?“.
- ¹⁸⁰ Reuters, „China Helping Iran, North Korea on Weapons – Panel“, *The New York Times*, 15. Juni 2004.
- ¹⁸¹ Wayne M. Morrison, „Major Chinese Trade Barriers“, *China-U.S. Trade Issues*, auf den neuesten Stand gebracht am 14. März 2002. CRS Issue Brief for Congress, Congressional Research Service, The Library of Congress, S. 6-8.
- ¹⁸² „A Guardian of Jobs or a Reverse Robin Hood“, *The New York Times*, 1. September 2002.
- ¹⁸³ „Malden Mills Fails to Win Loan Guarantee“, *The New York Times*, 26. August 2003.
- ¹⁸⁴ Chris Buckley, „Helped by Technology, Piracy of DVD's Runs Rampant in China“, *The New York Times*, 18. August 2003.
- ¹⁸⁵ „The World's Greatest Fakes“, *60 Minutes II*, CBSNews.com, 28. Januar 2004.
- ¹⁸⁶ Ibid.
- ¹⁸⁷ Steve Lohr, „Fast Gaining in Technology China Poses Trade Worries“, *The New York Times*, 13. Januar 2004.
- ¹⁸⁸ James Mann, *Beijing Jeep: A Case Study of Western Business in China*, Westview Press, Boulder, CO, 1997, S. 54.
- ¹⁸⁹ Joe Studwell, *The China Dream*.
- ¹⁹⁰ Nicholas Lardy, „China's Worsening Debts“, *Financial Times*, 21. Juni 2001.
- Mark Clifford, „Are China's Banks Caught in a Quicksand“, *Business Week*, 25. November, 2002.
- Mark Clifford, „Bankrupt Logic About China's Debts“, *China Journal*, 22. November 2002.
- Liu Binyan & Perry Link, „A Great Leap Backward?“, *The New York Review of Books*, 8. Oktober, 1998.
- ¹⁹¹ Keith Bradsher, „Credit Agencies Worry About Health of China's Banks“, *The New York Times*, 6. November 2003.
- ¹⁹² Keith Bradsher, „Has Irate Exuberance Hit China?“, *The New York Times*, 14. Dezember 2003.
- ¹⁹³ Keith Bradsher, „Is China the Next Bubble?“, *The New York Times*, 18. Januar 2004.
- ¹⁹⁴ „Soaring imports from China push U.S. trade deficit to new record“, *Trade Picture*, Economic Policy Institute, 13. Februar 2004. http://www.epinet.org/content.cfm/webfeatures_econindicators_tradepic.
- ¹⁹⁵ William Safire, „Gravy Trains Don't Run On Time: Good Riddance, Singapore Model“, *The New York Times*, 19. Januar 1998.
- William Safire, „The Misrule of Law: Singapore's Legal Racket“, *The New York Times*, 6. Januar 1997.
- ¹⁹⁶ Susan Njanji, „Mugabe looks to China“, *News.Com.AU*, 3. Dezember 2003, http://www.news.com.au/common/story_page/0,4057,8051718%255E1702,00.html.
- ¹⁹⁷ Gal Luft & Anne Korin, „The Sino-Saudi Connection“, Commentary, März 2004, www.commentarymagazine.com/Archive/Digital/Archive.aspx?panes=1&aid=11703028_1.
- ¹⁹⁸ Joseph Kahn, „China's Congress of Crony Capitalists“, *The New York Times*, 19. November 2002.
- ¹⁹⁹ Bao Tong, „Faking Reforms at the Communist Party“, *The New York Times*, 23. November 2002.
- ²⁰⁰ Jasper Becker, „Mussolini Redux“, *The New Republic Online*, 23. Juni 2003.
- ²⁰¹ Jasper Becker, *The Chinese*, Free Press, New York, 2000
- ²⁰² Joseph Kahn, „At Chinese Congress, Little Debate But Lots of Picture-Taking“, *The New York Times*, 11. November 2002.
- ²⁰³ Keith Bradsher, „Hong Kong Protesters Say China is Trying to Stifle Democracy“, *The New York Times*, 2. April 2004.
- ²⁰⁴ Keith Bradsher, „Flotilla is Beijing's Message to an Unsettled Hong Kong“, *The New York Times*, 6. Mai 2004.
- ²⁰⁵ Amartaya Sen, *Development As Freedom*, Anchor Books, New York, 1999, S. 231-248.
- ²⁰⁶ James Brook, „A Year of Worry for Cambodia's Garment Makers“, *The New York Times*, 24. Januar 2004.
- ²⁰⁷ Louisa Lim, „China Protest on the Rise“, *BBC News*, 8. Juni 2004, 10:21:20 GMT, <http://news.bbc.co.uk/go/pr/fr/-/2/hi/asia-pacific/3786541.stm>.
- ²⁰⁸ Bruce Gilley, *China's Democratic Future: How It Will Happen and Where It Will Lead*, Columbia Press, New York, 2004.
- ²⁰⁹ John Toland, *Adolf Hitler*, Doubleday, New York, 1976, S. 403.
- ²¹⁰ Thane Peterson, „Consumers Strike a Blow for Democracy“, *Business Week*, 18. März 2003.